Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Anzeigebild für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffs-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erdrosselung der freien Hilfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen.

IV. (Schluß.)
Weitere Gefahren.

Abgegeben von den angeführten Rekursfällen ist ein Rechtsmittel gegen Verfügungen des Aufsichtsamts nur zulässig, wenn es sich um Strafanordnungen handelt, die ergehen, weil ein bereits zugelassenes Versicherungsunternehmen es unterlassen hat, die zur Klarlegung ihres Geschäftsbetriebes erforderlichen Angaben zu machen oder weil Geschäftsleiter, Bevollmächtigte, Agenten eines Unternehmens der Pflicht nicht nachgekommen sind, Bücher, Belege usw. anzulegen oder eine von ihnen über den Geschäftsbetrieb und die Vermögenslage erforderliche Auskunft zu erteilen, oder weil Anordnungen zumwidergehandelt ist, durch die die Vermögensverwaltung im Fall der Unterjogung des Geschäftsbetriebes geeigneten Personen übertragen ist. Das in diesen Fällen zugelassene Rechtsmittel ist die Beschwerde an das in Rekursachen als erste Instanz fungierende Fünfmännerkollegium.

In allen anderen Fällen, in denen das Aufsichtsamt in die Verwaltung eingreift, ist keinerlei Rechtsmittel zulässig. In allen den Fällen zum Beispiel, die der Geh. Regierungsrat Dr. Hoffmann am 28. April 1903 ohne Erfolg zur Begründung der Einengung des Selbstverwaltungsbereichs der Ortskrankenkassen anführte, könnte das Aufsichtsamt vorgehen, ohne daß die zu Unrecht Betroffenen das geringste dagegen machen könnten. Ebenso liegt es mit den zahllosen Fällen, in denen bisher die Aufsichtsbehörde eingeschritten ist und in denen das Oberverwaltungsgericht die getroffenen behördlichen Schritte als rechtmäßige aufgehoben hat. Wir erinnern an die Fälle der Auflosung eines Arztes, einer verkehrten Rechtsanwaltschaft der Behörde usw. Wir erinnern an die Fälle, in denen eine Aufsichtsbehörde einen Kassenvorstand absetzte, weil er Merkblätter zur Bekämpfung des Alkoholismus verbreitete, und an die Fälle der verbotenen Maßregelung, weil Kassennittel zum Besuche von hygienischen Kongressen oder von Kongressen der Ortskrankenkassen und dergl. verwendet waren. Ähnlich liegt es mit dem Fall jener Krankenkasse, deren statutarische Vorschrift, in der „Magdeburger Volksstimme“ zu annoncieren, von der Aufsichtsbehörde und dem Bezirksausschuß rechtswidrig kassiert und erst vom Oberverwaltungsgericht wiederhergestellt wurde. Dasselbe trifft auf das an die Tischlerkassette in Frankfurt a. O. ergangene Verbot zu, die Sitzungen im Gewerkschaftshause abzuhalten. Alle solche und noch viel weiter gehende Anordnungen würden, falls der Entwurf Gesetz wird, die Aufsichtsbehörden treffen und durchsetzen können, ohne daß dem geschädigten Arbeiter-Kassenverein auch nur das geringste Rechtsmittel zustehe würde.

Das Verhalten der Regierungsvorsteher in der vorjährigen Kommission zeigt deutlich, daß die Absicht besteht, das Gesetz gegen die sozialdemokratische oder sonst mißliebige Parteien anzuwenden, ja auch die Zulassung von der Gewinnlosigkeit der Arbeiter abhängig zu machen. Wie oben dargelegt, kann die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb verweigert und entzogen werden, ebenso (nach § 64 des Versicherungsaufsichtsgesetzes) durch Geldstrafen bis 1000 M. Anordnungen erzwungen werden, die geeignet sind... „Nichtstände zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät.“ Diese Vorschriften passen für Versicherungsunternehmen; darunter fallen nach den Beratungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes Fälle wie Versicherungen gegen Selbstverwundung, gegen Selbsttötung, die Fabrikanten wegen Gewerbeübertragungen zu zahlen haben, u. dergl. Die Vorschriften passen aber nicht für Arbeiterkassen. Hier könnten diese Vorschriften für politische Zwecke mißbraucht werden. Um dem entgegenzutreten, war von sozialdemokratischer Seite in der vorjährigen Session beantragt, einen Paragrafen folgenden Inhalts einzufügen:

Die politische oder religiöse Überzeugung oder Betätigung der Kassennmitglieder, des Kassenvorstandes oder der Kassenebeamten dürfen nicht als Tatsachen im Sinne des § 7 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen oder als Gefährdung der Interessen der Versicherten oder als Widerspruch des Geschäftsbetriebes mit den guten Sitten im Sinne der §§ 64 und 67 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen erachtet werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Regierungsvorsteher hatte zuerst die Ausrede gebraucht, es liege keine Veranlassung vor, gerade für die Krankenkassen besondere Bestimmungen der geforderten Art einzuführen, da daraus vielleicht gefolgert werden könne, daß sie für andere Kassen und Versicherungsvereine nicht gültig seien. Diesem fadensteichigen Einwand begegneten die Antragsteller dadurch, daß sie „sich“, heißt es im Kommissionsbericht, „bereit erklärten, den Antrag zurückzuziehen, falls seitens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben werden könnte, daß das Aufsichtsamt sich bei der Bewachung der Kassen nach dem Wortlaut des Antrages richten würde. Diese Erklärung konnte nicht abgegeben werden, weil der Antrag nicht nur von einer politischen oder religiösen Überzeugung, sondern auch von einer entsprechenden Betätigung spricht, durch die doch Schädigungen der Kasse und der Kassennmitglieder nicht ausgeschlossen seien.“ Damit ist so offen wie denkbar erklärt, daß politische Rücksichten maßgebend sein sollen. Man denke an den letzten gemäßigten Dr. Schellenberg, so wird man nicht mit der Annahme zu weit gehen: Die Vorlage soll die Möglichkeit geben, der Aufsichtsbehörde wegen ihrer politischen oder religiösen Richtung nicht geeignete Kassenvorstände und Beamte zu entfernen. Ein Rechtsmittel dagegen gibt es nicht. Im Jahre 1903 hat der Reichstag gegen Willkürlichkeiten von Aufsichtsbehörden auf dem Kassengebiet in der Krankenkassen-Novelle das Verwaltungsstreitverfahren durchgesetzt. Und jetzt sollen die Arbeiter selbst die Hand dazu bieten, wegen ihrer politischen Betätigung oder Gesinnung sich maßregeln zu lassen, selbst den Rest ihres Selbstverwaltungsrechts aufgeben, selbst sich unter Polizeidiktatur stellen?

Das „Hamburger Echo“ kommt über alles dies leicht hinweg: es traut der Regierung nicht die „Dummheit zu, zu glauben, auf

diese Weise die Hilfskassen erdroffeln zu können“. Uebrigens habe ja die Sozialdemokratie im Jahre 1901 für das Versicherungsaufsichtsgesetz gestimmt, und was den anderen Versicherungsbereichen recht ist, müsse den Krankenkassen billig sein. Mit nichten! Wer so argumentiert, wer ein so unbegrenztes Vertrauen zu der höheren Einsicht der Regierung und eine so geringe Achtung vor der Selbstverwaltung hat, mühte dafür eintreten, das Vereinsrecht der Arbeiter auf dem Gebiete des Kassenwesens ohne Schminke aufzuheben und die Regierung zu erlauben, Polizeikommissare an Stelle der von Arbeitern erwählten Beamten zur Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu ernennen. Die Parallele zwischen den Arbeiterkassen und den auf Erwerb gerichteten Versicherungsunternehmen ist völlig hinfällig. Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1901 für das Aufsichtsgesetz gestimmt, weil durch § 122 desselben Gesetzes das Hilfskassengesetz aufrechterhalten und in § 1 des Aufsichtsgesetzes als Abs. 2 zum Schutz der Gewerkschaften die Vorschrift aufgenommen war, daß als Versicherungsunternehmen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes solche Personenvereinigungen nicht anzusehen sind, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen. Daß das soziale Ziel dienende Krankenversicherungswesen mit den Erwerbsgesellschaften nicht in einen Topf zu werfen ist, ist auch in der ausländischen Gesetzgebung z. B. in dem schweizer Gesetz vom 25. Juni 1885 anerkannt. Unverständlich ist die Logik des „Echo“: da die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 1901 für ein Gesetz stimmte, das die Hilfskassen nicht in seinen Bereich zog, mühte sie jetzt für die Unterstellung des Hilfskassengesetzes unter jenes Gesetz ein.

Wirkungen des Gesetzes.

Der „Entwurf des Hilfskassengesetzes“ trifft nicht nur die Rechte der rund 900 000 Mitglieder der eingeschriebenen Hilfskassen (im Jahre 1906 bestanden 1304 dem § 25 A.-S.-G. entsprechende eingeschriebene Hilfskassen mit 858 428 Mitgliedern). Er berührt die Rechte der Arbeiterklasse auf das erheblichste. Er nimmt ihr selbst auf dem Gebiete der ganzen heutigen Versicherung gegen Krankheit und Sterbefälle das Vereinsrecht. Derselbe Staat, der unbehindert Krankenkassen von Arbeitervereinen, Streikversicherungsvereinen von Arbeitern zuläßt, gestattet den Arbeitern nicht einmal in dem vor 25 Jahren von einem so hervorragenden Zentrumsmann wie Roulang für bei weitem zu eng erklärten Rahmen des Hilfskassengesetzes ihre Interessen wahrzunehmen. Er stellt sie unter Polizei- und Unternehmervorsicht. Der Zweck, den die Regierung mit der geforderten Erweiterung ihrer Allmacht und Bevormundung verfolgt, ist offensichtlich der, ihr aus politischen Gründen genehme Arbeitervereine zu begünstigen. Es sollen die Arbeiter wehrlos gegen die Pläne gemacht werden, die auf dem Gebiet der Ortskrankenkassen geplant werden. Dem Kassenzwang soll zu Innungskassen übergegangen werden, in denen die Verwaltung Behörden oder Unternehmern zusteht.

Und nicht nur an der Einschränkung der Rechte der Arbeiter auf lösenrechtlichem Gebiete, sondern darüber hinaus an der Bekämpfung der Arbeitervereine ist der Regierung gelegen. Die oben erwähnte in § 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum Schutz der Gewerkschaften durchgesetzte Vorschrift, daß das Versicherungsaufsichtsgesetz auf Personenvereinigungen nicht anwendbar ist, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen, genügt nicht mehr zum Schutz vor Angriffen gegen gewerkschaftliche Unternehmungen. So ist vor wenigen Jahren bekanntlich gegen die Unterstüßungs-kasse des Tadelarbeiterverbandes protestiert worden. Die Gewerkschaften müssen gegen die Möglichkeit eines ähnlichen Vorgehens, wie es vor 1869 und während des Sozialistengesetzes, aber auch nach 1901 auf Grund des Versicherungsaufsichtsgesetzes besteht wurde, geschützt werden. Zu diesem Behuf war in der Kommission beantragt, dem § 1 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen folgenden Zusatz zu geben:

Als Versicherungsunternehmen im Sinne des Gesetzes sind ferner Berufsvereine, Gewerkschaften, Arbeitervereine, Gesellschaften und ähnliche Personenvereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern gegen Zahlung von Beiträgen Zuschüsse zu den gesellschaftlichen Krankengeldern und Invalidenrenten oder Witwen- und Waisenerhaltungen oder Sterbegelder oder Arbeitslosenunterstützungen oder dergleichen gewähren, sofern die Rechtsverhältnisse für die Mitglieder untereinander sich lediglich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Gesellschaftsvertrag bestimmen.“

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ist der Zweck der Regierungsvorlage, eine Schwächung selbständiger Gewerkschaften durch behördliche Unterjogung selber Gewerkschaften herbeizuführen, so ist diese Ablehnung verständlich; sonst nicht.

Ist der Hilfskassentwurf geeignet, Schwindelkassen ihr Handwerk zu legen?

Will die Regierung tatsächlich den Schwindelkassen an den Kragen — warum hat sie bis jetzt gewartet? Ihr Heben ja hinlängliche Befugnisse zu. Statt dessen ist die Regierung wiederholt gegen die Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen vorgegangen, nachdem diese vor Schwindelkassen gewarnt hatten. Ja es sind z. B. in Hannover Bestrafungen unferer Genossen durchgeführt: die als Schwindler in unseren Organen Entlarvten wurden vom Staat geschützt. Die Staatsorgane erklärten die Schwindler für Ehrenleute und verurteilten den Redakteur, weil er vor den Schwindlern gewarnt hatte. Freilich ein Jahr später dämmerte der hohen Staatsweisheit auf, daß der sozialdemokratische Redakteur durchaus Recht hatte. Die Schwindler wurden mit längeren Freiheitsstrafen belegt — inzwischen hatten sie Tausende begannert und zur Beugung das gute Zeugnis der Staatsbehörde als Beklame verwendet. Nicht der geringste Grund liegt vor, weshalb man annehmen sollte, in Zukunft werde es besser werden. Die Regierung hat zu sich selber dies Zutrauen nicht: sie lehnte die Anträge ab, die das Reich für den durch Schwindelkassen entstehenden Schaden haftbar machen wollten. Das ist auch begreiflich: es ist auch dem tüchtigsten Beamten unmöglich, jedem Schwindler einer Kasse vorzubeugen. Organische Einrichtungen können hier unendlich mehr helfen als die höhere Weisheit, das Verleihen oder das pflichtmäßige Ermessen einer Behörde. Höhe der Verwaltungskosten, schlanke Handhabung der Statuten, Abhaltung von Generalversammlungen an entlegenen Orten, Ausschluß demokratischer Selbst-

verwaltung, Ausschluß des Rechtsweges und dergleichen sind beispielsweise Anzeichen einer Schwindelkasse: nach allen diesen Richtungen hin wurde aber abgelenkt, gesetzliche Vorschriften zu treffen. Den Schwindelkassen läme man ferner durch Einräumung des Rechts auf Anklageerhebung seitens der Geschädigten, durch Ausdehnung des § 193 des Strafgesetzbuchs auf die Verurteilten der Redakteure in außerordentlich viel mehr Fällen als heute bei. Aber auch nach dieser Richtung gestellte Anregungen wurden von der Regierung verworfen. Die staatliche Konfessionierung fördert Schwindelkassen. Das ist im Reichstag schon vor Jahrzehnten wiederholt dargelegt. Gerade durch die staatliche Genehmigung, die zu Nekkomezwecken verwendet wird, lassen sich leider recht viele täuschen.

Aber all diese einzelnen Mittel zur Unterdrückung der Schwindelkassen wiegen federleicht gegenüber der Hauptursache, der die Schwindelkassen ihr Florieren verdanken, das ist: die mangelhafte Gestaltung des Krankenkassenwesens. Eine Ausdehnung des Kreises der Versicherten, insbesondere auf die ländlichen Arbeiter, das Gesinde und den kleinen Gewerbetreibenden, und eine Erhöhung des unzureichenden Krankengeldes, eine Beseitigung der Zersplitterung des Krankenkassenwesens durch Aufhebung der Betriebs-, Innungs-, Anpflanzungskassen und durch Konzentrierung der Kassennorganisationen ist das beste Mittel gegen Schwindelkassen. Ausbau der Kassengesehung, nicht Unterdrückung sozialer Institutionen wie sie der Entwurf anbahnt.

Das Zentrum will keine Wahlrechtsbewegung!

Die „Freisinnige Zeitung“ hatte jüngst auf die zweifelhafte Stellung des Zentrums in der preussischen Wahlrechtsfrage hingewiesen und dabei gleich dem „Vorwärts“ angespielt auf die wahlrechtsfeindlichen Äußerungen der Zentrumsgrafen Strachwitz und Spee. Die „Königliche Volkszeitung“ nennt das eine Verschiebung des Streitpunktes und bemerkt dazu:

Daß in der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses einige Kufenheiten vorhanden sind, weiß alle Welt. Aber das Zentrum hat nie erklärt, daß es 1. in eine große Wahlrechtsbewegung einträte, wie es der Freisinn zu tun beabsichtige; 2. nur „Alles oder Nichts“ machen werde, wie es der Freisinn vor drei Wochen formuliert. Das Zentrum hält in ganz überwiegender Mehrheit seiner Abgeordneten und noch einmütiger in seiner Wählerkraft an der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fest und ist jederzeit bereit, auf gegenseitigem Boden für dieses Ziel einzutreten. Aber so wenig es im Kulturkampf auf die Straße ging, ebensowenig hat es heute Anlaß, für den auf dem Rückzug befindlichen Freisinn auch nur einen Finger zu rühren. Das Zentrum wählt seine Taktik als völlig freie und unabhängige Partei nach eigenem Ermessen und läßt sich von keiner fremden Partei drängen; das mögen sich dieselben ein für allemal gesagt sein lassen.“

Mit anderen Worten: das Zentrum beschränkt sich darauf, seinen Antrag im Abgeordnetenhaus einzubringen und ihn dort mit einigen Reden zu Grabe zu tragen. An eine Wahlrechtsbewegung denkt das Zentrum nicht! Wozu auch? — ist die Partei doch schon willens, sich mit irgend einem Kompromiß zu begnügen, der darin besteht, dem alten System von Unrecht und Unfug einige modern schillernde Flicken aufzusehen.

Es ist richtig, daß das Zentrum in Kulturkampf nicht auf die Straße gegangen ist; es verlangt auch niemand, daß die Herren Spahn, Vadern und Hise zugunsten der preussischen Wahlrechtsreform die Barrikaden besteigen. Wenn das Zentrum aber in dieser Frage nur einige Monate denselben Eifer, dieselbe Tatkraft, dieselbe Begeisterung gegen das Dreiklassenwahlrecht entwickelt, wie es damals, in den siebziger Jahren gegen die Kulturkampfgesetze zu entwickeln vermochte, wäre uns um die Wahlrechtsreform in Preußen nicht bange! Aber diese Zeiten scheinen endgültig für das Zentrum vorbei zu sein, und wenn die Ultramontanen noch Sinn und Verständnis für politische Ehre hätten, würden sie sich hüten, selber den Vergleich ihrer jetzigen Wachsblappigkeit mit ihrer damaligen Entschiedenheit heraufzubeschwören! —

Der „Sozialismus der Aktion“.

Eine seltsame Kunde ist von Stuttgart aus an die „Fränk. Tagespost“ und mehrere andere Parteiblätter gelangt: die Ankündigung einer „neuen Epoche“ des Sozialismus, des „Sozialismus der Aktion“. Wir wären in Verlegenheit, eine Definition dieses „neuen“ Sozialismus zu geben, da wir wohl die Botchaft hören, ihren Sinn aber bis jetzt leider noch nicht begriffen haben. Wir geben daher dem Propheten der neuen Botchaft selbst das Wort: „Man hat mir vorgeworfen“, so rief Jaurès in der Militärkommission aus, „daß ich meine Anschauungen geteilt habe, ich wäre zum Radikalismus abgewandert. Das ist falsch. Ich bin immer derselbe geblieben, ich bin seit jeher Anhänger der Aktion auf allen Gebieten, auf allen Wegen, mit allen Mitteln“. Das sagte Jaurès, wenn nicht den Worten, so dem Sinne nach.

In der Tat, das ist der Leitgedanke des großen französischen Sozialisten, und man kann sagen, daß Jaurès, der Vorkämpfer der Aktion, heute das Haupt der Internationale geworden ist, weil er immer nur die Aktion will. Von Stuttgart aus wird man vielleicht eine neue Epoche des Sozialismus datieren, des Sozialismus der Aktion. Es gibt nur eine revolutionäre Betätigungsform:

Die Aktion, welche die Erkenntnis der Geheime unmittelbar in die Tat umsetzt. Auf dem Stuttgarter Kongress hat diese leidenschaftliche und zugleich besonnene, weil auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhende Tatsache der Tat sich durchgesetzt.

Kein stärkeres Anzeichen für die wachsende Macht des Proletariats als dieses internationale Ungleichnis, das zu handeln drängt. Gewiß die Auffassung der Höhe ist die notwendigste Vorbedingung, die nie vernachlässigt werden darf. Auch unsere Organisationen müssen weiter emsig ausgebaut, unsere Agitation vertieft und ausgebaut werden — aber die Hauptsache ist doch die Entschlossenheit und Klugheit, mit der wir in das Getriebe der Zeit eingreifen, es nach unserem Willen lenken.

Diese Politik der Aktion betätigt sich bald in dem, was man praktische positive Arbeit nennt, bald in der revolutionären Kraftentfaltung zur Niederzwingung reaktionärer Widerstände.

Lassen wir Jaurès, als dessen Dolmetsch der Verfasser auftritt, ganz aus dem Spiel. Halten wir uns an die Verherrlichung des neuen Sozialismus der „Aktion“ selbst.

Dieser Sozialismus der „Aktion“ wird uns als etwas Neues, von dem bisherigen Sozialismus — speziell in Deutschland — Unterschiedenes vorgestellt. Also hat die deutsche Sozialdemokratie es bisher an der „Aktion“ fehlen lassen!

Genosse Robert Michels, der Salon-Revolutionär, hat das der Welt durch Herrn Sombarts Archiv und andere bürgerliche Zeitschriften ebenfalls verkündigt — aber das ist doch höchstens für Herrn Sombart und andere Kritiker der Sozialdemokratie ein Beweis. Für deutsche Sozialdemokraten müßte der Beweis auch erst gebracht werden. Also wie fragen: Wann und wo hat es bisher die deutsche Sozialdemokratie an der „Aktion“ fehlen lassen? Vermag man aber eine solche Antwort nicht klipp und klar zu geben, so sollte man auch die deutsche Sozialdemokratie mit den kompromittierenden Prophezeiungen des Anbruchs einer neuen Epoche lieber verschonen. Sie leisten höchstens anarcho-sozialistischer Konfusion Vorschub!

In der gleichen Nummer der „Frank. Tagesp.“ finden wir dann wenigstens einen leisen Anhalt für das, was der Verfasser unter der neuen Epoche der Aktion zu verstehen scheint. Er sagt da über die Kolonialdebatte auf dem Stuttgarter Kongress:

„Bedenkenswert waren die Verhandlungen über die Kolonialfrage, die heute das Plenum erledigte, bedenkenswert vor allem deshalb, weil sich ganz unverkennbar zeigte, wie sich auch auf diesem Gebiete die Tendenz zur Aktion, zur positiven Arbeit — bei aller grundsätzlichen Festigkeit — durchsetzt. Je stärker das sozialistische Proletariat wird, desto ungesellamer drängt es zur unmittelbaren Beeinflussung der lebendigen Gegenwart, es will auf allen Gebieten mitarbeiten.“

Es gehört keine Prophetengabe dazu, um voranzusehen, daß in dem Stuttgarter Beschluß bereits seine baldige Wiederaufhebung leimt. Durch eine Art Zufallsabstimmung wurde zwar mit kleiner Mehrheit die Wiederbesetzung der Kommission vom Plenum beschlossen, die Mehrheitsresolution abgelehnt — die Deutschen stimmten bei der Gesamtstimmung eigentlich gegen ihren eigenen Beschluß — aber die Tendenz war unverkennbar: auf die Kolonialpolitik zivilisatorisch einzuwirken und sich nicht mit der starren Negativität zu begnügen.“

Auch hier vermag man ja unter einem Schwall von Worten den Sinn nur zu ahnen. Aber immerhin: die baldige Aufhebung des Stuttgarter Beschlusses, der die kapitalistische Kolonialpolitik bündig und zweifelsohne verwirft, wird prophezeit, und darin soll die Tendenz zur Aktion (!) liegen! Die „Aktion“ befindet sich in diesem Falle also in der Annäherung an den bürgerlichen Standpunkt gegenüber der Kolonialpolitik. Da scheint uns denn doch der Standpunkt der „starken Negativität“ vorzuziehen!

Aber dies Wort von der „starken Negativität“ ist zugleich eine Verleumdung der bisherigen Tätigkeit der Sozialdemokratie! Denn die Sozialdemokratie — und sie in Deutschland allein! — hat bisher schon alles aufgeboten, um die unheilvollen Begleiterscheinungen der Kolonialpolitik nach Kräften zu mildern. Und zwar sind es — was besonders betont zu werden verdient — innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gerade die Vertreter des „alten“ Sozialismus der prinzipiellen „starken Negativität“ gewesen, die sich der Eingeborenen in der nachdrücklichsten Weise angenommen haben. Im Parlament die Genossen Bebel und Ledebour, und in der Presse ebenfalls vorwiegend die Genossen der radikalsten Richtung!

Das zur Würdigung der Redensart von der „starken Negativität“! Und wie in diesem Falle halten wir es überhaupt im Interesse der Partei für geboten, die Phrase nicht zu allzu „revolutionärer Kraftentfaltung“ emporentwahren zu lassen!

Die Zentrums-Schauftellung zu Würzburg.

In der bayerischen Bischofsstadt Würzburg hat am Sonntag die sogenannte Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, d. h. die alljährliche Schauftellung, die das Zentrum seinen Wählern anstatt eines Parteitags bietet, ihre Tagung eröffnet. Eine Waffenvorankündigung, die durch ihre Masse und nur durch ihre Masse imponieren soll: 4000 Personen haben sich durch Lösung einer Festkarte das Recht erkauft, an den geschlossenen Versammlungen teilzunehmen, d. h. nicht etwa zu diskutieren und Anträge zu stellen, sondern Staffage und Claque zu bilden bei den Reden der geistlichen und weltlichen Größen, bei den von der sorgfältig zensurierenden Leitung vorbereiteten Aktionen.

Eingeleitet wurde die Tagung, wie alle Jahre, durch eine große Parade katholischer Arbeitervereine. 28 Arbeitervereine waren im Festzuge vertreten, der 10—12000 Teilnehmer gezählt haben soll. Man braucht über diese Zahl nicht allzusehr zu erstaunen, wenn man hört, daß Sonderzüge von weit her die Gläubigen brachten, daß von den Vereinen diese vom Rhein, aus dem Ruhrgebiet, Hessen, Baden und Württemberg kamen, daß Deputationen selbst von Kiel, Hamburg und Neumünster, Remsburg, Schwerin und anderen norddeutschen Städten vertreten waren. Den Abschluß des Festzuges bildeten sechs Arbeiterversammlungen, von denen die in der Festhalle 7000—8000 Teilnehmer zählte. Der Fabrikbesitzer Weandts-München führte den Vorsitz. Hier sprach der Reichstagsabgeordnete von Essen, der Arbeitersekretär Giesberts und feuerte seine Massen an zum Kampf nicht etwa für das gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtag, sondern gegen die Sozialdemokratie. Er sagte:

„Seit Jahren bildet der Arbeitersektor am Sonntag ein erhebendes Bekenntnis der arbeitenden Stände zu den Idealen des Glaubens.“ (Beifall.) Tausende haben hier dargelegt, was sie trennt von der antichristlichen Arbeiterchaft und was sie eint mit den Katholiken der übrigen Stände. Sie bekunden ihre Hingabe für den Glauben, für die christliche Familie, wir erwarten aber auch von den Gelehrten und Arbeitgebern Entgegenkommen und Interesse für den

Arbeiterstand. Es gibt eine Strömung in Deutschland, die unsere katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine als überlebt bezeichnet. Aber ohne Organisation kann im öffentlichen Leben heute nichts erreicht werden. Das haben die katholischen Arbeiter früher erlangt als die anderen katholischen Stände. Die Arbeiterorganisationen sind doppelt nötig. Noch nie hat der Unglaube so frech sein Haupt erhoben, noch nie haben die verfluchten religiösen Ideen so verhängnisvoll gewirkt wie jetzt. Kein Stand ist so vielen Angriffen vom Unglauben ausgesetzt wie wir. Wäßen wir uns doch täglich in den Fabriken und Straßen verteidigen gegen Angriffe unserer gottlosen Arbeitskollegen. (Beifall.) Jeder muß so viel apologetisch geschult sein, um jedem grünen Jungen die gebührende Antwort erteilen zu können. (Beifall.) Die zweite Aufgabe ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Man hat längst aufgehört, in der Sozialdemokratie ein Werk der Hölle zu erblicken, das der Zersetzung in seiner Bosheit erschaffen habe. Wir kennen jetzt die Ursachen der Sozialdemokratie. Sie liegen im Unglauben, in der religiösen Verflachung und auf der anderen Seite in den Sünden des modernen Kapitalismus. Wenn man meint, daß nach den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie überwunden sei, so ist das ein gefährlicher Optimismus. Eine Partei, die trotz aller Angriffe eine Viertelmillion Stimmen mehr gewonnen hat, ist nicht gebrochen, deren Kampfbewußt ist nicht niedergedrückt. Wir können ihr ja für ihren Kampfbewußt den Dämpfer, und damit ist ja auch der Glaube an ihre Unüberwindlichkeit gewichen. Aber nur mit Hilfe der christlichen Arbeiterchaft ist die Macht der Sozialdemokratie zu brechen. (Lebhafter Beifall.) Um so notwendiger ist es, daß wir für soziale Reformen, für die Koalitions- und Vereinsfreiheit eintreten, besonders, da dunkle Mächte die Sozialreform zum Stillstand bringen wollen. Der Rücktritt Pobjanowsky kann nicht gerade als Zeichen sozialen Fortschritts betrachtet werden. (Beifall.) Da ist es notwendig, den Regierungen zu zeigen, daß wir auf die gerechten Ansprüche der Arbeiter nicht verzichten wollen. (Stürmischer Beifall.) Man sollte mit dem Vorurteil brechen, daß die Arbeiter geborene Dummköpfe sind. Der Herrgott ist bei der Verteilung der Geistesgaben der größte Demokrat gewesen. (Weiterleit und Zustimmung.) Es wäre ja auch schlimm, wenn Bildung und Verstand verknüpft wären. (Stürmischer Beifall.) Ich wünsche weiter die Förderung des Ständebewußtseins, denn der Arbeiter kann sich sehen lassen, er ist ein wichtiges Glied in der Weltwirtschaft. Wir wollen stolz darauf sein, deutsche katholische Arbeiter zu sein. (Stürmischer Beifall.) Weiter müssen wir darauf bedacht sein, daß wir für die Förderung des christlichen Familienlebens und für die Kindererziehung sorgen, denn an der christlichen Familie und an der Sittlichkeit rüttelt ja am meisten der Unglaube. Wir wollen betende Männer, betende Familienväter sein. (Stürmischer Beifall.) Die christlichen Gewerkschaften sind die notwendige Ergänzung der Arbeitervereine, denn sie sind die einzige Organisation, die der Sozialdemokratie einigermaßen Respekt abnötigt. (Lebhafter Widerspruch.) Sie sind trotz der Angriffe und Verfolgungen immer zahlreicher geworden. Ich weiß, daß die Ansichten darüber in unseren Reihen verschieden sind. Aber ich erkläre, wir müssen an ihnen festhalten. Sie sind das einzige Mittel, um den gewaltigen Ansturm der sozialdemokratischen Organisationen, die in diesem Jahre vielleicht schon zwei Millionen Mitglieder umfassen werden, einen Damm entgegenzusetzen. Wenn die Arbeiter so erogen werden, werden wir die Garantie haben, daß die Bahnen eingehalten werden, die Vernunft und Klugheit vorschreiben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Bemerkenswert ist hier der Widerspruch, den die Empfehlung der christlichen Gewerkschaften fand. Die „Berliner Richtung“ der katholischen Arbeitervereine vertritt bekanntlich die konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften und will nur katholische Fachabteilungen zulassen. Aus der Schlussrede, die der Fabrikbesitzer Brandts hielt, ist der Registrierung wert die Mitteilung, daß in seiner Fabrik, in der die Arbeiter völlig gleichberechtigt mit dem Besitzer seien, ein Verhältnis, bei dem sich beide Teile gut stehen, die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit an Stelle der zehneinhalbstündigen eingerichtet und dabei die Erfahrung gemacht wurde, daß dasselbe geleistet wird wie früher. Diese Beobachtung bestätigt lediglich viele vorhergehende Erfahrungen derselben Art — es sperrt sich indes, wie die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften in rein katholischen Gegenden beweisen, die Mehrzahl der gut katholischen Unternehmer nicht minder energisch gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit, als ihre protestantischen und gottlosen Kollegen.

Stark besucht war natürlich auch die Begrüßungsversammlung am Sonntagabend. Eine ganze Reihe ausländischer Redner begrüßte die Versammlung. Größeres Interesse haben ihre Ausführungen für unsere Leser nicht.

Die erste geschlossene Versammlung am Montag wählte den Reichstags- und bairischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwält Fehrenbach-Freiburg zum ersten und Freiherrn von Franckenstein, Rämmerer und Regierungsassessor zu Würzburg zum zweiten Vorsitzenden. Die Absendung der üblichen Huldigungstelegramme an Papst, Kaiser und den Prinzregenten von Bayern wurde beschlossen und sodann eine ganze Reihe von Anträgen wie immer debattelos nach der Begründung durch die offiziellen Redner angenommen. Zur Papstfrage wurde die übliche Resolution angenommen, in der diesmal die folgende bemerkenswerte Stelle vorkommt:

„... Sie (die Versammlung) weist darauf hin, daß die immer dringender werdende finanzielle Kollage des heiligen Stuhles es angezeigt erscheinen läßt, bei dieser Gelegenheit dem heiligen Vater durch eine besonders reiche Spende, einen außerordentlichen Peterspfennig, zu Hilfe zu kommen. Sie weist ferner darauf hin, daß das Interesse, die Unabhängigkeit und Freiheit der Kirche und päpstlichen Verwaltung es dringend erfordert, zur Bekämpfung der lauten Bedürfnisse des heiligen Stuhles den gewöhnlichen Peterspfennig zu einer regelmäßigen, alljährlich wiederkehrenden Gabe an den hl. Vater zu gestalten, welche diesen in den Stand setzen muß, allen an ihn herantretenden Erfordernissen der Kirche im vollen Umfange gerecht zu werden. Sie fordert die Katholiken Deutschlands auf, an jenem außerordentlichen Jubiläumspeterspfennig, wie auch an dem alljährlichen regelmäßigen Peterspfennig sich durch möglichst reiche Spenden zu beteiligen, als ein Beweis der Katholiken Deutschlands zu ihrer Kirche und ihrer innigsten Verehrung zu dem regierenden Paps.“

In seiner Begründungsrede sagte der Abg. Porsch darüber:

„Die nichtkatholische Presse, die sich gern mit der Lage des Papstes befaßt, stellt es so dar, als ob der heilige Vater einen glänzenden Hofstaat führt. (Witzvolle) Das ist nicht wahr. Trotz allergrößerer, sogar übermäßiger Sparsamkeit ist es dem heiligen Vater nicht möglich, dauernd Mittel zur Abhilfe der kirchlichen Bedürfnisse zu beschaffen, trotz aller Einschränkungen sind jährlich sechs Millionen für den Papst und die Regierung, von denen durch den Peterspfennig die Hälfte gedeckt werden muß, nötig. Wir müssen dafür sorgen, daß das katholische Deutschland seine Pflicht tut und dem heiligen Vater sein schweres Amt erleichtert.“

Die Finanznot des Vatikans scheint demnach ziemlich groß zu sein. Ersparnisse also können nicht gemacht werden, denn der Hofstaat des Papstes ist nicht glänzend, versichert Herr Porsch, und der muß es ja wissen.

Von den sonstigen Anträgen sind die zur Auswandererfürsorge bemerkenswert. Sie lauten:

Die 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands lenkt wiederholt die Aufmerksamkeit der Katholiken Deutschlands auf das gegenwärtige Anwachsen der europäischen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Auswanderer in den letzten Jahren eine Million über-

schritten hat und daß $\frac{2}{3}$ derselben aus zwölf verschiedenen Nationen stammen, die der römisch-katholischen Kirche angehören, hält die Generalversammlung die religiöse Fürsorge, wie sie die deutschen Raphael-Vereine bereits seit Jahren in nordeuropäischen Hafenplätzen ausübt, in den Einschiffungshäfen und zunächst auch während der Seereise für durchaus notwendig für die Auswanderer katholischen Glaubens. 2. Die 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands warnt vor leichtfertiger Auswanderung und ermahnt die deutschen Katholiken, die zur Auswanderung durchaus entschlossen sind, sich der unentgeltlichen Hilfeleistung der Vertrauensmänner des Raphael-Vereins zu bedienen. Die Generalversammlung empfiehlt die legendäre Wirksamkeit des Raphael-Vereins durch Beitritt zum Verein und sonstige Spenden und Unterstützungen.“

Beide Anträge wurden ohne Debatte angenommen, ebenso ein Antrag auf Gründung von Seemannshäusern. Damit schloß die Versammlung.

Marokko.

Nachdem sich an der Tatsache der Proklamierung Mula y Hafids zum Gegenkultan nicht mehr zweifeln läßt, haben die französischen Staatsmänner einen neuen Trost bei der Hand. Mula y Hafid soll ein Freund der Franzosen und ein kluger, energischer Mann sein, der wahrscheinlich seine Waffen nicht gegen Frankreich, sondern gegen die rebellischen Stämme richten werde. Er werde mit mehr Erfolg als sein schwacher Bruder, der Sultan, Ruhe und Ordnung im Lande herstellen und damit ein gutes Verhältnis zu Frankreich ermöglichen, sobald die Franzosen sich eigentlich zu seinem Auftreten Glück wünschen könnten. Es fragt sich nur, ob Mula y Hafid sich halten kann, wenn er sich nicht zum Führer des muslimännischen Fanatismus und Franzosenhasses der Marokkaner macht.

Ueber die Aufnahme des Gegenkultans im Lande und seine Maßnahmen liegen folgende Meldungen vor:

Tanger, 25. August. (Meldung des Neuzürcher Bureau.) Zahlreiche Privatbriefe bestätigen die Ausrufung Mula y Hafids zum Sultan. Er soll auch bereits Minister ernannt haben. Man glaubt, daß er die Proklamierung nur angenommen habe, um zuerst dort für Ruhe zu sorgen und die Stämme in seinem Gebiet in Ordnung zu halten.

London, 25. August. Nach einer Meldung aus Tanger ernannte Mula y Hafid den früheren Minister des verstorbenen Sultans Ben Rabot zu seinem Großvezier. Mula y Hafid empfiehlt den Stämmen große Vorsicht und Zurückhaltung.

London, 25. August. Dießigen Blätter berichten aus Tanger, daß der neue Sultan einstimmig von den verschiedenen Stämmen proklamiert worden ist. Er lehnte die Wahl ursprünglich ab, gab aber schließlich dem anhaltenden Drängen nach.

Tanger, 25. August. Gerüchtweise verlautet, daß der neue Sultan Befehl gegeben habe, die Zollerträge nicht mehr wie früher an den Gouverneur und die französischen Zollinspektoren zu übermitteln, sondern an seine Vertreter abzuliefern; zu diesem Zweck hat gestern eine Versammlung unter dem Vorsitz des Kriegsministers El Guebas stattgefunden. Dieser Versammlung wohnten hervorragende Beamte bei.

San Sebastian, 24. August. Die spanischen Konsuln in den marokkanischen Häfen haben dem Minister des Äußeren telegraphisch mitgeteilt, sie hätten die Nachricht erhalten, daß Mula y Hafid auf Casablanca marschiere.

Rom, 26. August. Der Spezialkorrespondent der „Tribuna“ in Tanger glaubt mitteilen zu können, daß Mula y Hafid nach Casablanca eine Mitteilung entsandte, worin er den Franzosen erklärt, daß sie wohl daran getan hätten, die Mörder ihrer Angehörigen zu bestrafen, daß er die Franzosen aber mit allen Mitteln belämpfen werde, wenn sie sich unterließen, andere marokkanische Städte anzugreifen oder zu bestreuen.

Tanger, 26. August. Die hiesigen Beamten des Sultans sandten nach Fez ein Ergebnistelegramm. Trotzdem macht sich überall im Lande für Mula y Hafid große Sympathie bemerkbar, und man nimmt an, daß er die Herrschaft ohne große innere Kämpfe gewinnen wird. Die von ihm ernannte neue Regierung besteht aus den tüchtigsten Männern.

In Fez sind nach einer Londoner Meldung vom 26. August erste Unruhen ausgebrochen. Ob das vor oder nach dem Auszug der Europäer geschah, ist ungewiß. Die deutsche Kolonie hat die Hauptstadt am 26. August verlassen. Der Sultan stellte ihr Mittel zur Verfügung, die Reise zu unternehmen und hat sie mit einer Begleitmannschaft versehen.

Vor Casablanca und den übrigen Küstenstädten blieb es am Sonntag und Montag ruhig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August 1907.

Ein Wettrennen auf des Volkes Kosten.

Ein beachtenswertes Wettrennen beginnt sich so allmählich zwischen Zentrum und Freisinn um Erwerb oder Erhaltung der Gunst des Herrn v. Bülow zu entwickeln.

Man erinnert sich, wie Herr Peter Spahn am 11. August in Rheindach seinen Zylinderhut für einen demnächstigen Besuch beim Reichskanzler zu präparieren begann. Herr Spahn offerierte in seiner Rede eine neue Marineverfärbung für vierzig Millionen; eine Offerte, die dann den Freisinn sein blockfestes Herz sofort in die längst getwellten Hofen fallen ließ, aus Furcht, das Zentrum werde wieder langsam in die Gunst der Regierung zu kommen suchen und den Freisinn aus dem Block drängen.

Diese Furcht ruft jetzt ein amüsantes Wettrennen hervor, dessen Ergebnis für das Volk freilich nichts weniger wie amüsant sein wird, da es schließlich die Kosten der ganzen Übung zu tragen bekommt.

Gatte nämlich zuerst die freisinnige Presse ihre Furcht vor der neuen Regierungsfähigkeit des Zentrums mit einem gigantischen Entwürfsausbruch zu verdecken gesucht und keinerlei positive Zustimmung zu neuen Marineforderungen laut werden lassen, so wendet sie jetzt langsam aber sicher ihre Taktik. Sie diskutiert nicht mehr über die Marineforderungen, sondern nur noch um die Art ihrer Deckung. Und das aus dem sehr durchsichtigen Grunde, in der Deckungsfrage dem Zentrum bei seinen Wählern ein Bein stellen zu können und sich selbst in den Genuss besonderer Volksfreundlichkeit zu bringen. Damit wäre dann bei einer eventuellen Sprengung des Blocks für den Freisinn zugleich auch wieder eine Rückendeckung im Volke geschaffen. Diese Taktik ist nicht so übel, aber es wird dem Freisinn übel genug danach werden.

Denn das Volk weiß ganz genau und längst, daß, wer eine Forderung bewilligt, auch in jedem Falle für die Art ihrer Deckung verantwortlich bleibt; will also der Freisinn mit dem Zentrum um neue Marineforderungen wettrennen, so bleibt es völlig gleichgültig, ob er in der Deckungsfrage vorsichtig sich volksfreundlich anstellt und gegen neue indirekte Steuern lospoltert. Dies letztere tut er nämlich zurzeit noch.

Die „Bayer. Zeitung“ bringt einen langen schweren Artikel gegen Herrn Spahns Taktik, ohne sich mit einem Worte gegen seine Forderung zu wenden, dafür aber legt sie desto gewaltiger los gegen eine „Nachricht“, die ihr angeblich „von

höchst vertrauenswürdigster Seite" zugekommen ist. Nach dieser "Nachricht" will das Zentrum mit den Konservativen, ferner mit seinen eigenen Anhängern und einem Teil der Nationalliberalen eine Zigarrenbanderolesteuer durchführen.

Diese Nachricht selbst hat viel für sich, und wir haben schon in unserer letzten Nummer auf die immer deutlicher hervortretenden Formen der neuen Steuern hingewiesen und dabei auch bereits die Version einer Zigarrenbanderolesteuer wiedergegeben.

Die "Defer-Ztg." deutet mit Recht die schweren, volksfeindlichen Wirkungen an, die eine solche Steuer im Gefolge haben müßte; nicht nur für den Konsumenten der Zigarren, sondern ebenso sehr für den Produzenten, im besonderen wieder für die Arbeiter in der Tabakindustrie. Das einzusehen, müßte der "Defer-Ztg." um so leichter werden, als gerade in Bremen, wie bekannt, eine starke Zigarrenindustrie vorherrscht. Die "Defer-Ztg." wendet sich auch mit Recht und mit guten Gründen schon jetzt gegen die Phrase von der "Verteuerung nach dem Werte", womit man wieder sagen will, daß nur die "teure Zigarre des reichen Mannes" getroffen werden solle. Dieser Humbug ist auch zu alt, als daß er noch irgendwo seine beruhigende Wirkung ausüben könnte, am wenigsten in den Kreisen der Arbeiter, auf die das Zentrum in seinen Wahlkreisen angewiesen bleibt.

Insofern also würden wir der "Defer-Zeitung" beispflichten können. Aber die Gefahr ihrer freisinnigen Taktik gegen das Zentrum liegt eben darin, daß sie kein Wort der energischen Abwehr gegen die Forderung des Herrn Spahn und seiner Hintermänner findet, die erst solche Steuerprojekte provoziert! Und diese freisinnige "Taktik" hat eben ihren Grund wiederum in der fälschlich so widerstandsfähigen Stellung des Freisinn im "Volk"; der Freisinn will an Heldengröße im Bewilligen militärischer und maritimer Opfer des Volkes dem Zentrum nicht nachstehen, aber er will sich, wie gesagt, den Rücken für neue Wahlen dadurch im Volke bedecken, daß er sich noch hinsichtlich der Art, wie diese Opfer gedeckt, das heißt bezahlt werden sollen, in den Mantel der Volks- und im besonderen der Arbeiterfreundlichkeit hüllt. Das wird ihm aber nichts und bei niemandem helfen.

Wenn irgendwo die Forderung gilt: Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfeifen werden, so bei allen Forderungen für Heer und Marine. Wer für diese eintritt, darf sich nicht um ihre Deckung drücken; wer sie haben will, muß sie bezahlen helfen!

Will also der Freisinn mit dem Zentrum wettrennen um neue Volkspfeifer für Heer und Marine, um seine Volkswürdigkeit zu sichern, so wird er sich sagen lassen müssen, daß er dies genau so auf des Volkes Kosten tut wie das Zentrum, und er wird genau wie dieses die Folgen dafür zu tragen haben!

Das läßt „tief blicken“!

Gegen die Polen wird bekanntlich ein Enteignungsgesetz geplant. Die liberale Presse — wie übrigens auch die Zentrumspresse — sind vorläufig noch sehr gegen eine solche Maßnahme. Wie sich ihre Fraktionen im Abgeordnetenhaus benehmen werden, wenn wirklich ein solcher Entwurf einlaufen sollte, wollen wir abwarten. Bei dem Gepolter, mit dem die liberale Presse sich in der Bekämpfung einer solchen Abficht bemerkbar macht — sie tut das bekanntlich immer, um sich, wenn später die Tat fehlt, wenigstens auf ihre großen Worte berufen zu können — entschläpft man der „Frankfurter Ztg.“ folgendes bemerkenswerte Geständnis:

„Eine solche Vorlage muß in ihrer Entstehung bekämpft werden, denn wenn sie erst einmal eingebracht ist, so wirkt die nationale Phrase, daß ihre Ablehnung ein Triumph der Polen und eine Niederlage der Regierung bedeuten würde und daß man daher gegen bessere Ueberzeugung das gefährliche Abenteuer mitmachen müsse.“

Das ist ja allerliebste und gestattet allerlei Rückschlüsse auf die jüngste Vergangenheit. Also wenn die „nationale Phrase“ entseffelt ist, dann macht der deutsche Liberalismus auch gegen bessere Ueberzeugung mit — vernünftig und nicht in den Verdacht der „Reichsfeindschaft“ zu kommen. Nun war es bekanntlich die nationale Phrase, die ausschließlich den jüngsten Reichstagswahlkampf beherrschte hat. Und ebenso bekannt ist, daß der Liberalismus in Sachen der Kolonialpolitik vom 13. Dezember ab ursprünglich das Gegenteil seiner früheren Anschauungen propagierte. Nach dem jetzigen Geständnis der „Frankf. Ztg.“ dürfen wir annehmen, daß er das gegen seine bessere Ueberzeugung aus Angst vor der nationalen Phrase getan hat.

Schlimme Folgen „kameradschaftlicher“ Behandlung.

Bekanntlich haben in vielen Regimentern die Rekruten unter den Hohen und Schützen der „alten“ Soldaten zu leiden, so daß aus diesem Grunde oft Desertionen vorkommen. Auch der Bästler S. von der 11. Kompagnie des in Sonderburg garnisonierenden 88. Infanterieregiments hatte unter dieser „kameradschaftlichen“ Behandlung schwer zu leiden, indem die im zweiten Jahre dienenden Leute ihm allerlei Arbeiten aufhalsen und ihn nachts im Bett mit Wasser begossen. Eines Tages ging der Segnante auf und davon, aber er wurde nach einigen Wochen ergriffen und wegen Fahnenflucht zu sieben Monaten Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. In der betreffenden Verhandlung vor dem Kriegsgericht stellte die ganze Stubenbesatzung, 10 Mann, in Abrede, den S. schlecht behandelt zu haben. Drei der Zeugen wurden darauf wegen Weinedels angeklagt und der eine zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis, vier Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt, während die anderen freigesprochen wurden. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu niedrig erschien, und wegen der Freisprechung des einen Angeklagten. Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeelegions (Münch.) fand am Donnerstag statt und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Auch diese Zeugenvernehmung machte den Eindruck, daß die Zeugen mit der Wahrheit nicht herausrückten. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen beide Angeklagte wegen wissenschaftlicher Verleumdung der Eidspflicht 1 1/2 Jahre Zuchthaus und Nebenstrafen. Das Urteil lautete auf 15 Monate bzw. ein Jahr Zuchthaus, je zwei Jahre Ehrverlust, Entfernung aus dem Heere und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden.

Die rekrutenkindernden „Kameraden“ verdienen die Achtung aller anständigen Mannschaften! —

Anten-Dertel als Anstandstanz.

Zu unseren Bemerkungen über die preussische Polizeifürsichtigkeit, mit deren Maßstab die württembergische Regierung die Hebescheit ausländischer Sozialisten abzumessen zu müssen glaubte, bemerkt die deutsche „Tages-Ztg.“:

Das ist der Gipfel der Unverschämtheit! Wer einem sozialistischen Kongresse Obdach gewährt, der muß damit rechnen, daß beschimpfende Reuekrüger fallen. Was der Hinweis auf die „bürgerlich fortgeschrittenen Länder“ soll, verstehen wir nicht. Kein Land, mindestens kein Kulturland, kann dulden, daß öffentliche Vertreter der Kulturstaaten in pöbelhafter Weise beschimpft werden und daß diese Beschimpfung ausdrücklich wiederholt wird. Wenn ausländische Sozialisten bei uns reden, dann fällt es uns nicht ein, uns nach ihren Gepflogenheiten zu richten; sondern sie müssen das beachten, was bei uns Gesetz ist, und das meiden, was gegen unser Strafgesetzbuch und gegen die Gebote des Anstandes verstößt.

Wie jetzt haben wir fälschlich nicht gewußt, daß die „Deutsche Tageszeitung“ und ihre Hintermänner die berufenen Hüter der „Gebote des Anstandes“ sind.

War es nicht ein agrarischer Junker und Führer des Bundes der Landwirte, der einst ausrief: „Die Minister können uns sonst was!“? War es nicht ebenfalls ein agrarischer Junker, der im Reichstag bei der Schilderung fürchterlichen Proletariatslebens daswischenrief: „Der Vater wird alles verzeihen haben!“? Und schlägt nicht gerade der preussische Kasernenhelfer, wie ihn nicht nur die subalternen Stellvertreter Gottes kultivieren, jeden Rekord der Drastik!

Warum also so zimperlich, verehrte Vertreter des nationalen Schweins?! —

Nochmals der Schwabenstreich.

Selbst die „Nordb. Allg. Ztg.“ fählt sich durch die Besart hohliert, daß der unfähig kleinliche Akt der Ausweisung des englischen Genossen Duesch durch die württembergische Regierung einem Wink aus Berlin zuzuschreiben sei. Sie weist aus dem — und nicht zu Gesicht gekommenen — Wortlaut des „Württembergischen Reichsanzeigers“ nach, daß die württembergische Regierung ohne jede Direktive aus Berlin ihren Schwabenstreich verübt habe. Das konnten wir nicht wissen, weil uns jene Erklärung nur nach dem Anzug des offiziellen Depeschensbüreaus vorlag, das die in Betracht kommenden Stellen die Erklärung verschwiegen und auch keinerlei Dementi gegen die Behauptung der „N. Ztg.“ brachte, daß eine Befehlsung aus Berlin vorliege.

Wir konstatieren aber nach den nunmehr vorliegenden Feststellungen der offiziellen „Nordb. Allg. Ztg.“ aus geziemender Gewissenhaftigkeit, daß für diesen Schwabenstreich die preussische Regierung nicht verantwortlich ist.

Leider können wir nicht zugleich konstatieren, daß die amtlichen Stellen in Berlin den Schwabenstreich, für den sie die Urheber-schaft ausdrücklich ablehnen, auch mißbilligen! Das wäre freilich auch zuziel verlangt.

Wir erklären also hiermit feierlichst, daß Württemberg nicht als der politische „Basall Vorstands“ handelte, sondern nur seine borusische Seelenverwandtschaft bekundete! —

Gemeinsame englisch-deutsche Aktion gegen Morenga.

Gouverneur von Lindequist telegraphiert: Der Gouverneur der Kapkolonie bestätigt die Anwesenheit Morengas auf englischem Gebiete bei Bakiviermünd. Alle verfügbare britische Polizei ist dorthin entsandt. Nach Mitteilung des Generalkonsuls plündern Morengas Leute auf englischem Gebiete. Das Kapministerium hat meinem Antrag, einen deutschen Generalstabsoffizier nach Kapstadt zu entsenden, um die Wünsche und Pläne des Truppenkommandeurs dem Ministerium und dem Polizeibefehlshaber mitzuteilen, entsprochen und zugestimmt, daß derselbe alsdann dem kommandierenden Polizeioffizier des Gordonbataillons attachiert wird zum Zweck der Herstellung der Verbindung zwischen den deutschen und englischen Streitkräften. In Aussicht genommen ist hierfür von dem Truppenkommandeur mit meinem Einverständnis Hauptmann von Hagen.

Berlin, 26. August. Amtliche Meldung aus Windhof: Nach Meldung der Rundschaffter und englischer Postentboten ist Morris am 20. August mit 2 Postentboten und 37 Pferden zu Morenga gestiegen. Morenga ist angeblich von Dakivier wieder in die Werge gezogen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel „Nochmals: der faktierte Freisinn“ in der Sonntagsnummer muß es im fünften Absatz heißen: „Da ist also die Sozialdemokratie glücklicherweise zum schuldigen Karmel geworden,“ nicht un-schuldigen.

England.

Ministerreden gegen das Oberhaus.

London, 25. August. Der Unterstaatssekretär Winston Churchill äußerte in einer Rede, die er in Cheabls Saline bei Manchester hielt, die Gesetzesvorläge, die von dem Oberhaus verworfen worden seien, würden dem Unterhaus von neuem vorgelegt und so rasch als möglich zur Erledigung gebracht werden, bis das Land zu geeigneter Zeit einen Urteilspruch zugunsten der Regierung von der Demokratie anstatt von den herrschenden Klassen verlange.

Ebenso brachten auch der Kanalar der Schatzkammer Asquith in Coedham bei Bath, der Kriegsminister Haldane in Rippen-Goupe in Perthshire sowie der Unterrichtsminister Virrel in Bristol die Absicht der Regierung zum Ausdruck, die Oberhausfrage zur Entscheidung zu bringen. Asquith äußerte, die ernsteste politische Frage sei die, ob das Volk gestatten solle, daß der Führer einer kleinen Minorität des Unterhauses mit Hilfe der Lords Gesetzesentwürfe verhinnele oder beseitige. Haldane erklärte, die Regierung gehe damit um, dem Volke die entscheidende Gewalt zu übertragen, indem sie seinen Willen in einem einzigen Parlamente zur vorherrschenden Geltung bringe.

Italien.

Richter als Werkzeuge des Klassenhasses.

Rom, 24. August. (Fig. Ver.) Die italienischen Richter fühlen sich immer mehr berufen, an dem organisierten Proletariat die verschiedenen Spielarten des „gleichen Rechts für alle“ zu experimentieren. Besonders bei Streikvergehen werden jetzt Exempel statuiert, die recht deutlich zeigen, daß sich die herrschende Klasse nicht mehr stark genug fühlt, um den Kampf mit ehrlichen Mitteln anzufangen. Sie werfen die ganze Brutalität des Gerichtsterrorismus zugunsten des Kapitals in die Waagschale.

So sind z. B. zur Stunde noch 20 Arbeiter von Argenta im Gefängnis, die während des Streiks in diesem Frühjahr verhaftet wurden. Auch die Arbeiter und bürgerlichen Genossen, gegen 100 an der Zahl, die während des großen Feldarbeiterstreiks von Copparo verhaftet worden sind, befinden sich bis zur Stunde in Unterdrückungshaft.

In Livorno hat man am 20. d. M. gegen den Genossen Itala Luconi und einen gewissen Segre wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhandelt. Beide waren am 1. Mai den Brutalitäten der Polizisten entgegengetreten. Die Weiseraufnahme ergab so wenig Befriedendes, daß zwei der Verteidiger ganz auf das Wort verzichteten. Das verhinderte die Richter nicht, den Genossen Luconi zu 14 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der Mitangeklagte kam mit 7 Monaten davon, weil er minderjährig und wohl auch, weil er nicht Sozialist ist.

Wie sehr bei solchen Urteilen das Bestreben mißspielt, ein Exempel zu statuieren, hat sich am 22. in Ferrara gezeigt. Hier waren acht organisierte Arbeiter wegen Vergehens gegen die persönliche Freiheit angeklagt, weil sie drei nicht organisierte Arbeiter durch Drohungen zum Eintritt in die Gewerkschaft bewegen wollten. Das Gericht sprach sechs der Angeklagten frei und verurteilte die übrigen zu 15 und 20 Tagen Haft. Für dasselbe Vergehen hat man während des letzten Landarbeiterstreiks sechs Streikende zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt! So sehr haben sich die Richter von der „Rot der Grundbesitzer“ beeinflussen lassen!

Wie die „Stahlwerke Terni“ für ihre Arbeiter sorgen.

Rom, 24. August. (Fig. Ver.) Ein schrecklicher Unglücksfall hat am 22. d. Mts. gezeigt, wie berechtigt die Beschwerden der Arbeiter der Stahlwerke Terni gegen

ihre noblen Arbeitgeber sind. Seit langem klagten die Arbeiter darüber, daß die Auszahlung des Halbmonatslohnes in einem ganz ungeeigneten Lokale stattfände, wobei der Umstand, daß man die lebensgefährlichen Gebränge führt, Vorgesien ist nun wirklich im Vorräum, wo sich die Wartenden anstauen, ein Arbeiter erdrückt und ein anderer schwer verletzt worden. Kam eine Aktiengesellschaft, die 3000 Arbeiter beschäftigt, die Lohnauszahlung nicht in einem Lokale und unter Umständen vornehmen, die solche schrecklichen Unglücksfälle auslösen? Kam sie, die Millionen an Dividenden verteilt, nicht mehrere Angestellte für die Auszahlung aufstellen?

Bulgarien.

Sofia, 25. August. Die Regierung verfügte die Auflösung des bulgarischen Volkskullehrerverbandes. Der Verband hat sein Vermögen bereits vor einiger Zeit bei ausländischen Banken deponiert; es beträgt 300 000 Frank. —

Aus der Partei.

Eine Berichtigung zum Bericht des Parteivorstandes an den Essener Parteitag bringt die „Leipziger Volkszeitung“. Sie schreibt: In der Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der Parteiorganisationen ist beim Umbrechen des Satzes Leipzig um eine Anzahl Mitglieder gekommen. (Seite 4 des Vorstandsberichts.) Die Leipzig zugehörenden Mitgliederzahlen sind auf diese Weise zu Chemnitz gekommen und die Chemnitzer zu Leipzig. Leipzig hatte nicht 12 750 bzw. 17 857 Mitglieder, sondern

1904: 18 105
1907: 20 760

Die Zahl der Ortsvereine hat ebenfalls durch den Umbrech gelitten.

Zu viel Delegierte. Die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Münchener Post“ fordern, daß für künftige internationale sozialistische Kongresse die Zahl der Delegierten eingeschränkt werde, da der fast taumelndartige Beratungskörper in Stuttgart zu groß war. — Das ist auch unsere Ansicht.

Von den Organisationen. Der Agitationsbezirk „Nordwest“ hat im verflorenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. In den angeschlossenen fünf Wahlkreisen — Bremen, 6., 17., 18. und 19. hannoverscher Wahlkreis — bestehen zurzeit 21 Ortsvereine. Die Mitgliederzahl ist von 11 178 auf 17 170 gestiegen, in diesem einem Jahre also um 6001, das macht 53,6 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 580. Einen besoldeten Sekretär zur Führung der Parteigeschäfte hat der Wahlkreis Bremen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Bezirk beträgt 10 in Städten und 58 in Landgemeinden. Dazu kommt noch die Zahl der sozialdemokratischen Bürgergemeinschaften für Bremen.

Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Ebersfeld-Darmen für 1906—07 ist als Festbuch zum Parteifest herausgegeben worden. Mit einem Kampfbild von Ernst Schöngen „Wir bitten nicht“ wird die schön ausgestattete Schrift eingeleitet.

7. skandinavischer Arbeiterkongress in Kristiania 1907.

Der 7. skandinavische Arbeiterkongress wird vom 6.—8. September in Kristiania abgehalten. Aus der Tagesordnung ist zu nennen:

Das Ziel der modernen Arbeiterbewegung. Berichterstatter: Reichstagsabgeordneter H. Oraning, Stockholm. Genossenschaftswesen. Berichterstatter: Sigr. Olsen. Sozialpolitische Fragen. 1. Gesetzlicher achtstündiger Arbeitstag. 2. Die Arbeitslosigkeit. 3. Die Wirksamkeit der Selbsthilfe in den sachlichen Organisationen in Verbindung mit der sozialen Gesetzgebung. 4. Skandinavisches statistisches Bureau für die Arbeiterbewegung. 5. Was ist zu tun zur Förderung der Bildung und Kultur der Arbeiterklasse? 6. Gesetzliche Schiedsgerichte bei Arbeitskonflikten. 7. Die skandinavische Arbeiterpresse.

Gewerkschaftliche Fragen. 1. Können die Arbeiter die gewerkschaftlichen Landesorganisationen einbeziehen? 2. Gegenseitigkeit zwischen den Fachverbänden Skandinaviens. 3. Was ist zu tun um die Frauen zu organisieren? 4. Industrie- oder Fachverband. 5. Gegenseitige obligatorische Unterweisung bei größeren Ausländern. 6. Die Stellung der öffentlichen Angestellten zu den Arbeiterorganisationen. 7. Handwerksfach und ungelernete Arbeiter.

Politische Fragen. 1. Die Bekämpfung des Militarismus. 2. Befindungsfrage.

Genosse Tal gestorben.

Amsterdam, 25. August. Am Sonntagmittag verschied plötzlich im Alter von 59 Jahren infolge eines Herzschlages der Genosse P. A. Tal zu Domburg, wo er sich zeitweilig bei seinem Bruder aufhielt. Der Hingeshedene, ein in- und außerhalb der Partei angesehener und beliebter Genosse, war sozialdemokratischer Abgeordneter zur Zweiten Kammer für den Wahlkreis Franeker, Mitglied der Provinzialparlamente Nordhollands und des Amsterdamer Gemeinderats. Im inneren Parteileben ist er hervortretend tätig gewesen. Von 1903—1906 war er Hauptredakteur des Parteiblattes „Het Volk“, von 1903—1905 Mitglied des Parteivorstandes. Außerdem sah er im Vorstande des Vereins sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder. Er galt als Autorität in der Gemeindepolitik. Die holländische Partei verliert in ihm eine erste Kraft. Seiner Wirksamkeit wird stets ein ehrendes Andenken bewahrt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Stroffronte der Presse. Wegen Beleidigung einiger Nationalen Liberaler zu Weida, begangen während der Reichstagswahl, wurde der Genosse Pfeuffer von der Weimarer Volkszeitung in zweiter Instanz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!

Die „Scharfmacher-Presse“ wird höflich gebeten, dem folgenden Fall „Arbeiter-Terrorismus“ ihre „geehrten Spalten“ zu öffnen:

Katholische Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes verteilten am Sonntag, den 25. August, mittags, an der katholischen Kirche in Moabit Flugblätter, durch welche zu einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung, welche am 28. d. M. in Alt-Moabit, Kronen-Druckerei, stattfinden soll, eingeladen wurde. Panisierte Anhänger der katholischen Fachabteilungen glaubten ihren Glaubensbrüdern die Verfechtung der christlichen Gewerkschaften „schlagend“ nachweisen zu müssen. Der christliche Zettelverteiler wurde angespuckt, ihm wurden die Flugzettel gewaltam entrissen, damit an den Kopf geschlagen und schließlich wurde er vom Trottoir auf den Fahrdamm gestoßen. Als sich ein starker Menschenauflauf gebildet hatte, kam die Polizei dazwischen und führte den mutigen Angreifer zur Polizeiwache zwecks Feststellung der Personallisten. Der angegriffene christliche Gewerkschaftler ging zum Arzt zwecks Aufstellung eines Attestes.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kempner! Die Firma Paul Perig, Althofstr. 48, zählt nicht nach dem Tarif; die Firma ist deshalb gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die Rarmorarbeiter hatten den Unternehmern ihres Berufes einen Tarif eingereicht, dessen hauptsächlichste Forderungen folgende sind: Abschaffung der Akkordarbeit, Erhöhung der Stundenlöhne auf 85 Pf. für Steinhewer, 70 Pf. für Schleifer, Einführung der

8 1/2 stündigen Arbeitszeit. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, den bisherigen Stundenlohn um 5 Pf. zu erhöhen; die Abschaffung der Akkordarbeit, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit lehnen sie dagegen ab. — Am 20. d. Mts. hat sich das Einigungsamt mit dieser Angelegenheit beschäftigt, es kam jedoch zu keiner Verständigung. Das Einigungsamt empfahl den Vertretern beider Parteien, nochmals eine gemeinsame Sitzung abzuhalten und eine Einigung über die bestehenden Differenzen zu versuchen. Diese Sitzung hat stattgefunden, aber es kam auch da nicht zu einer Einigung. — Am Sonntag fand nun eine Generalversammlung der Warmarbeiter statt, welche zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen hatte. Der Vorsitzende Ungemach berichtete über die stattgehabten Verhandlungen und machte mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation folgenden Vorschlag: Es soll jetzt gefordert werden für Steinmetzen ein Stundenlohn von 75 Pf. in der Werkstatt, 80 Pf. auf Bauten, in Geschäften, die nur Verarbeitete haben, 85 Pf. Der Stundenlohn der Schleifer soll in der Werkstatt 65 Pf., auf Bauten 70 Pf. betragen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß mit großer Mehrheit, daß der Tarif mit diesen Forderungen im Laufe der Woche den einzelnen Unternehmern vorgelegt wird und daß er bis zum 1. März 1909 Geltung haben soll. Wo diese Forderungen nicht bewilligt werden, soll am Montag die Arbeit niedergelegt werden.

Die Betriebsführer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft haben auf ihre Lohnforderungen noch nicht den erwarteten günstigen Bescheid von der Direktion erhalten. Diese will sich nicht durch bestimmte Zugeständnisse binden; den Arbeitern aber genügen bloße Versprechungen nicht, sie verlangen die Anerkennung eines Anfangslohnes von 40 Pf. pro Stunde und eine Festsetzung der Lohnerhöhungen bis zu 56 Pf. pro Stunde. In einer Versammlung, die am Sonntag im Söwimänder-Gesellschaftshaus stattfand, wurden die Angelegenheiten beraten und der Arbeiterausschuß erhielt Auftrag, von neuem die Wünsche der Arbeiter der Direktion vorzutragen. Den Vorschlag der letzteren, zu dem bisherigen Anfangslohn von 34 Pf. einen Zuschlag von 2 Pf. zu gewähren und die weiteren Lohnerhöhungen dem Gutachten der Direktion zu überlassen, lehnte die Versammlung mit großer Stimmenmehrheit ab.

Achtung, Arbeiter! Die Sperre über die Bauten der Firma M. Kamm, Rixdorf, Hermannstr. 66, ist aufgehoben, da Herr Kamm unterschriftlich bewilligt hat.

Die Verbandsleitung: Engel-Ufer 15.

Achtung, Kräftegeschäften! Beigelegt sind die Differenzen bei Eich, Duttensstr. 32, Weußelstr. 84 und Drecher, Krossenerstraße 14. Noch gesperrt Karts, Stralauer Allee 23. Bewilligt Alpers, Stralauer Allee 20.

J. A.: Paul Siers, Rosenthalerstr. 57.

Deutsches Reich.

Lohnkämpfe in der Zuteilindustrie.

Vor neun Monaten wurden die Zuteilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands durch den Zuteilarbeiterverband zu einer Konferenz nach Braunschweig zusammenberufen. Vordem war es trotz aller Agitation nicht gelungen, eine größere Anzahl dieser Arbeiter zu organisieren. Seit dieser Konferenz, auf welcher sämtliche größeren Zuteilbetriebe Deutschlands — zusammen 23 — vertreten waren, ist das anders geworden. Die Zuteilarbeiter kamen in Bewegung und in den Verband. Wie so oft unorganisierte Arbeiter alle Aktionspläne der Leitungen durchkreuzen, so trat das auch in diesem Falle ein. Statt zunächst, den Wünschen des Verbandes folgend, organisatorisch tätig zu sein, sich Rechte in der Gewerkschaft zu erwerben und dann Lohnbewegungen gut vorbereitet durchzuführen, gingen die seit Jahren gesunden Lohnsklaven ohne weiteres in den Streik. Die in drei Sprachen verteilten Flugblätter und Proschüren über die Zuteilkonferenz hatten offenbar ihre Wirkung getan. Die Arbeiter empörten sich gegen ein schreiendes Unrecht. In Sandhofen, Redarjum, Bremen, Hemelingen, Braunschweig, Wrandenburg, Landsberg a. W. kam es zu Arbeitseinstellungen. Ohne die zurückdrängende Tätigkeit der Organisation wäre zweifellos die gesamte deutsche Zuteilindustrie zum Stillstand gekommen. Die Organisation hatte nun die Aufgabe, die wild aufgeschossenen Streiks zu beenden, ohne die Arbeiter und den Verband zu schädigen. Das ist im großen und ganzen gelungen. Die Streiks wurden beendet und die Lohnbewegungen planmäßig durchgeführt. Verbesserungen wurden fast überall erreicht. Allerdings sind die Zustände in den Zuteilbetrieben so entsetzlich, daß es jahrelanger Arbeit bedürfen wird, um einigermaßen erträgliche Zustände zu schaffen. Beschäftigt werden zum großen Teil auf niedriger Kulturstufe stehende ausländische galizische und tschechische Arbeiter. Der Prämien- und Wohlfahrtschwindel steht in bester Blüte. Die Wohnungen der Zuteilarbeiter spotten jeder Beschreibung. Eingepfercht in enge, schmucklose Räume liegt alt und jung, männlich und weiblich wild durcheinander. In Schiffbed müssen es sich die in Fabrikhäusern wohnenden Arbeiterfamilien einfach gefallen lassen, daß zugereiste fremde Arbeiter — ob mit Angehörigen behaftet oder nicht — bei ihnen einquartiert werden. Wer das nicht mitmachen will, verliert Arbeit und Wohnung. Ist Arbeitermangel vorhanden, so müssen in Weuel a. Rh. die Mieter von Fabrikwohnungen ihre Frauen mit zur Arbeit bringen, ganz gleichgültig, ob sechs oder mehr Kinder die Hilfe der Mutter brauchen. Wer sich nicht fügt, der flieht aus Wohnung und Fabrik. In derselben Fabrik und noch in vielen anderen Fabriken gehören die Arbeiter zum Fabriksumberein. Die Hafsumme beträgt 50 M. Die Verwaltung besorgt die Direktion. Der Arbeiter hat nichts zu sagen. Auch Fabrikhütten sind als „Wohlfahrt“ für die Arbeiter in vielen Fabriken eingerichtet. Er kann dort um billiges Geld schlechtes Essen bekommen. In Sandhofen bei Mannheim war lange Zeit ein Koch beschäftigt, dessen Frau es für gut befand, ihre Notdurft in die Kücheneimer der Volksschule zu verrichten. Dazu kommen noch die Fabrikparlamente. Elend sind die Löhne. Es betragen die Stundenlöhne für die Männer zirka 23 Pf., für Frauen 15 Pf. und für jugendliche Arbeiter 10—14 Pf. Dabei ist noch das Strafsystem in raffiniertester Weise ausgebaut und werden die Arbeiter noch durch die verschiedensten Manipulationen um ihren so elenden Lohn geprellt. Zweifellos stehen auch die Kinderschutzgesetze für viele Zuteilbetriebe nur auf dem Papier. Man braucht nur die Kinder der galizischen Arbeiter, wie sie in Wechsel und anderwärts beschäftigt werden, zu sehen, um zu erkennen, daß es sich um schulpflichtige Kinder handelt. Selbstverständlich befinden sich die Unternehmer in dem guten Glauben, daß der Schule entwachsene, jugendliche Arbeiter in Frage kommen, denn der Agent für Menschenware hat ja ein „amtliches Zeugnis“ „galizischer Behörden“ (Geburtschein) vorgelegt, welcher den guten Glauben des Unternehmers bestätigt. Sollte da nicht ein Dokumentenschwindler seine Hände im Spiele haben? Auch der Gewerbeinspektor in Braunschweig mußte auf eine Beschwerde zugeben, daß „die galizischen Jugendlichen sehr zurück sind und in der Tat den Eindruck machen, daß es sich um Kinder von höchstens 12 Jahren handelt“. Sonst hat er nichts tun können, weil ja die „Geburtschöne“ vorlagen. Er hat sich „darauf beschränken müssen, der Bekräftigung in Wechselbe anheimzugeben, in Zukunft mehr dem Sinne des Gesetzes nach zu handeln und „Jugendliche fortan in derart zurückgebliebener körperlicher Entwicklung nicht mehr einzustellen“. Nicht man an diese Kinderdenken die Frage nach dem Alter, so erhält man ge-

wöhnlich die Antwort: 16 Jahre. Kein Wort mehr, keins weniger. Aber in zwei Fällen hat der Vertrauensmann des Zuteilarbeiterverbandes in Wechselbe doch eine andere Antwort erzielt. In einem Falle erklärte ein Knabe, daß er 10 Jahre alt sei und ein kleines Mädchen gab ihr Alter auf 9 Jahre an. Ein kleines, höchstens 9 Jahre altes Mädchen sahen wir aus dem Betriebe kommen. In ihrer Schürze hatte sie ihre Gespielin — eine kleine Puppe, welche sie alltäglich mit zur Arbeit nahm. Und diese armen Würmer müssen täglich 10 Stunden in Staub und Dreck arbeiten. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Zuteilarbeiterschaft geistig und sittlich noch sehr zurück ist. Der Alkohol spielt bei ihnen eine große Rolle, und ein großer Teil der beschäftigten Arbeiterinnen wird zweifellos von gewissenlosen Vorgesetzten zu geschlechtlichen Zwecken mißbraucht, was wiederum ungünstig auf das Zusammenarbeiten der Gesamtarbeiterschaft in den Fabriken zurückwirkt und auch die Organisationsarbeit ungemein erschwert. Diese elenden Zustände können nicht von heute auf morgen gebessert werden. Jahrelang wird unter den sich viel auf Wanderschaft befindlichen Zuteilarbeitern gearbeitet werden müssen, um durchgreifende Besserung zu schaffen. Aber es geht vorwärts! Zu den bisherigen Erfolgen ist jetzt ein neuer Erfolg in Hemelingen gekommen. Die Arbeiter hatten verlangt: Wöchentliche Lohnzahlung, achtstündige Kündigungsfrist, Bezahlung der Zeit für Reparaturen und während welcher auf Material gewartet werden muß, monatliche Reinigung der Bedürfnisanstalten (!), Vertilgung der Wanzen in den Aborten (!!), Einführung von Lohnbüchern, Anerkennung der Organisation, Einprozentige Lohnerhöhung usw. Erreicht wurde eine Sprozentige Lohnerhöhung und die Bewilligung sämtlicher obengenannter Forderungen. Außerdem ist der stufenweise Qualifikationstarif für die Weber besetzt. An dessen Stelle ist ein Tarif getreten, welcher den Lohn berechnet nach der Zahl der Kettenbänder und der Schuhzahl. Jetzt können die Zuteilarbeiter weiter bauen.

Der Streik der Schiffer, Maschinisten und Deckleute im Hamburger Hafenschleppschiffahrtbetriebe hat seit Sonnabend größere Dimensionen angenommen, indem zu den bereits im Auslande befindlichen Mannschaften die bei mehreren bedeutenden Schlepper-Gesellschaften beschäftigten Leute hinzugekommen sind. Da es sich hier in der Hauptsache um qualifizierte Arbeiter handelt, die völlig vertraut sind mit der Eigenart der Hamburger Hafenschleppschiffe, können sie nicht durch englisches Streikbrechergefehl ersetzt werden. Ein Hamburger Reederblatt schwindelt, daß die Schiffer und Maschinisten 250—300 M. pro Monat verdienen, um in demselben Atemzuge mitzuteilen, daß die Arbeitgeber nicht instande seien — 36 M. pro Woche zu bewilligen. Eine nette Logik! Gefordert werden 36 M. Lohn (bisher 33 M.), Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde (jetzt wird von morgens 6 bis abends 7 Uhr gearbeitet) und Regelung der sehr ausgedehnten Ueberarbeit. Die „Wase“, wie die Arbeitgeber heißen, wollen nur 35 M. Wochenlohn bewilligen bei unverkürzter Arbeitszeit und glauben auch eine 1 1/2 stündige Mittagszeit nicht bewilligen zu können, dagegen wollen sie für die durchgearbeitete Mittagszeit (bisher wurde das Essen nebenher verschlungen) 1 M. zahlen. Statt des geforderten siebenstündigen Ferienurlaubs pro Jahr wollen die Wase den Urlaub für Maschinisten und Schiffer nach dreijähriger Dienstzeit „nach Möglichkeit“ einführen. Das Vorgehen der Wase hat in organisatorischer Hinsicht vorzüglich gewirkt. Die Maschinisten und Schiffer waren bislang in mehrere Vereine gespalten; in ihrer letzten öffentlichen Versammlung sind bereits Einigungsbestrebungen angebahnt worden, die bald zum Abschluß gelangen werden. Die Schiffer und Maschinisten haben einsehen gelernt, daß sie durchaus keine Sonderstellung einnehmen, sondern von den Unternehmern genau so behandelt werden, wie andere Hafensarbeiterkategorien; deshalb wollen sie sich auch in ihrer Gesamtheit dem Hafensarbeiterverbande anschließen.

Auch bei dieser Auslandsbewegung haben sich die Behörden sofort auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen, denen alle „Erleichterungen“ verschafft werden. Während sonst für die Seefische Schlepptzug besteht und sie beim Verholen von einem Pflog zum anderen von Schlepptauern assistiert werden müssen, brauchen diese Hafensarbeiter Bestimmungen nun nicht innegehalten zu werden.

Die Lohnbewegung der Hamburger Staats- und Gemeindefahrer hat einen Erfolg gezeitigt, soweit die Arbeiter der drei Gaswerke in Betracht kommen. Die Deputation für das Beleuchtungsweesen will die achtstündige Schichtdauer für Retortenarbeiter ab 1. Februar 1908, eine verkürzte Arbeitszeit für die anderen Gasarbeiter ab 1. April 1908, eine Erhöhung der Löhne für die jetzt mit 4,10 bis 4,40 M. entlohnten Arbeiter um 20 Pf., sowie für die hierfür in Frage kommenden Arbeiter Arbeitskleidung und Schuhwerk für den Dienst besorgen, unter der Voraussetzung, daß von den Arbeitern der Gaswerke die Arbeit im kommenden Winter nicht niedergelegt wird. Die Gasarbeiter haben sich mit diesen Zugeständnissen bereit erklärt und dies am Sonnabend durch Schreiben der Deputation mitgeteilt. Hoffentlich stimmt der Senat der „Verantwortung“ zu. — Die anderen Staatsarbeiter scheint man zum größten Teil nicht auf der Rechnung zu haben, denn die weiteren Deputationen verhalten sich immer noch schweigsam.

Ausland.

Die Konfektionschneider von Budapest sind in den Ausstand getreten. Es handelt sich um 2500 Mann. Sie fordern die neunstündige Arbeitszeit und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 100 Proz.

Ein neuer Hafensarbeiterstreik wird aus Frankreich gemeldet. Danach sind 13 000 Hafensarbeiter zu Gravelle in den Ausstand getreten.

Der Telegraphistenstreik in Amerika.

Gestern trafen der Gewerkschaftspräsident Small und die Arbeiterführer Compers und Ritchell in New York ein, um eine Einigung zu versuchen. Der Bundeskommissar Reil ist angeblich bei Roosevelt vorstellig geworden wegen des Telegraphistenstreiks. Die Gesellschaft sucht immer wieder glaubhaft zu machen, daß der Streik in Ordnung sei. Derselbe ist aber im ganzen Lande durchaus gestört. Daß die Telegramme teilweise mit der Post versandt werden, wurde wieder nachgewiesen. Die Telegraphisten der Long Island drohen mit dem Streik am Mittwoch, wenn ihre Forderungen abgewiesen werden.

Versammlungen.

Eine allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, tagte am Mittwoch in Franke's Festhölle. Genosse Franz Rebein hielt zunächst einen Vortrag über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, der großen Beifall fand. — Nach einer Aufforderung, unter den Rohrlegern und Helfern kräftig für den Deutschen Metallarbeiterverband zu agitieren, erdörte Edert Organisationsfragen: Von der Ortsverwaltung sei der Kollege Rejeid mit einer speziellen Agitation auf den Bauten betraut worden. Eine seiner Aufgaben sei auch die, dafür zu sorgen, daß auf allen Bauten ein Vertrauensmann für die Rohrleger und Helfer des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewählt werde, wo ein solcher noch nicht vorhanden sei. Flugblätter mit den Uebertrittsbedingungen sollen den einzelnen Kollegen in genügender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Jeder Einzelne solle in der Lage sein, sich zu informieren. Er bitte, Rejeid auf den Bauten möglichst entgegenzukommen, auch in bezug auf die Statistik, die er im Auftrage

des Hauptvorstandes gleichzeitig mitmache. — Redner machte dann noch verschiedene Mitteilungen aus einigen Werkstattversammlungen, wo Kollegen der Richtung Wieselthal damit vorgegangen seien, ihn als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hinauszuschieben. — Die Ausführungen führten zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Dannenberg und anderen anwesenden Vertretern des neuen Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes einerseits und Rejeid, Gutschke, Edert, sowie weiteren Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes andererseits. Es handelte sich um wesentlichen um eine Aussprache über die bekannte Geschichte der Trennung der Rohrleger und Helfer vom Deutschen Metallarbeiterverband. Mancherlei Persönliches floß mit unter. — Die Redner vom Deutschen Metallarbeiterverband stellten fest, daß sich die Zahl der Rohrleger und Helfer mehr, welche sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande entweder neu anschließen oder wieder zu ihm zurückkehren.

Die Schlichtergesellen von Berlin und Umgegend hielten am Mittwochabend eine öffentliche Versammlung in den Musikerkälen ab. Der Zentralverband der Fleischer nahm Stellung gegen ausgeübte Verleumdungen und Verdächtigungen und hatte den Altgesellen Otto Vrednow als Hauptschuldigen aufgefodert, in der Versammlung zu erscheinen und sich zu rechtfertigen. Der Referent Konrad Krause schilderte, in welcher Weise der Zentralverband von seinen Gegnern angegriffen wird. Man sagte den Leuten, die an der Spitze des Verbandes stehen, alle möglichen Schlichkeiten nach. Darin tat sich besonders das Mitglied des Gesellenausschusses, der Altgeselle Otto Vrednow, hervor. Dieser war nicht erschienen, und auch sonst wagte niemand, die Verdächtigungen öffentlich zu vertreten, die heimlich eifrig verbreitet werden. Vrednow ist schon gerichtlich bestraft worden wegen schwerer Verleumdung gegen den Verbandsleiter Hensel, aber er fährt fort, den Verband in den Augen der Schlichtergesellen herabzuwürdigen, und leider besitzt er als Altgeselle und Mitglied im Ausschuss noch zuviel Einfluss, sodaß es notwendig geworden ist, öffentlich gegen die Machinationen aufzutreten. Im Gesellenausschuss verbreitete Vrednow die Unwahrheit, daß der Zentralverband einem zugereisten Kollegen 100 M. abgenommen habe und daß ein Arbeitslofer 5 M. Gebühren für eine ihm zugewiesene Stellung zahlen müßte. Die Stellenvermittlung des Verbandes ist dagegen vollständig kostenfrei, wie Vrednow weiß. Auf solche Weise wird versucht, den Zentralverband zu bekämpfen. Die Absicht dabei ist gegenwärtig, alle Gesellenvereine zu veranlassen, bei den nächsten Kantonsversammlungen gegen den Verband Front zu machen. Auch die nationale Phrasen muß herhalten, um gegen den „sozialdemokratischen Verband“ zu gehen. Dieser aber geht trotz alledem. Die Führer der „meistertreuen Vereinigung“ kritisierte der Redner scharf und zeigte an Beispielen, wie die Innung die Fürsorge für die Gesellen aufhört. An Lehrer und Geistliche hat die Innung Kundschreiben ergehen lassen mit der Bitte, die Jugend zur Erlernung des Schlichterhandwerks zu bestimmen. Dabei herrscht Arbeitslosigkeit unter den Gesellen und die Löhne sind sehr schlecht. Viel Mühe gibt man sich, die Streikbrecherorganisation zu stärken. Mit dem Vermittler von Streikbrechern, dem Innungssprechermeister Dräbert, beschäftigte sich der Verbandsleiter Paul Hensel im zweiten Punkt der Tagesordnung. Dräbert hatte eine Erklärung eingebracht, um seine Schuld in mildem Lichte erscheinen zu lassen, aber der Verband verurteilte die Vermittlung von Streikbrechern auf das schärfste, unbefürmert um Nebenfragen. Allen Anwesenden wurde es zur Pflicht gemacht, für den Zentralverband fleißig zu agitieren.

Eingegangene Druckschriften.

9. Jahresbericht des Städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg 1906/1907. 18 Seiten. Druck: A. Berg, Charlottenburg, Dantelmannstr. 3.
Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands 1905/1906. 559 Seiten. Verlag: „Courier“, Berlin, Engel-Ufer 21.
Hygienische Winke. Von J. P. Müller. 3 M., geb. 4,20 M. Verlag von E. F. Kocher in Leipzig.
Bericht des Zentralvorstandes des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. 63 Seiten. Verlag: B. Wolff in Kiel.
Monatsschrift für christliche Sozialreform. Augustheft. Begründet von weiland Freiherr R. v. Vogelsang. Preis 6,40 M. Verlag: Bachler, Dreier u. Co., Kettstetten, Unt Waldshut (Baden).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der explodierte Vadeosen.

Frankfurt a. M., 26. August. (V. G.) Eine schwere Explosion ereignete sich gestern in der Launusstraße Nr. 9 in Gröbheim. Die 17jährige Tochter des Klempnermeisters Jakob Adernann war mit der Bereitung eines Vadeosen beschäftigt. Als sie den Vadeosen anzündete, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion. Unterurchbarem Krach flog ein Teil des nördlichen und der Südseite des Hauses heraus. Vom Parterre bis unter das Dach war das ganze Mauerwerk herabgefallen. Das ganze Haus drohte einzustürzen. Das junge Mädchen wurde erheblich verletzt. Der stehengebliebene Teil des Hauses wird wahrscheinlich abgetragen werden müssen.

Durch Schwefelgase erstikt.

Hanningen a. Rh., 26. August. (V. G.) In der hiesigen chemischen Fabrik fand man gestern früh drei Schloffer, welche hier beschäftigt waren, tot vor. Einer gab noch schwache Lebenszeichen von sich, starb jedoch nach wenigen Minuten. Es wird angenommen, daß die Leute Schwefelgase eingeatmet haben.

Abgestürzte Bergtouristen.

Innsbruck, 26. August. (V. G.) Auf dem Hundstehleisch der Rilltalergruppe verirren sich zwei Touristen. Einer davon, Alois Fülter aus Gilsch im Eltsch, ist abgestürzt und blieb tot.

Innsbruck, 26. August. (V. G.) Beim Abstieg von der Driller Spitze ist ein führerloses Paar, ein Herr und eine Dame, angeblich deutsche Touristen, in die sogenannte Girmne abgestürzt. Ihr Schicksal ist unbekannt, da es bisher noch nicht gelungen ist, sie aufzufinden.

Salzburg, 26. August. (V. G.) Der Berliner Student Vinz stürzte vom Tschottmalhorn im steinernen Meer ab und wurde schwer verletzt in das Verchesgadener Krankenhaus gebracht.

Türkische Liebeswürdigkeiten.

Teheran, 26. August. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Nach Berichten über die Ereignisse vom 4. August, dem Zeitpunkt des Eindringens der türkischen Truppenmacht auf persisches Gebiet, bis zum 15. August, wurden General Samiam Danesh und einige andere persische Offiziere, die von den Türken gefangen genommen worden waren, getötet. Viele harmlose Dorfbewohner, unter ihnen Frauen und Kinder, wurden niedergemacht und viele Weiber weggeschleppt. Eine Kirche wurde entweiht. Getreidevorräte im Werte von 20 000 Pfund Sterling wurden zum Teil geraubt, zum anderen Teil vernichtet. Dem Gouverneur von Labris, Prinzen Kerman Kerma, stehen sechs Bataillone zur Verfügung, die sich auf dem Marsche nach Kōmia befinden. Nach einer Nachricht, die noch der Bestätigung bedarf, haben die türkischen Truppen Merivan in Kurdistan östlich von Suleimanie besetzt. In einem Telegramm der Geistlichkeit und der Bevölkerung von Urmia an das Parlament, das gestern veröffentlicht worden ist, wird Hilfe verlangt mit dem Hinweis darauf, daß, wenn die Regierung machtlos sei, man den Nachbar um Hilfe anheben müsse. Es heißt, daß russische Truppen an der Grenze konzentriert würden, von offenen militärischen Maßnahmen ist indessen, außer einer Verstärkung der Grenztruppen, nichts zu bemerken. Eine Meldung, daß 3000 ausländische Armeemänner die türkischen Truppen angegriffen hätten, ist bis jetzt unbefätigt.

Anträge zum Parteitag in Essen.

Tagesordnung.

1. Rürnberg, Kiel und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den Einzelstaaten.
2. Parteigenossen des fünften Schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Rürnberg, Preetz, Stralsund, Sahn bei Pflungstadt, Stettin, Erfurt, Bremen, Langerfeld, Wpenrade, abstinenten Genossen in Elberfeld-Sarmen, 21 Genossen Berlin II, drei Genossen Berlin V, acht Genossen in Schöneberg: Zu Punkt 7 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu bestellen und hierzu einen Vertreter der Abstinentenbewegung zu nehmen.

Agitation.

3. Weihensee: Zwecks besserer Bildung der Landarbeiter allmonatlich eine Agitationschrift zur Gratisverteilung auf dem Lande herauszugeben.
4. Rendsburg: Ueber die Agrarfrage im allgemeinen ist in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung mehr Aufklärung durch Verbreitung von Flugchriften usw. zu schaffen als dieses bisher geschehen ist.
5. Amberg: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, wie die Agitation auf dem Lande besser zu betreiben ist wie bisher, eventuell die Beschaffung einer billigen Presse zu bewerkstelligen.

6. Düsseldorf: Den Parteioptionen im Lande dringend empfehlen, der Organisation der Landarbeiter und Landarbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit als wie bisher zu widmen.
7. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge dafür Sorge tragen, daß die Parteiliteratur zu einem solchen Preise verkauft wird, daß sie ein wirksames Mittel gegen die Schundliteratur darstellt.
8. Zeltow-Weeslow-Charlottenburg: Das Parteiprogramm den Parteigenossen zur Agitation in unbeschränkter Anzahl unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
9. Seltzen: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuss einzusetzen.

10. Dittweiler-St. Wendel: 1. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, ein Flugblatt auszuarbeiten, welches die Wahlmotive der bürgerlichen Parteien kennzeichnet sowie die „arbeiterfreundliche“ Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstags- ins rechte Licht stellt. Dieses Flugblatt ist in einer Massenaufgabe über ganz Deutschland zu verbreiten.
2. Die Kreisvereine, in denen es an rednerischen Kräften mangelt, durch hervorragende Redner zu unterstützen.
3. Zur planmäßigen Agitation im Saarrevier ist ein Parteisekretär anzustellen, welcher vom Parteivorstand beauftragt wird.

11. Berlin IV: Alle im Reichstags wichtigen Debatten über Lebensmittelzölle und Kulturfragen in Broschürenform zu drucken und auf dem platten Lande zu verbreiten, damit der Landbevölkerung klar gemacht wird, welche Partei ihre Interessen vertritt.
12. 10. sächsischer Reichstagswahlkreis: Den Parteivorstand zu ersuchen, nach jeder Reichstagsession ein Flugblatt herauszugeben, das die wichtigsten Anträge und Beschlüsse des Reichstages enthält und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in kritischer Behandlung den Anträgen und Beschlüssen gegenüber erläutert.

13. Genosse Brägel in Regbach bei Würzburg: Es soll eine Prämie ausgesetzt werden für die Ausarbeitung einer Schrift. Dieselbe soll das enthalten, was jeder im Volk über die Sozialdemokratie wissen soll. Sie soll vollständig geschrieben und nicht zu umfangreich sein. Sie soll auf Kosten der Partei in einer Auflage von zwölf Millionen hergestellt und im Volk verteilt werden.
14. Berlin II: In Verfolg des Beschlusses des Mannheimer Parteitages in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber einen endgültigen Beschluß des Essener Parteitages herbeizuführen.
15. Berlin IV: In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht: in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbündelung nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitag, daß derselbe klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsmitglieder richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.

16. Zeltow-Weeslow-Storfow-Charlottenburg: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitages vom Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokal- und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachtet der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.
17. Sachsen-Altenburg: Erwartet vom Parteivorstand, daß er bis zum Essener Parteitag völlige Klarheit darüber schafft, ob die Sozialisten noch länger der Partei angehören können. Die Sozialisten entfallen nur auch in der Provinz das die Arbeiterfrage so sehr schädigende Treiben und gründen zum Gaudium unserer Gegner ihre „lokalistischen Zentralorganisationen“, die unter heutigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterschaft doch nur Paul und Streit hervorzuweisen geeignet sind. Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine sehr parteischädigende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeiterfrage ansehen muß. Diesem Treiben muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Sozialisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie früher die Gewerkschaften auseinander zu sprengen beabsichtigen. Die Altenburger Parteioptionen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.

18. Berlin IV: Der Verlag und die Parteinstanzen werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die „Neue Zeit“ zu betreiben.
19. Berlin I: Der § 18 des Organisationsstatuts ist dahin abzuändern, daß 1. auch die beiden Beisitzer im Parteivorstand durch den Parteitag gewählt werden, und daß 2. niemand länger als zwei Jahre hintereinander Beisitzer sein darf. Zu diesem Zweck sind im Absatz II des § 18 die Worte: „der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer“ zu ersetzen durch die Worte: „des Parteivorstandes“. Ferner ist der bisherige Absatz III des § 18 zu streichen und als neuer Absatz III an seine Stelle zu setzen: „Das Amt als Beisitzer darf niemand länger als zwei Jahre hintereinander bekleiden.“

Organisation.

20. Zeltow-Weeslow: Im § 20 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Satz, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf“ zu streichen.
21. Berlin I: Der „Vorwärts“ ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verliert den Charakter als Zentralorgan der Partei. Dem Parteivorstand ist die Ermächtigung zu erteilen, in zwanglosen Blättern eine „Sozialdemokratische Korrespondenz“ herauszugeben, die an sämtliche Parteiblätter zu versenden und von diesen abzurufen ist. Demgemäß sind im Organisationsstatut die §§ 25 und 26 zu streichen und an ihre Stelle zu setzen: „Der Parteivorstand gibt in zwanglosen Blättern die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ heraus, die nur an die Parteiblätter versendet wird und von ihnen zum Abdruck gedruckt werden muß.“

22. Sechster Schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Dem § 27 Abs. 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen, zwei der Beisitzer wählt der Angeklagte, zwei die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Beschuldigte angehört. Den Vorsitzenden und zwei weitere Beisitzer bezeichnen der Parteivorstand. So die Möglichkeit gegeben ist, ist der Vorsitz einem vorfristig gebildeten Genossen zu übertragen.

23. Bremerhaven: § 27 Absatz 2 des Organisationsstatuts, die Worte „des Bezirksverbandes“ in „des Wahlkreises“ umzuändern.
24. Bochum-Gelsenkirchen: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei die Kreisorganisation. Dem Ausschusses steht das Recht der Berufung an den Parteivorstand, abgesehen an die Kontrollkommission und in letzter Linie an den Parteitag zu.

25. Viertes sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine für die Gewerkschaften und Partei einheitliche Regelung der Ausschlußgründe und des Ausschlußverfahrens vereinbaren. Als letzte Instanz in Ausschlußsachen, bei denen ein Parteimitglied in Frage kommt, hat auf Verlangen des Auszuschließenden, das an die Generalversammlung der betreffenden Gewerkschaft zu richten ist, ein Schiedsgericht zu fungieren, das aus Mitgliedern der Gewerkschaft besteht, die zur Hälfte vom dem Auszuschließenden, zur anderen Hälfte vom Gewerkschaftsvorstand zu bestimmen sind. Als unparteiischer Vorsitzender fungiert ein Beauftragter des Parteivorstandes, der nicht der betreffenden Gewerkschaft angehört. So lange das Ausschlußverfahren nicht seinen endgültigen Abschluß gefunden hat und soweit es sich nicht um Streikbruch, Veruntreuung oder Zahlungshinterziehung handelt, ist der Auszuschließende noch im Besitze seiner Rechte und Pflichten zu belassen.

26. Stollberg in Sachsen: In Bezug auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahl hat man die Wahrnehmung machen können, daß betreffs der Lokalorganisation in den meisten Wahlkreisen noch viel zu wünschen übrig bleibt. Selbst in solchen Kreisen, welche als sehr fortgeschritten gelten, findet man, daß die Mehrzahl der Orte noch einer Lokalorganisation entbehren. Infolgedessen beantragen wir, daß der Parteitag beschließen wolle, der Parteileitung aufzugeben, das Nötige in die Wege zu leiten und eine Broschüre in Druck zu geben, welche dahin geht, den Parteigenossen bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen als Leitfaden zu dienen.

27. Dönanbrück, Altenburg, Stralsund, Bochum, Gelsenkirchen, Magdeburg, Bremerhaven, Calbe-Aischleben, Augsburg, Werringen, Düsseldorf, Breslau, Stettin, Eriex, Bremen, Celle, IX. han-noverscher Wahlkreis, Sorau-Fors, VIII. und IX. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Einheitliche Mitgliedsbücher für alle Parteioptionen Deutschlands einzuführen.
28. Vant: Einführung von einheitlichen Mitgliedsbüchern und Mitgliederbeiträgen für ganz Deutschland.
29. Frankfurt a. M. und vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

30. Sagan-Sprottau: Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Mitgliedsbeiträge über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise bezogen werden können.
31. Kassel: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für das ganze Reich vorzubereiten und dem nächsten Parteitag Vorlage zu machen.

Presse.

32. Parteivorstand und Kontrollkommission: Organisation der Nachrichten-Vermittlung für die sozialdemokratische Partei.

§ 1.

Die Partei errichtet ein Nachrichtenbureau, das seinen Sitz in Berlin hat.

§ 2.

Aufgabe des Bureaus ist: 1. Herausgabe der „Partei-Korrespondenz“; 2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Uebermittlung an die Parteipresse; 3. Sammlung gesetzgeberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist.

§ 3.

Zwecks Erlangung bezüglicher Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern ist ein Berichterstatterdienst einzurichten. Ausgeschieden von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

§ 4.

Der Nachrichtenendienst ist darauf zu organisieren, daß die Parteipresse in der raschesten Weise unterrichtet wird. Inoweit hierfür Telefon- und Telegraphengebühren erwachsen, haben die betreffenden Parteiblätter diese Gebühren zu erstatten.

§ 5.

Die Unterhaltungskosten für den Nachrichten- und Mitteilungs-dienst sind — mit Ausnahme der Kosten für die „Partei-Korrespondenz“ — dergestalt aufzubringen, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat.

§ 6.

Die Einrichtungen für das Bureau, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals ist Sache des Parteivorstandes, dem zu diesem Zweck als Beirat fünf Redakteure der Parteipresse zur Seite stehen, die in allen das Nachrichtenbureau betreffenden Angelegenheiten beratende und beschließende Stimme haben. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter bei dem Bureau sein.

§ 7.

So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 8.

Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck die Redakteure rechtzeitig von einer stattfindenden Sitzung zu benachrichtigen.

§ 9.

Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

33. Berlin III: Die im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung des dritten Berliner Wahlkreises mißbilligt die Aufnahme von Annoncen, welche alte Gewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft in empfehlende Erinnerung bringen. Sie hält auf religiösem Gebiet strengste Neutralität für Pflicht der Partei und ersucht den Parteivorstand, die Parteiverlagsgeschäfte zu veranlassen, solche Annoncen in Zukunft nicht mehr zu bringen.

34. Berlin IV: 1. Der Verlag hat die „Neue Zeit“ vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Konstitution entsprechenden Gewande herauszugeben. 2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit“ entsprechend und um die Feltäre auch den ausländischen Genossen möglich zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

35. Seltzen: Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteioption zu schaffen und möglichst der Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Dübabelland zu berücksichtigen, da es infolge der besonderen Verhältnisse in den Staatsverhältnissen zu Spandau, Potsdam usw. unmöglich ist, den Wahlkreis, um den schon jahrelang mit größter Anstrengung gekämpft wurde, ohne eigene Zeitung für die Partei zu erobern.

Parteischule und Bildungsausschuß.

36. Wittenberg-Schweinitz: Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angelegten Ausgabenposten für die Landes- bzw. Bezirksorganisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen. Diese haben sich auf der Basis einer Vorkurse zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus unter den in der Partei tätigen Genossen zu bewegen. Bei Ablehnung obigen Antrages als Unterantrag: Sollte die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form bestehen bleiben, so sind daneben die obengenannten ständigen Unterrichtskurse dennoch einzurichten.

37. Genosse Richter, Berlin III: Um eine Zusammenfassung und Vertiefung der gesamten Bildungsbestrebungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen, beschließt der Parteitag die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Korrespondenzblattes. Das Blatt soll den Parteigenossen als Wegweiser und Führer in allen Bildungsfragen dienen. Es wird vom dem Bildungsausschuß in Berlin herausgegeben und gilt auch als dessen Publikationsorgan. Das Blatt ist den Vorständen der Organisationen kostenlos zu liefern, kann aber auch von einzelnen Parteigenossen im Abonnement bezogen werden.
38. Zorgan-Liebenwerda: Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angelegten Ausgabenposten für die Landes- bzw. Bezirksorganisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen. Diese haben sich auf der Basis einer Vorkurse zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus unter den in der Partei tätigen Genossen zu bewegen. Die Organisation der Unterrichtskurse bleibt den Landes- bzw. Bezirksorganisationen überlassen.

39. Wittenberg-Schweinitz: Ueber die Bewerber zur Parteischule sollen vorher Erkundigungen beim jeweiligen Kreisvorstand eingeholt werden.
40. Mühlheim a. M. 1. Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volksschulwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen. 2. Die Partei möge ebenso mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf dringen, daß überall wo möglich Kindergärten errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen.

Parlamentarische Tätigkeit.

41. Darmstadt: Die Fraktion wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu unternehmen, daß die Ausdehnung des Fahrkartenerlasses auf Bureauarbeiter, Beschäftigte und solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht in einem festen Vertragsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, durch das Reichshofrat wieder rückgängig gemacht werde, und im Bedarfsfalle eine Interpellation durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vorzubereiten.
42. Fürth: Der Parteitag beschließt, daß in Zukunft bei Abstimmungen über Sozialgesetze, auch wenn sie unsere Forderungen nicht voll bewilligen, die Fraktion ihre Zustimmung gibt.
43. Flensburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Gesekentwürfe der Regierung und der Parteien im Reich und in den Einzelstaaten mit Begründung und Materialien den in der Agitation tätigen Parteigenossen in einer ähnlichen Form wie die „Partei-Korrespondenz“ zugänglich zu machen.

Maisier.

44. Rürnberg: Der Parteitag wolle klar ausdrücken, in welcher Weise die Opfer der Maisier zu unterstützen sind, eventuell soll dies in höherem Maße wie bisher durch die Partei geschehen.

45. Frankfurt a. M., Magdeburg, Sanktlaus, Röhben, Berlin V: Die Maisier ist in der bisherigen Form auch künftig abzuhalten.

46. Bremen: Die Bremer Genossen sehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer ist, für die größtmögliche Durchführung der Arbeitstrübe am 1. Mai einzutreten. Der diesjährige Maiaufzug des Parteivorstandes war in der Form verfehlt und in der Sache unbegründet. Die Bremer Delegierten werden beauftragt, auf dem Parteitag für die Beibehaltung der Arbeitstrübe am 1. Mai einzutreten.

47. Ottenen: Die Parteigenossen erklären, daß sie an der bisherigen Form der Maisier festhalten, indem sie in der Arbeitstrübe die würdigste Feier des 1. Mai erblicken. Sie wünschen, daß die Frage auf dem Parteitag gründlich erörtert und es den Parteigenossen und der Parteipresse zur Pflicht gemacht wird, mit allem Nachdruck für die Arbeitstrübe am 1. Mai Propaganda zu machen.

48. Genosse Brägel in Regbach bei Würzburg: Es soll mit der Maisier eine Verteilung aufklärender Schriften verbunden werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß a) der Inhalt der grundlegenden Schriften mehr verbreitet und b) die Stellung der Kirche zur sozialen Frage eingehender behandelt wird.

Reichstagswahlen und politische Lage.

49. Weimar: Da der Freisinn bei der letzten Reichstagswahl sich offen als einen Teil der gemeinsamen reaktionären Waffe entpuppte, indem derselbe eine Anzahl Wahlkreise den reaktionären Volkseindern anliefernte, beschließt die Jahresversammlung des ersten weimarer Reichstagswahlkreises: Der Parteitag in Essen wolle beschließen: Bei Stichwahlen zwischen Freisinn und einer anderen bürgerlichen Partei enthält sich die sozialdemokratische Partei der Stimmenabgabe.

50. Nürnberg, Kiel: Bei Reichstags-Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten ist strenge Stimmhaltung zu üben.

51. Rendsburg: Bei vorkommenden Reichstags- und Landtagsstichwahlen, in welchen keine Sozialdemokraten in Frage kommen, ist von der Parteileitung strikte Stimmhaltung zu proklamieren.

52. Düsseldorf: Bei kommenden Wahlen ist eine Unterstüfung bürgerlicher Parteien zu vermeiden.

53. Berlin III, Guben, Rottbus-Spremberg und Randow-Gröfenhagen: In Anbetracht des Verhaltens der freisinnigen Parteien bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1903 zu 1906, bei welchen sie die Brotwucherparteien gegen die sozialdemokratische Partei unterstützten, sowie der Stellungnahme der freisinnigen Parteien bei der Reichstagswahl 1907, bei welcher sie offen für die reaktionären Parteien eingetreten sind und in einer Anzahl von Kreisen selbst die Hälfte des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch nahmen, halten es die Genossen für Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.

54. Bremerhaven: Bei sämtlichen Wahlen, in denen der Freisinn mit anderen reaktionären Parteien in Stichwahl steht und die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist, haben sich unsere Parteigenossen der Stimmabgabe zu enthalten.

55. Flensburg: In Zukunft ist bei den Reichstagsstichwahlen gegenüber bürgerlichen Kandidaten Stimmhaltung zu üben.

Alkoholfrage.

56. Nürnberg, V. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Sangerfeld, Apenrade, 8 Genossen in Berlin V, abstinent Arbeiter Elberfeld, Warden und Straßund: Erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Trinkzwang bei Zulassungen von Parteigenossen, gegen Trinksitten und Trinkgewohnheiten, sowie Beförderung der alkoholgegnerrischen Bewegung in der organisierten Arbeiterschaft. Ferner sind die Parteioffizianten und die Parteipresse zu verpflichten, für Aufklärung über die Schädigungen des Alkohols Sorge zu tragen.

57. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg (Kreis-Generalversammlung): erwartet von dem Parteitag einen kräftigen Anstoß zur Förderung des Kampfes gegen die verderblichen Wirkungen des Alkohols. Sie erklärt die planmäßige Velehrung über die Schäden und Gefahren des Alkohols, insbesondere für die Aufgaben des kämpfenden Proletariats und die Nachkommenschaft des arbeitenden Volkes, für eine Pflicht der Parteipresse und der Organisationen.

58. Bremen: Der Parteitag erachtet es als selbstverständlich, daß sich abstinente Parteigenossen dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde und nicht bürgerlichen Abstinentenvereinigungen anschließen.

59. Wiefelid: Die Parteipresse und die Parteioffizianten werden verpflichtet, den Anhängern der Abstinentenbewegung die Möglichkeit zu geben, in Wort und Schrift ihre Ansicht zu vertreten.

60. 21 Parteigenossen in Berlin II: 1. Die Genossen erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Alkoholismus, insbesondere ist die Parteipresse mehr als bisher zu verpflichten, auf die Schäden, die der Alkoholismus anrichtet, hinzuweisen.

2. Der Parteitag möge den Parteigenossen, die sich zur Abstinenten bekennen, empfehlen, sich dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde anzuschließen und nicht einer bürgerlichen Organisation (Guttempler-Orden, Alkoholgegnerrbund). Diese Organisationen haben bei den letzten Reichstagswahlen gezeigt, daß sie zu unseren Gegnern gehören.

Sonstige Anträge.

61. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wolle dafür Sorge tragen, daß das gesamte Vermögen der Partei wie der Gewerkschaftsorganisationen in einer eigenen Volksbank angelegt werde.

62. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Den Parteivorstand zu beauftragen: I. Vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reichs sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Erreichten zu veröffentlichen. II. Unter Hinzuziehung von Sachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterbeschützungsprogramms auszuarbeiten.

63. Genosse Prügel in Reybach bei Würzburg: Der Parteivorstand wird erlucht, eine Kommission zu ernennen, die zu untersuchen hat, ob nicht die Gründung von Bauernvereinen zu erstreben ist, die in ähnlichem Verhältnis zur Partei stehen wie die Gewerkschaften und Konsumvereine, und deren Zweck ist: die Hebung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Zusammenfassung des zerstückelten Grundbesitzes zu genossenschaftlichen Großbetrieben zu erstreben.

Das Ergebnis der Kommission soll dem nächsten Parteitag vorgelegt werden.

64. Genosse Galster, Berlin VI: In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Name, Wohnort und Wahlkreis auch der jeweilige Stand oder das Gewerbe des Delegierten (Parteibeamter, Gewerkschaftsbeamter, Gastwirt, Richter usw.) genau angegeben.

65. Magdeburg: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, überzeugt von der Bedeutung solcher statistischen Aufnahmen über die soziale Zusammensetzung der Reichstagswählerschaft, wie sie in Magdeburg, Leipzig, Offenbach und Augsburg vorgenommen wurden, richtet an den Parteitag das Ersuchen, die Wahlkreise, bei denen die Vorbedingungen hierzu vorhanden sind, aufzufordern, solche Statistiken aufzunehmen. Es ist bei diesen Aufnahmen vor allem im Auge zu behalten, daß sie nach einem einheitlichen Schema zu erfolgen haben, damit sie mit einander verglichen werden können; es ist ferner erforderlich, da sie nicht nur für einen Wahlkreis, sondern für die Gesamtpartei nützliche Erkenntnisse erschließen sollen, daß alle Statistiken veröffentlicht werden. Da der Wert der Aufnahmen um so größer ist, je zahlreicher sie sind, werden die Parteitage delegierten erlucht, überall da, wo es sich ermöglichen läßt, auf die Aufnahme solcher Wahlstatistiken hinzuwirken. Die Formulare hat der Parteivorstand zu liefern.

66. Frankfurt a. M.: Die Frankfurter Delegierten werden beantragt, in Essen für die Abhaltung einer kurzen Preussenkongferenz im Anschluß an den Parteitag einzutreten und an derselben als Frankfurter Delegierte zur Beschleunigung der Vorarbeiten für eine preussische Landesorganisation teilzunehmen.

Parteitag 1908.

67. Zeltow-Weeslow, Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Landarbeitersfrage.

68. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird erlucht die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, falls es die Umstände gestatten.

69. Nürnberg: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1908 ist die Karawfrage zu setzen.

70. Kiel: Der nächste deutsche Parteitag möge in Kiel abgehalten werden.

71. Magdeburg: Den nächsten Parteitag in Magdeburg stattfinden zu lassen.

72. Nürnberg: Der Parteitag im Jahre 1908 möge in Nürnberg stattfinden.

Das Preßbureau.

Der Essener Parteitag wird sich auch mit der Frage des Preßbureaus, für das ja der Entwurf des Parteivorstandes vorliegt, zu beschäftigen haben. Wir möchten diesen Gegenstand sogar als einen der wichtigsten bezeichnen, den der bevorstehende Parteitag zu erledigen hat. Handelt es sich doch nicht etwa um eine technische Frage der Presse, an der die Gesamtpartei nicht weiter interessiert ist, sondern, sofern wenigstens die Wünsche einer Anzahl Genossen Erfüllung finden, um das politische Gepräge, das einem großen Teile unserer Parteiblätter aufgedrückt werden soll, um Physiognomie und Charakter der Presse. Da aber die Presse fraglos nicht nur das wichtigste Agitationsmittel der Partei bildet, sondern auch den klaren Spiegel des Parteilebens darstellen soll, kann es keine wichtigere Sorge der Partei geben, als die Parteipresse in ihrem Sinne auszugestalten, sie zum Ausdruck der Auffassungen und des Strebens der Gesamtpartei zu machen.

Die Parteigenossen im Lande haben umso mehr Ursache, sich mit der Frage des Preßbureaus gründlich zu beschäftigen, als bisher eine eingehende Erörterung über dies Institut im Rahmen größerer Parteikorporationen nicht stattgefunden hat. Wir wollen aber auch an dieser Stelle noch einmal nachdrücklichst der Legende entgegenreten, als ob auf der Redakteurkonferenz im Februar dieses Jahres Aufgaben und Form eines solchen Bureaus dem Gegenstand einer auch nur einigermaßen gründlichen Aussprache geblieben hätten. Es wurde in der Debatte vielmehr über die Ausgestaltung unserer schriftlichen Propagandamittel überhaupt gesprochen; während der eine Redner über die beste Form der Flugblätter sprach, gab ein anderer Redner Anregungen zur Ausgestaltung des provinziellen und lokalen Teiles einer Tageszeitung, während ein dritter die Schaffung eines zentralen Nachrichtenendienstes für wünschenswert erklärte, worauf dann ein vierter in ganz allgemeiner Form einige Privatwünsche für diesen Nachrichtenendienst vorbrachte. Alle diese Anregungen und Wünsche hatten weder eine konkrete Form, noch wurden sie mit der Präzision vorgebracht, die Auffassung der Gesamtkonferenz darzustellen. Die ganze Erörterung über das Preßbureau stellte nichts als eine so unverbindliche und probatorische Vorbesprechung dar, daß es diejenigen Konferenzteilnehmer, die die geäußerten Ansichten nicht teilten, für ganz überflüssig hielten, einem Schlußantrag zu widersprechen, der einer Reihe von Rednern das Wort abschchnitt.

Nun hat allerdings der Parteivorstand die Frage des Preßbureaus erörtert, zunächst unter sich, dann unter Hinzuziehung dreier Redakteure. Das Ergebnis dieser Beratung ist sein Entwurf gewesen, der vor 14 Tagen im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Aber diese Veröffentlichung des Organisationsentwurfes kann nicht den Abschluß, sondern erst den Ausgangspunkt der Diskussion bedeuten.

Gibt doch der Entwurf nur darüber Auskunft, wie der äußere Rahmen des Preßbureaus aussehen und wem seine Leitung übertragen werden soll. Ueber die Funktionen, die das Bureau erfüllen soll, äußert er sich keineswegs mit der Bestimmtheit, die uns unbedingt geboten erscheint. Und doch ist diese Frage gerade der springende Punkt.

Man wende nicht ein, daß ein derartiger Entwurf sich unmöglich über alle Einzelheiten verbreiten könne. Nun, wenn nicht der Entwurf selbst die nötigen Einzelheiten enthalten kann, so sollte das Fehlende wenigstens in Motiven nachgetragen werden. So wie der Entwurf vorliegt, läßt er die erforderliche Klarheit vermissen. Das ist nicht nur unsere Ansicht. Auch in einem Artikel des „Vorkämpfers“, das auf dem Standpunkt des mehrfachen erwähnten Entwurfes der fünf Redakteure zu stehen scheint, der den Ausgangspunkt der Debatte über das Preßbureau gab, heißt es:

Der Kritik der dem Bureau zugewiesenen Aufgaben und der Art ihrer Erfüllung begegnet der Vorstandsentswurf dadurch, daß er darüber so gut wie gar nichts enthält.

Verfehlt wäre auch die Einwendung, daß sich für das Bureau selbst schon die richtige Form seiner Tätigkeit aus der Praxis ergeben werde. Die Tätigkeit des Bureaus hängt vielmehr in erster Linie von seiner Zusammenfassung ab, die nur dann in dem einen oder anderen Sinne zu lösen ist, wenn die das Bureau erichtende Partei weiß, welche Funktionen das Bureau überhaupt verrichten soll. Soll das Bureau in erster Linie der Verarbeitung geseggebeherischer Materialen, statistischen Materials, so kämen für die Redaktion des Bureaus nur in erster Linie sozialpolitische und ökonomisch geschulte Kräfte in Frage; soll es dagegen in erster Linie dem Nachrichtenendienst gewidmet sein, so gehörte journalistischen Routine der Vorrang. Es geht also nicht an, erst den äußeren Rahmen für die Tätigkeit des Bureaus zu schaffen, auf dem Rate wohl Redakteure anzustellen und alles Weitere der Praxis zu überlassen, sondern es ist notwendig, sich zunächst über die Aufgaben des Bureaus schlüssig zu werden, weil nur dann auch die geeigneten Personen für die vorgesehenen Funktionen gefunden werden können.

Darüber aber, was das Bureau eigentlich leisten soll, gehen die Ansichten außerordentlich weit auseinander. Und dieser Widerspruch der Ansichten wäre auch dann keineswegs aus der Welt geschafft, wenn der Parteitag das Statut des Parteivorstandes akzeptierte, ohne zugleich in Gestalt einer unabweislichen Willensbindung allen Interpretationsmöglichkeiten den Nadel vorgeschoben zu haben. Wir wollen das sogleich unter Beweis stellen. Ueber den sogenannten Nachrichtenendienst sagt der Entwurf des Parteivorstandes:

§ 2.

Aufgabe des Bureaus ist:

1. Herausgabe der „Partei-Korrespondenz“;
2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Uebermittlung an die Parteipresse;
3. Sammlung geseggebeherischer und statistischer Materialen, das für die Parteipresse von besonderer Wichtigkeit ist.

§ 3.

Zweck Erlangung bezüglicher Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern ist ein Berichterstatterdienst einzurichten. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

Was sind „Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur“? Darunter läßt sich genau das verstehen, was der Privatentwurf der fünf Redakteure verlangt: nämlich nicht nur die Uebermittlung des Inhalts der führenden bürgerlichen Presse, Nachrichten und Informationen von Parteivorstand und Gewerkschaften, parlamentarischer Nachrichtenendienst, sondern auch Uebermittlung von Partei- und Gewerkschaftsnachrichten, Frauenbewegung, Verichte über alle möglichen Vorgänge des In- und Auslandes —

kurz Vermittlung von Nachrichten aus allen Gebieten, die überhaupt für die Parteipresse in Frage kommen. Ob es aber ratsam ist, alle diese Dinge in den Nachrichtenendienst einzubeziehen, darüber kann man, wie wir weiter unten darlegen werden, sehr verschiedene Meinung sein.

Vorher jedoch noch ein sehr wichtiges Moment. Der § 3 des vom Parteivorstand vorgelegten Entwurfes sagt: „Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.“ Auch dieser Wortlaut ist der größten Dehnbarkeit fähig. Sagt doch das „Vorkämpfer“:

„Die Erfüllung der Parteipresse mit schlechter Gesinnung dürfte die Vorsicht vorbeugen, daß die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die die Selbstständigkeit der Redaktionen beeinflussen könnte, ausgeschlossen sei. Wie steht es aber mit der Auswahl der Nachrichten und mit ihrer Aufmachung? Denn auch diese hängt natürlich von der Gesinnung ab.“

Auch verdient hier wieder der Entwurf der fünf Redakteure angezogen zu werden. Der Entwurf ging, wie es in seiner Einleitung hieß, von der Voraussetzung aus, daß das zu errichtende Preßbureau keine Zentralinstanz werden sollte, die der Parteipresse den politischen, volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Stoff tagtäglich fertig bearbeitet übergeben sollte, so daß dadurch die selbstständige Redaktionsarbeit und die Tätigkeit individueller Mitarbeiter mehr und mehr überflüssig werde. Eine solche Schablonisierung betrachte man als keinen Segen für die Parteipresse. Das Bureau sollte vielmehr in erster Linie als Informations-, Nachrichten- und Materialbureau für die Parteipresse dienen. Dann aber hieß es an einer späteren Stelle dieses Entwurfes der fünf Redakteure:

„Es versteht sich dagegen natürlich, daß die Nachrichten, Informationen und Materialien, die das Bureau übermitteln, keineswegs etwa lediglich trockene Tatsachenaufzählungen sein sollen, sondern daß sie selbstständig geordnet, gefärbt, literarisch dargestellt und mit selbstständiger Beurteilung versehen sein müssen.“

Der will, falls „die selbstständige Ordnung, Färbung und Beurteilung“ durch das Bureau zulässig sein soll, jedesmal entscheiden, ob die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktion dadurch beeinträchtigt worden sei? Solchen Beeinflussungsmöglichkeiten kann eben einzig dadurch vorgebeugt werden, daß man einmal den Kreis der Nachrichten beschränkt, so daß dadurch die tendenziöse Auswahl und Gruppierung der gemeldeten Fakta ausgeschlossen ist, und zweitens kategorisch bestimmt, daß eben nur nackte Tatsachen gemeldet werden dürfen, deren politische und parteipolitische Bewertung völlig in das Ermessen der Redaktionen der Parteiblätter gestellt ist!

Es fragt sich also immer wieder: Welche Nachrichten soll das Preßbureau übermitteln?

Vorher wir die Beantwortung dieser Frage im einzelnen versuchen, möchten wir kurz unseren generellen Standpunkt zum Preßbureau darlegen. Was unserer Parteipresse hauptsächlich fehlt, ist unserer Auffassung nach in erster Linie nicht der Mangel an Nachrichten, sondern der Mangel an redaktionellen Kräften, um die einzelnen Blätter agitatorisch wirksam und zugleich individuell lebendig auszugestalten. Das Streben der Parteigenossen müßte also hauptsächlich darauf hinausgehen, den Redaktionsstab der kleineren Blätter zu vermindern und außerdem den Redakteuren die Möglichkeit zu geben, sich individuelle Mitarbeiter zu halten. Zurzeit ist ein großer Teil der Parteipresse genötigt, sich bestehender privater Korrespondenzen zu bedienen und zwar häufig in einem Maße, daß manche Parteiblätter in ihrem politischen Teile einander ähnlicher wie ein Ei dem anderen. Es liegt uns fern, damit Vorwürfe erheben zu wollen; wir konstatieren einfach eine nicht zu leugnende Tatsache. Wir wissen auch, daß zur Verbesserung dieses Zustandes zwei Dinge gehören: Geld und journalistische Kräfte. Aber bei gutem Willen wäre auch für die nahe Zukunft schon manches zu bessern. Hat doch die Partei durch Stärkung ihrer Organisationen ihre Kassenerhältnisse bedeutend aufgebessert, und bemüht sich doch auch die Parteischule, wenn vorläufig auch in bescheidenem Maßstabe, für die Veranberdung geschulter Kräfte zu sorgen. Es gibt keine größere Gefahr, die Tendenz der individuellen Verbesserung der Preßverhältnisse zu durchkreuzen, als eine zu weit getriebene journalistische Zentralisierung, wie sie durch ein Preßbureau geschaffen würde, das den Wünschen, wie sie in dem Entwurf der fünf Redakteure niedergelegt sind, auch nur einigermaßen entgegenläuft! Deshalb ist Vorsicht und gründliche Ueberlegung bei Schaffung eines solchen Instituts nicht nur im Interesse der Gesamtpartei, sondern gerade auch im Interesse der kleineren Parteiblätter dringend geboten!

Wenden wir uns nunmehr den Einzelheiten zu: Gefordert wird von zunächst in dem fünfer-Entwurf die telegraphische und telephonische Uebermittlung wichtiger Auslassungen der führenden bürgerlichen Presse. Wir haben gegen diese Art des Nachrichtenendienstes Einwendungen nicht zu machen, doch möchten wir vor der Uebertragung dieses journalistischen Hilfsmittels warnen. Es erscheint uns zweifelhaft, ob regelmäßige gedrängte Inhaltsangaben der bürgerlichen Presse agitatorischen Wert besitzen. Eine eingehendere politische Würdigung solcher Preßstimmen zur Beleuchtung der politischen Haltung der einzelnen Parteien wird häufig an demselben Tage auf Grund kurzer Inhaltsangaben doch nicht mehr möglich sein. Derartige Würdigungen verlieren auch nicht den mindesten Wert dadurch, daß sie 24 Stunden später erscheinen. Eine Verarbeitung und Färbung dieser Nachrichten durch das Bureau aber bedeutet nichts anderes, als die Uniformierung der Parteipresse, ihre Beeinflussung von einer Zentralstelle aus! Auch gegen die Uebermittlung der Nachrichten und Informationen von Parteivorstand, der Generalkommission, von Informations- über wichtige Vorgänge in den Parlamenten und ihren Kommissionen ist an sich nichts einzuwenden, obgleich ja auch hier vor Uebertragung des Nachrichtenendienstes gewarnt werden muß. Nicht die Fügigkeit, sondern die Gründlichkeit in der Wertung parlamentarischer Materialien ist für die Parteipresse die Hauptsache. Für absolut unannehmbar aber halten wir die Forderung, den parlamentarischen Nachrichtenendienst, der ja am ersten dazu verleiten könnte, etwa dazu zu benutzen, auch, wie das der Entwurf der fünf vorseht, „über die Unerschütterlichkeit der Politik, das, was im Werden ist“, zu berichten. Das bedeutet nichts anderes, als die Verlesung unserer Politik durch Hintertreppeklausch und Konjunkturalpolitik der allerbedenklichsten Art!

Für ausgeschlossen halten wir es auch, nach dem Entwurf der fünf Redakteure dem Preßbureau die Vermittlung der Partei- und Gewerkschaftsnachrichten zu übertragen. Das könnte nur zu einer ganz unerträglichen Uniformierung und Beeinflussung der Parteipresse führen. Von einer nennenswerten Arbeitersparung könnte dabei ohnehin keine Rede sein. Die Uebermittlung der Partei- und Gewerkschaftsnachrichten ist für die Redaktionen schon deshalb notwendig, um einen Ueberblick über das Partei- und Ge-

Werkstättenleben zu erhalten und zu den innerhalb dieser Presse auftauchenden Streitfragen selbst Stellung nehmen zu können.

Für ebenso wenig wünschenswert müssen wir den ebenfalls in dem Entwurf der fünf Genossen vorgesehenen Nachrichtenendienst erklären, zu dessen Bewerksichtigung im ganzen Reich ein Netz von Berichterstattern geschaffen werden soll. Worüber könnten diese Korrespondenten berichten? Ueber gelegentliche Vorkommnisse, Polizeiaffären und ähnliches? Dergleichen kann sehr gut der örtlichen Parteipresse oder Spezialberichten größerer Blätter entnommen werden. Oder soll über politische Vorgänge in den einzelnen Bundesstaaten, Provinzen, Kommunen berichtet werden? J. W. über den sächsischen Wahlkampf, über die württembergische Budgetabstimmung und dergleichen? Eine Uebermittlung der nackten Tatsachen erleichtert den Redaktionen die Arbeit nicht im mindesten, eine Bearbeitung solcher Materialien durch das Bureau aber bedeutet wiederum die schlimmste Gefahr der Schablonisierung und geistigen Bevormundung der Parteipresse. Bis her entnahmen die Parteiblätter solche Darstellungen, sofern sie zur selbständigen Bearbeitung keine Zeit fanden, doch verschiedenen größeren Parteiblättern oder der jeweiligen örtlichen Presse. Dadurch war der Gefahr einseitiger Darstellung und Uniformierung wenigstens bis zu einem gewissen Grade vorgebeugt; die Zentralisierung dieser Art von Nachrichtendienst würde also den gegenwärtigen Zustand verschlechtern! Das gleiche gilt für den Nachrichtendienst für das Ausland!

Wobei gar nicht genug beachtet werden kann, daß der Zwang zur möglichen Selbsttätigkeit auf allen diesen Gebieten für die Redakteure den Anreiz in sich birgt, sich mit den fraglichen Materialien genauer vertraut zu machen, dergestalt also beim Lehren zu lernen. Je mehr diese Selbstarbeit durch Versorgung von einer Zentralfelle aus erleichtert wird, desto größer wird die Gefahr der Einseitigkeit für die Redakteure!

Soviel über den eigentlichen Nachrichtendienst. Wenn wir unser Urteil über die Forderungen, die der Entwurf der 5 Redakteure stellt, kurz zusammenfassen, so lautet er: Das Preßbureau würde einen geradezu gigantischen Nebenbetrieb darstellen. Seine Redakteure würden nur einen winzigen Teil seiner Arbeit selbst leisten können. Sie würden auf eine Unzahl Mitarbeiter angewiesen sein, die ihnen teils fertiges, teils Rohmaterial liefern, in dessen rein formaler Bearbeitung sie aufgingen. Des Vorteils wegen, einige Nachrichten früher zu erhalten, würde die gesamte Parteipresse in ihrem Urteil von einer Zentralinstanz abhängig sein, von dort nicht nur mit Informationen, sondern auch mit fertigen Urteilen über alle politischen Vorgänge versorgt werden. Ein geradezu trauriger Zustand, der das geistige Niveau der Parteipresse und damit der Partei selbst herabdrücken müßte!

Daß wir nicht übertreiben, mag folgende Anklage des „Dachauer Volksblatt“ beweisen:

„Das Bureau wird also den Parteiredaktionen das Urteil über einen Vorgang zwar nicht fertig in einem hübschen Leitartikel zu liefern brauchen, wohl aber es ihnen häufig suggerieren. Diese Behandlung der Nachrichten durch das Bureau, die „Aufmachung“ hängt natürlich von dem politischen Urteil, von der Auffassung ab, die der Redakteur von der politischen Sachlage hat. Wird diese Auffassung aber von irgend einer Seite, die sie nicht teilt, als parteiverdächtig behandelt, als eine solche, die eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge bedeutet oder voraussetzt, dann dürfte es wohl mit dem Vertrauen in das Bureau vorbei sein und dann ist eine erspriehliche Tätigkeit nicht möglich.“

Wir glauben nicht, daß der Parteivorstand sich aus dem Grunde das Recht der Anstellung der Redakteure vorbehält, um diese auf ihre gute oder schlechte Parteigeistung — im Sinne einer gewissen verdächtigen Kritik — zu prüfen; wir haben das Vertrauen zum Parteivorstande, daß er lediglich die tüchtigsten Genossen für die Arbeit des Bureau zu gewinnen suchen wird; dann ist aber auch nach den bisherigen Erfahrungen und unter den angegebenen Gesichtspunkten mit der Möglichkeit der das gegenseitige Vertrauen verwickelnden Kritik zu rechnen.

Wir sagen das jetzt, weil, wie die Dinge einmal gegangen sind, von der Art, wie man bei Einrichtung und Behandlung des Bureau verfahren wird, auch von vornherein die Stellung abhängt, die man zu der ganzen Einrichtung einnimmt. Wir halten das Bureau für eine sehr nützliche Einrichtung, aber wir würden jeden Pfennig Parteigeld für weggefallen halten, der dafür aufgewendet würde, wenn es zum Prüfstein der guten Gesinnung werden sollte, wenn aus der Bureaufrage eine neue — „Vorwärts“ — Frage würde.“

Die Parteigenossen erkennen daraus, daß die voreilige Schaffung eines Preßbureau, dessen Funktionen nicht ganz genau festgelegt wären, dem die Möglichkeit politischer „Suggestionen“ offen ließe, nichts anderes bedeuten würde, als die Herausforderung neuer Parteikonflikte. Denn daß die Mehrheit der Parteigenossen, die auf dem Boden der Dresdener Resolution stehen, so gutmütig sein würde, ein so einflußreiches Institut, wie nicht wir, sondern die Anhänger des Entwurfes der fünf Redakteure es zu schaffen wünschen, einfach dem Revisionismus auszuliefern, ist doch eine mehr als naive Annahme!

Die Majorität denkt nicht daran, durch einen Nürnberger Zentraltrichter der Parteipresse ihre Auffassung zu „suggerieren“, aber sie würde sich auch ganz energisch dagegen verwehren, die Presse der Suggestion der Minorität auszuliefern!

Es bliebe nur noch übrig, unsere Meinung über den eigentlichen Materialdienst zu äußern, über die „Sammlung gesetzgeberischen und statistischen Materials“. Diese Aufgabe scheint uns die wichtigste des ganzen Bureau darzustellen. Die rasche, dabei aber gründliche, sachwissenschaftliche Bearbeitung dieser wichtigen Materialien durch dazu besonders qualifizierte Personen ist eine Aufgabe, die bisher nur in unzureichendem Maße erfüllt werden konnte. Eine solche Bearbeitung sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Gegenstände würde tatsächlich einem Mangel abhelfen; doch wäre von vornherein eine sorgfältige Umgrenzung auf dieses Arbeitsgebietes notwendig.

Was die Verwaltung des Preßbureau anlangt, so können wir in diesem Punkte rückhaltlos dem Entwurf des Parteivorstandes zustimmen.

Soziales.

Weiße Sklaven.

Das „Verl. Tagbl.“ berichtet aus New York, daß die Einwanderungsbehörden in Chicago einer Massenabwendung von Knaben aus den südeuropäischen Ländern auf die Spur gekommen sind. Es ist eine große Anzahl von Unternehmern verhaftet worden, die als „Importeure“ dieser zum Hausieren und anstrengenden Diensten aller Art verwendeten Jungen große Gewinne erzielten. Die Behörden stellten fest, daß diese „Padroni“ die kleinen Knaben durch ein wohlorganisiertes Antwerbesystem in Massen aus Europa bezogen, gleich Sklavenhändlern bei schlechter Nahrung und abler

Behandlung in vollkommener Gefangenschaft hielten und sie an Handels- und Gewerksleute, die Bedarf an solchem Arbeitermaterial haben, gleich Viehherden um einen bestimmten Preis pro Kopf abgaben. Die Einwanderungsinspektoren haben nun den Antrag gestellt, daß die Regierungen der in Betracht kommenden europäischen Staaten auf diesen ungeheuerlichen Handel aufmerksam gemacht werden sollen, damit schon dort den „Aufkäufern“ dieser lebenden Ware das Handwerk gelegt wird.“

Zu dem Kapitel über den Handel mit kleinen Kindern wird uns noch geschrieben: Der Handel mit Kindern aus gewinnfüchtigen Absichten und zu unethischen Zwecken blüht inmitten unserer „Christlichen“ Gesellschaft. Henriette Arendt, die seit 1908 beim Stadtpolizeiant Stuttgart als Polizeiaffistentin angestellt ist, beschreibt im Juliheft der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform“ die Schleichwege, auf denen dieses schändliche Geschäft betrieben wird. Sie ist lange Zeit hindurch den Annoncen der Tageszeitungen, in denen Kinder zur Adoption angeboten oder gesucht werden, nachgegangen und hat dabei die Erfahrung gemacht, daß es sich meistens um die Weggabe von unehelichen Kindern handelte, wobei die Mütter aus bitterster Not, die Uebernehmer aber aus schändlicher Gewinnlust handelten. Zahlreiche heranwachsende Kinder weiblichen Geschlechts fielen dabei der Verkauflust eines Vordellinhabers zum Opfer. So konnte Fräulein Arendt hinsichtlich einer in diesen Zeitungen wiederholt erscheinenden Annonce, wonach „ein hübsches Mädchen — Alter Nebenläge — ohne gegenseitige Einschätzung an Kindes statt angenommen werden sollte“, feststellen, daß der Suchende gerade eine längere Strafe wegen Kuppelerei verbüßt hatte, und daß die gesuchten Kinder von ihm an Vordellinhaberinnen weitergegeben wurden. Ferner ermittelte sie, daß von einer Gesellschaft im Staate Nebraska in Amerika gewerksmäßig Kinder aus Deutschland zum Preise von 25 Dollar pro Kind angekauft wurden. Um diesem schandbaren Kinderhandel die Wurzel zu durchschneiden, verlangt Fräulein Arendt vor allen Dingen: staatliche Fürsorge für uneheliche Mütter und deren Kinder durch Einrichtung von Wöchnerinnenheimen und Säuglingsasylen. „Wie viele Kinder verlassen uneheliche Mütter sind wohl mit unter diesen unglücklichen, keinen weissen Sklaven!“ ruft sie. „Welcher Vorwurf trifft da nicht unsere pharisäische Gesellschaft, unser modernes Christentum, das sich allenfalls nur das erste uneheliche Kind einer armen Mutter annimmt, das zweite oder gar dritte und vierte aber erbarmungslos dem furchterlichsten Schicksal preisgibt. Ich habe diverse Mädchen mit fünf Kindern, einige sogar mit sieben, acht und neun Kindern in Fürsorge. Gewiß sind diese Mädchen nicht zu loben, aber das fünfte und das achte und das neunte uneheliche Kind empfindet den Hunger genau so schmerzhaft wie das erste und ist noch viel beklagenswerter wie dieses, weil es in der Regel noch viel verlassener ist.“

Was aber das Schicksal der unglücklichen Mütter anlangt, so lautet es heute zumeist: Prostitution. Darüber sagt Fräulein Arendt: „Wie oft kommen Mädchen, die aus der Entbindungsklinik entlassen werden, mit ihrem neugeborenen Kinde zu mir und suchen um Hilfe! Diese Mädchen sind in der Regel von ihrem Geliebten verlassen worden, haben keine Mittel, keine Unterkunft für sich und ihr Kind, sind noch unfähig zur Arbeit, und so stehen sie schutzlos auf der Straße, allen Verführungen preisgegeben. Sie fallen Kuppelern und Kuppelrinnen in die Hände und werden durch die bitterste Not oft zur Prostitution direkt gezwungen. Verschiedene Mädchen, die unter Sittenkontrolle stehen, haben mir gestanden, daß die Unfähigkeit, ein oder mehrere Kinder zu versorgen, sie veranlaßte unter Kontrolle zu gehen. — Ein Kinderfräulein, das von einem Offizier zwei Kinder hatte, wurde von ihm im Stich gelassen. Er verschwand nach Südwestafrika, um als treuer Soldat seinem Kaiser zu dienen, und sie wurde Prostituierte, weil sie seine Kinder nicht ernähren konnte und niemand hatte, der sich ihrer annahm.“

Leutenot.

Eine Epistel über Leutenot in der „Deutschen Tagesztg.“ schließt der Verfasser mit übersehn Vorschlägen über Abhilfe. Gegen Kontraktbruch empfiehlt er folgendes:

„Kontraktbruch sollte durch mindestens vierwöchentliche Unterbringung der Arbeiter in einem Arbeitshause bestraft werden. Die Geldstrafe, die nie eintreibbar ist, wird fast immer durch Haftstrafe von 2—3 Tagen ausgelöst, die den Entlassenen nur eine angenehme Abwechslung zum Ausschlafen und Faulenzen bietet.“

Wenn der agrarische Sachverständige der Ueberzeugung ist, daß Haftstrafe eine Abwechslung für den gequälten Landarbeiter sei, dann braucht man sich freilich nicht zu wundern über das Bestreben, sich den agrarischen Annehmlichkeiten durch die Flucht zu entziehen.

Das Handgeld und der Gehnbedienstvertrag. Verschiedene der im Königreich Preußen geltenden Gehnbedienstverträge haben die Schriftlichkeit des Vertrags vor, liegen aber die Gültigkeit mündlicher Dienstverträge zu unter der Bedingung, daß ein Handgeld (Mietstaler ufm.) gegeben werde. Auch die schleswig-holsteinische Gehnbedienstordnung enthält solche Vorschriften. Wegen Ueberletzung dieser Gehnbedienstordnung (Verleitung der Tochter zum mutwilligen Verlassen des Dienstes) war der Arbeiter Düring in zweiter Instanz von der Strafkammer Jphoe zu einer Geldstrafe verurteilt worden. — In der Verhandlung vor dem Kammergericht als Revisionsinstanz warf nun der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft die Frage auf, ob hier mit Rücksicht auf jene Vertragsvorschriften der Gehnbedienstordnung nicht erst genauer festzustellen sei, ob überhaupt ein gültiger Mietvertrag vorliege.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet und führte unter anderem aus, daß es auch die Bedenken des Staatsanwalts hinsichtlich der Gültigkeit des Mietvertrags nicht teile. Er sei als rechtsgültig aus folgenden Erwägungen anzusehen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bedürfe es der Regel nach nicht der schriftlichen Form für Verträge aller Art. Nach dem allgemeinen preussischen Landrecht und auch nach dem schleswig-holsteinischen Landrecht sei nun das Mietgeld dazu bestimmt gewesen, den schriftlichen Vertrag (soweit er gebräuchlich war) zu ersetzen. Wenn jetzt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Schriftform auch für Gehnbedienstverträge überhaupt nicht mehr erforderlich sei, so falle damit auch die Bedeutung des Handgeldes als eines Ersatzes der schriftlichen Form hinweg. Also wäre es hier ganz gleichgültig, ob der Vertrag nur mündlich und ohne Gewährung eines Mietstalers geschlossen worden sei. Auf jeden Fall sei er gültig zustande gekommen. Wäre das aber der Fall, dann sei D. mit Recht verurteilt worden.

Die Sklaventeile der Konkurrenzkaufel. Herr F. Wuhle ersucht um Aufnahme folgender Berichtigung:

Der Expedient Herr Lüdicke trat in seinem 25. Lebensjahre am 1. April 1906 mit einem Anfangsgehalt von 115 M. bei mir ein. Am 1. Juli 1906, also nach drei Monaten, wurde das Gehalt um monatlich 10 M., also auf 125 M. erhöht, und am 1. Januar 1908 auf 135 M. und sodann am 31. Dezember 1907 auf 145 M. Als mir Herr Lüdicke von dem Angebot seiner seigen Stellung Mitteilung machte, bot ich ihm ein Monatsgehalt von 175 M., mit der Aussicht auf weitere Erhöhung innerhalb Jahresfrist. Das Vertrauen, welches ich Herrn Lüdicke entgegenbrachte, war durch sein Verhalten geschwunden, und aus diesem Grunde habe ich denselben in einem zweifelseigen, möblierten Zimmer mit häuslichen Arbeiten beschäftigt, und zwar von 9—4 Uhr, das sind 7 Stunden

pro Tag. Herr Lüdicke, der zum 1. April 1907 getündigt hatte, teilte mir am 8. März 1907 mit, daß er auf Anraten seines Arztes die Stellung aufgeben müsse, um sich zur Erholung nach außerhalb zu begeben. Daß diese Mitteilung nicht der Wahrheit entsprach, geht daraus hervor, daß derselbe sofort seine jetzige Stellung antrat.

Hus Industrie und Handel.

Die Herrscher in der rheinisch-westfälischen Großindustrie.

Nachfolgend geben wir eine Aufstellung über die Kohlenproduktion, Erzeugung von Holzzeug und Walzwerkzeugnissen der neun größten kombinierten Betriebe, die gleichzeitig dem Kohlenyndikat und dem Stahlverbände angeschlossen sind.

Produktion	Beteiligung bei dem Stahlverband		insgesamt	
	A	B		
Kohlen	in Tonnen			
Gelsenkirchen	8 364 000	283 604	225 000	508 604
Hoersch, Dortmund	1 081 781	170 970	283 519	454 509
Deutscher Kaiser	2 421 604	855 000	619 525	974 325
Gute Hoffnungshütte	2 875 237	280 580	206 419	585 999
Phönix-Hörde	38 388 774	430 454	699 177	1 120 631
Rheinische Stahlwerke	1 144 231	273 305	216 000	489 305
Union, Dortmund	867 761	272 219	164 177	486 496
Bochumer Verein	747 638	205 508	130 454	385 957
Krupp	2 199 495	526 827	450 090	676 917
Insgesamt	23 540 651	2 807 582	3 088 161	5 895 743

Steht man nun die von diesen 9 Unternehmern produzierten Brennmaterialien und die Beteiligungsziffern beim Stahlverband in Vergleich zu der Gesamtproduktion aller Schmelzwerke und zu der Gesamtbeteiligung der dem Stahlverband angeschlossenen Werke, dann erhält man folgendes Bild:

Produktion aller Werke der 9 Werke	Beteilig. d. Stahlverb. überh. der 9 Werke	Anteil der 9 Werke a. d. Gesamtprodukt. resp. Beteiligung in Proz.	
		To.	To.
Kohlen 76 631 431	23 540 651	—	30,7
Produkte A	—	6 054 064	46,3
B	—	5 817 535	53,1

Dem Kohlenyndikat sind 72, dem Stahlverband 31 Unternehmen angeschlossen, davon beherrschen 9 Werke annähernd ein Drittel der Kohlenproduktion und die Hälfte der Stahlproduktion. Es fehlen noch ein paar Funktionen zwischen einigen der vorstehenden Hüttenwerke mit noch vorhandenen reinen Zechen, dann ist die Hälfte der Produktion an Brennmaterialien und an Stahlerzeugnissen in wenigen Händen vereinigt. Dabei muß noch hervorgehoben werden, daß der Stahlverband die gesamte deutsche Stahlproduktion umfaßt.

Vermögen und Schulden deutscher Städte.

Ueber die Finanzlage 36 deutscher Großstädte macht die „Frankf. Ztg.“ folgende Aufstellung:

Stadt	Einwohnerzahl	Vermögen		Einwohnerzahl	Schulden	
		(Mill. Mark)	(Mill. Mark)		(Mill. Mark)	(Mill. Mark)
Köln	152 000	57,24	25,90	170 000	39,76	30,30
Köln	171 000	42,25	31,25	250 000	209,00	67,00
Barmen	158 000	53,03	43,92	122 000	37,15	37,24
Berlin	2 040 000	756,13	383,26	164 000	67,40	49,11
Breslau	470 000	178,08	82,12	224 000	80,31	49,75
Cöln	146 000	53,07	29,12	504 000	147,47	106,92
Charlottenburg	251 000	115,74	83,37	100 000	64,03	34,36
Chemnitz	245 000	68,71	32,59	170 000	124,90	57,97
Dresden	110 000	43,90	34,01	548 000	412,44	268,16
Erfurt	159 000	42,36	18,23	294 000	157,34	90,72
Danzig	190 000	92,43	56,82	110 000	40,18	24,09
Dortmund	517 000	187,98	130,11	187 000	61,36	57,16
Dresden	250 000	110,77	68,71	178 000	35,58	23,26
Düsseldorf	304 000	57,13	38,70	151 000	48,33	36,35
Eisenfeld	163 000	97,00	52,00	224 000	81,98	53,90
Essen	228 000	66,00	41,55	167 000	77,57	29,74
Frankf. a. M.	340 000	341,19	182,58	249 000	77,00	51,32
Gelsenkirchen	151 000	23,31	13,73	101 000	76,94	39,23
		2285,90	1348,43		4254 04	2440,10

Diese Zusammenstellung, die sich allerdings auf zum Teil verschiedene Termine bezieht, zeigt zunächst als hervorstechendste Tatsache, daß bei den in Frage kommenden 36 deutschen Großstädten das Aktivvermögen die Schulden um nicht weniger als 1814 Millionen Mark übersteigt.

Geflügelpreise. Die Preise für Geflügel sind für auf dem Magervieh Hof in Friedrichsfelde zu Markt gestellte Enten und Hühner gefallen, dagegen für Gänse gestiegen. Für letztere waren die Preise im vergangenen Monat 2,80—4,00 M. für das Stück, in der letzten Woche gingen sie auf 2,80—4,40 M. heran. In derselben Woche des Vorjahres wurden Gänse sogar mit 3,20—4,40 M. notiert. Die Preise für Enten sind im Juli d. J. 1,30—1,80 M. gewesen. Auf 1,20—1,40 M. gingen sie in der letzten Woche zurück. Für junge Hühner sind im vergangenen Monat 70 Pf. bis 1,00 M., für alte 1,80—2,00 M. gezahlt worden. Die Preise für die ersten sind jetzt 60 Pf. bis 1,00 M. und für letztere 1,60 M. In derselben Woche des Vorjahres waren die Preise für Enten 1,60—1,70 M. und für junge Hühner 80 Pf. bis 1,20 M., für alte sogar 2,00 M.

Ausnahmestafel für Steinkohle und Koks. Die der „Lokal-Anz.“ meldet, wird an den zuständigen preussischen Stellen im Hinblick auf den wachsenden Kohlemangel und die Steigerung der Kohlenpreise die vorübergehende oder dauernde Aufhebung der bestehenden Ausnahmestafel für Steinkohle und Koks nach den verschiedensten Auslandsgebieten ernstlich erwogen. Diese Ausnahmestafel entstammen überwiegend noch der Zeit der Privatbahnen und waren damals vorwiegend aus Rücksichten des Wettbewerbes dieser Bahnen untereinander eingeführt worden. Bevor indessen jetzt ein endgültiger Beschluß über die Beseitigung dieser Ausnahmestafel gefaßt werden wird, soll zuvor diese Frage dem preussischen Landesparlament überwiefen und dessen Gutachten darüber eingefordert werden.

Neue Thyffengründung. Dem „Hannoverschen Courier“ wird gemeldet, August Thyssen beabsichtige in Rheinberg (Kreis Moers) eine Maschinenfabrik zu errichten. Es sollen bereits Grundstücke in Größe von 1500 Morgen zu einem Preise von 4 Millionen Mark angekauft worden sein.

Gerichts-Zeitung.

Der Kolporteur als Zensor.

Den § 58 Ziffer 12 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 42a sollte der Kolporteur Räder überretten haben. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe eine Druckschrift auf der öffentlichen Straße in Berlin feilgeboten, die geeignet gewesen sei, in fittlicher Beziehung Aergernis zu geben. Es handelte sich um eine Nummer des „Sekt“. Das Landgericht verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe, indem es für festgestellt erachtete, daß eine auch nur oberflächliche Betrachtung ihn den Charakter des Heftchens hätte müssen erkennen lassen, zumal er eine langjährige Erfahrung besäße und schon auf diesem Gebiete verurteilt sei. — Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten und führte aus: Auch das Reichsgericht habe sich, gleich dem Kammergericht, auf folgenden Standpunkt gestellt: Man könnte allerdings nicht vom Zeitungshändler verlangen, daß er alles

durchsehe, was er feilhalte. Wenn er aber wisse, daß eine bestimmte Zeitschrift ihrem Charakter nach gewöhnlich anständig sei, dann müsse er die Nummer, die er feilhalten möchte, im Hinblick auf die §§ 42a und 56 der Gewerbeordnung nachprüfen. Das wäre hier bezüglich der Zeitschrift „Selt“ von ihm anzunehmen. Ferner sei festgestellt, daß er bei oberflächlicher Durchsicht schon die Anständigkeit der fraglichen Nummer hätte erkennen müssen. Demnach sei auch ein vertretbares Verschulden ohne Rechtsirrtum festgestellt. Bei der Auskunft eines Schutzmannes, daß gegen die Nummer nichts vorliege (keine Anstandsverfügung), hätte er sich nicht beruhigen dürfen. Seine Prüfungspflicht sei dadurch nicht ausgeschlossen worden.

Ein Gewerkschaftslistenmarder

fiand in der Person des 1870 in Eilsfeld i. Vogtland geborenen Holzschleifers Reifel vor dem Chemnitzer Landgericht. Er ist ein vielfach bestraffter Mensch, der gegenwärtig wegen Mißfallsbetruges eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt. Er gab sich bei Zahlstellenvorstehenden als Opfer des Streiks bei Seidel u. Raumann in Dresden aus und bat um Darlehne. In zwei Fällen hatte er Erfolg; die Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes in Gai-nichen und Frankenberg liehen sich von dem Schwindler böhieren, der insgesamt 15 Mark bei ihnen erschwindelte. Er war gefänglich. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, an deren Stelle noch 40 Tage Zuchthaus treten.

Zwei Diebstahlspezialisten, die zu einem wahren Schrecken für die Hauswirte geworden waren, wurden gestern aus der Untersuchungs-haft der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Wegen handlenmäßig ausgeführten Diebstahls mußten sich der 21 jährige Diener Max Kräher und der 18 jährige Arbeitsbursche Otto Schmidt vor dem Strafrichter verantworten, während die Produkthändlerin Auguste Wandre wegen Hehlerei angeklagt war. — Seit längerer Zeit machte sich das Treiben einer Bande von Diebstahlspezialisten bemerkbar, die über ganz Berlin verstreut zu sein schien. Fast alltäglich kam es vor, daß Bewohner eines Hauses die unangenehme Entdeckung machen mußten, daß die aus Messing hergestellten Türknöpfe, Türklinen und Stangen, die zur Befestigung der Treppenläufer dienen, spurlos verschwunden waren. Die Diebe arbeiteten so geräuschlos, daß trotz besonderer Wachsamkeit weder der Portier noch die übrigen Hausbewohner etwas von dem Diebstahl bemerkten. Die Diebe hatten sogar die Dreifachheit, ganze Straßenzüge hintereinander auszukündern, um dann bei dem ersten Haufe wieder anzufangen, in welchem mittlerweile die gestohlenen Treppenstangen und Türknöpfe wieder ersetzt worden waren. In den Stadtteilen im Westen Berlins wurden hauptsächlich die schweren Messingstangen von den Treppen gestohlen. Am 17. Juli dieses Jahres beobachtete der in dem Hause Grüner Weg 30 wohnhafte Kaufmann Fischer zwei junge Burschen, die sich in verdächtiger Weise auf den Treppen zu schaffen machten. Er folgte vor der Haustür Posto, um die beiden Verdächtigen anzuhalten. Nach kurzer Zeit kamen die beiden Burschen mit großen Paketen beladen wieder die Treppe herunter. Als er auf sie zutrat, ergriffen beide die Flucht. Einer von ihnen stürzte jedoch zu Boden und konnte deshalb festgenommen werden. Es war der jetzige Angeklagte Schmidt, der in Gemeinschaft mit einem Komplizen, den er angeblich nicht kennen wollte, die sämtlichen Treppenläuferstangen abgeschraubt und entwendet hatte. Wenige Tage später wurde der entkommene zweite Dieb in der Person des Angeklagten Kräher durch den Kriminalwachmeister Schulz festgenommen. Die Ermittlungen ergaben, daß die beiden Verhafteten Mitglieder einer aus halbunfähigen Burschen bestehenden Diebesbande waren, die lediglich Diebstahle an Türklinen und Messingstangen ausführten. Die übrigen Mitglieder, neun arbeitslose Burschen, konnten erst vor einigen Tagen dingfest gemacht werden. Die gestohlenen Messingteile waren von den Angeklagten bei der Frau Wandrey verkauft worden, die ihnen für das Pfund Messing 35 Pfennige bezahlte. — Vor Gericht waren die beiden Diebe geständig, während die der Hehlerei bezüchtigte Frau Wandrey jede strafbare Handlung in Abrede stellte. Der ihr von Amtswegen als Verteidiger gestellte Referendar Wolff plädierte auf Freisprechung, da die B. den allgemein üblichen Handelspreis dafür gezahlt habe und auch nicht annehmen konnte, daß das Messing aus Diebstählen herrührte, da die Diebe die gestohlenen Teile vorher zerhackt und umgeschmolzen hatten. Das Gericht erkannte auf gegen die B. auf Freisprechung. Mit Rücksicht auf die Jugendlichkeit der beiden Diebe und die von ihnen gezeigte Reue erkannte die Strafkammer gegen Kräher auf drei Monate und gegen Schmidt auf sechs Wochen Gefängnis.

Ein einträgliches Geschäft, durch welches zahlreiche Möbelhändler in empfindlicher Weise geschädigt worden sind, betrieb die Frau Emilie Klähne, welche gestern aus der Haft der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Betruges im strafwürdigen Mißfalle in 20 Fällen und wiederholter schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Die Angeklagte ist wiederholt wegen Betruges zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden und hat erst im April d. J. die Strafanstalt verlassen. Wie wenig die Strafe besessend auf sie eingewirkt hat, bewies, daß sie sofort ihr altes Metier wieder aufnahm und sich zahlreicher Schwindelbelen gegen Möbelhändler schuldig machte. Mit einem gefälschten Mietkontrakt erschien sie in einem Möbelgeschäft in der Drantzenstraße und bestellte eine

Möbeleinrichtung für zwei Zimmer, die ihr auch nach Leistung der üblichen Anzahlung prompt geliefert wurde. Als die erste Abzahlungsrate fällig war, ließ sich die Angeklagte nicht mehr blicken. Der Möbelhändler zog nunmehr erst nähere Erkundigungen ein und erfuhr zu seinem Schrecken, daß er einer geriebenen Schwindlerin in die Hände gefallen war. Die Angeklagte hatte die Möbel sofort am Tage nach der Lieferung an einen Händler zu einem Schleuderpreis weiterverkauft. Ehe der gekläbte Inhaber des Möbelgeschäfts diesen ermittelte, waren die Möbel längst an dritte Hand weiterverkauft, so daß er um die volle Summe geschädigt war. Derartige gemeingefährliche Schwindelbelen verübte die Angeklagte in verschiedenen Stadtteilen, in denen sie sich unter falschem Namen extra eine leere Wohnung mietete. Durch einen eigenartigen Zufall, den die Angeklagte selbst herbeiführte, wurde sie schließlich festgenommen. Sie erschien bei einem Möbelhändler, den sie schon einmal geprellt hatte, zum zweitenmal, um den Schwindel nochmals zu versuchen. Der Händler erkannte sie jedoch wieder und ließ die vergebliche Dame festnehmen. — Vor Gericht war die Angeklagte, die erst vor einigen Wochen wegen anderer ähnlicher Schwindelbelen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, in vollem Umfange geständig. In Anbetracht der ganz erheblichen Gemeingefährlichkeit der Angeklagten erkannte der Gerichtshof auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Die erste Internationale Frauenkonferenz und der Internationale Kongress in Stuttgart haben ersprießliche Arbeit geleistet. Vertriebt über die einseitige Tätigkeit, lehren die Delegierten aller Nationen in ihre Heimat zurück, um dort die Beschäftigten zu propagieren und für möglichst praktische Durchführung derselben einzutreten. — Das weibliche Proletariat ist an den gepflogenen Verhandlungen und dem Ergebnis derselben ganz besonders interessiert; wurde doch auf beiden Tagungen zur Frage des Frauenwahlrechts Stellung genommen und Beschluß gefaßt. Die Genossinnen aller Länder sind auf Grund der angenommenen Resolution verpflichtet, für Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energig einzutreten. Doch auch die anderen Punkte der Tagesordnung sind für das gesamte Proletariat von größter Wichtigkeit, z. B. die Fragen der Kolonialpolitik, der Ein- und Auswanderung, des Militarismus, der internationalen Konflikte usw. — Die Delegierten der Berliner Genossinnen werden am Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstraße 72, Bericht erstatten über die beiden Tagungen in Stuttgart. Versäume keine Genossin, diese Verhandlungen zu besuchen. Nur eine gut besuchte Versammlung kann Zeugnis geben von dem Interesse aller an den stattgehabten Verhandlungen. Die Vertrauensperson.

Vermischtes.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.
Berlin. Montag, den 2. September, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: Vortrag von Herrn Max Grünwald. Treptow-Baumhulweg. Mittwoch, den 28. August, 8 1/2 Uhr, bei der Mohlan, Treptow, Nieholsstr. 30: Vortrag von Herrn Kurt Heinig: „Proletarische Moral“.
Köpenick. Mittwoch, den 28. August, bei G. Roll: Vortrag.

Leser- und Diskutterklub „Eintracht“. Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Duch, Gohlstr. 10/11: Sitzung.

Ein Eisenbahnzusammenstoß.

In der Nacht zum Sonntag entgleiste der Schnellzug Bordeaux-Paris, indem er mit einem Güterzug zusammenstieß. Die Ursache der Katastrophe war nach einem Telegramm aus Paris bisher nicht mit Sicherheit festzustellen; der verhaftete Weichensteller beteuerte, daß er seine Pflicht voll erfüllt habe, daß aber der von ihm bediente Apparat schon den ganzen Tag hindurch nur mit der größten Schwierigkeit zu führen gewesen sei.

Ein Telegramm aus Contrats vom 25. August besagt: Nach neueren Feststellungen sind bei der gestrigen Entgleisung des nach Paris bestimmten Expresszuges zehn Personen getötet und 3 wanzig verletzt worden.

Minister Vorhau traf heute abend hier ein und besichtigte die Stätte des Eisenbahnunfalls. Es wird behauptet, daß die Zugentgleisung durch einen Fehler beim Weichenstellen herbeigeführt worden sei.

Nach einer Meldung aus Bordeaux befanden sich in dem Schnellzuge circa 150 Passagiere. Die Gerichtsbehörden weilen an Ort und Stelle. Ueberall findet man Blutspuren. Unter den Trümmern werden noch fortwährend Körperteile der Opfer hervorgeholt. Von der Eisenbahngesellschaft wird die Möglichkeit einer falschen Weichenstellung bestritten. Man glaubt vielmehr, daß ein Stein oder irgend ein anderer Gegenstand das Funktionieren der Weiche unmöglich gemacht hat.

Paris, 26. August. Die bei der Eisenbahnkatastrophe bei Contrats Verwundeten sind meist Reisende aus Bordeaux.

Ein weiterer Eisenbahnunfall ereignete sich in Ungarn. Der von Budapest am Sonnabendabend abgelassene Personenzug entgleiste aus unbekannter Ursache in der Nähe der Stadt Karoag. Die Lokomotive stürzte den Bahndamm hinunter. Von den Passagieren wurde ein Offizier und eine Dame schwer verletzt.

Ein Hamburger Dampfer verloren! Ein Telegramm aus Sierra Leone meldet: Der Dampfer „Heinrich Boermann“ ist bei der Insel Scherbro gestrandet. Die Mannschaft ist gerettet, der Dampfer gilt als verloren.

Der Fall Gau.

Der Verteidiger Gau, Rechtsanwält Dr. Dieh hat, wie vor einigen Tagen gemeldet wurde, für das Schwurgericht Karlsruhe eine umfangreiche Schrift zur moralischen Begründung der gegen das Todesurteil eingelegten Revision ausgearbeitet. Er sagt darin unter anderem, daß am 19. Mai 1907 zwischen ihm (dem Verteidiger) und Frau Gau eine Aussprache stattgefunden habe, woraus klar hervorging, daß Frau Gau nicht deshalb aus dem Leben zu scheiden den Entschluß faßte, weil sie von der Eifersucht ihres Mannes überzeugt gewesen sei, sondern weil ihr Mann hinter ihrem Rücken nach Baden-Baden gefahren sei und mit ihrer Schwester Olga geschlechtlich habe. Seine Bemerkungen, sie von dem Selbstmordplan abzuhalten, habe sie mit der Erklärung beantwortet, daß sie ja nichts mehr taue, selbst das Kind tyrannisiere sie und sie siehe dem Jungen im Wege. Nachdem der Verteidiger in seiner Schrift nochmals den Gang der Ereignisse vor und während des Mordtages darlegt und nachgewiesen, wie töricht Gau in den einzelnen Phasen seiner Liebesreise gehandelt habe, gibt er der Meinung Ausdruck, daß er heute fester denn je von der Unschuld des Angeklagten überzeugt sei und daß er deshalb seine Freisprechung für ein Gebot der absoluten Notwendigkeit halte.

Ein Boot gekentert. Sonntagnachmittag unternahmen in Königsberg drei junge Leute in einem gemieteten Boot einen Ausflug nach Arnau. Das Boot schlug bei einem heftigen Windstoß um und die Insassen stürzten in den Pregel. Es gelang, einen von ihnen zu retten, während die beiden anderen ertranken.

Ueberschwemmungen durch Flutwellen. Aus Zentralfapan laufen Meldungen über so gewaltige Flutwellen ein, wie sie seit vielen Jahren nicht vorgekommen sind. Eisenbahnhänge sind aufgehoben und mehrere Dörfer überschwemmt worden. Man befürchtet, daß der angerichtete Schaden sehr schwer ist.

Eine Dynamitexplosion. Wie der Londoner „Daily News“ aus San Francisco gemeldet wird, hat vorgestern in einer Dynamitfabrik in Sobrante (Eid-Kalifornien) eine Explosion stattgefunden, durch die 7 Personen getötet und 130 verletzt wurden.

Eingegangene Druckschriften.

„Blut“. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: G. Bernhard.) Heft 24. Preis 30 Pf. Berlin-Charlottenburg, Gochstr. 69.

Bericht über die Tätigkeit der Brauer-, und Mälzer-, Berufsgenossenschaft im Jahre 1906. 55 Seiten. Druck von E. Adelmann, Frankfurt a. M.

Witterungsbericht vom 26. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stettin	758	SW	3	wolkig	15	Naparbuda	747	W	4	bedeckt	8
Hamburg	762	W	2	bedeckt	14	Wetzburg	753	SW	3	wolkig	10
Berlin	761	W	3	bedeckt	14	Sciäß	765	SW	2	bedeckt	14
Frankfurt	765	SW	2	heiter	13	Aberdeen	763	SW	2	wolkig	9
Dresden	766	SW	4	wolkig	14	Paris	767	SW	1	wolkig	11
Wien	767	SW	—	Dunst	13						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. August 1907. Bei mäßigen nordwestlichen Winden, Temperatur wenig geändert; teilweise heiter, aber veränderlich; keine oder geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 8.	am 26. 8.	Wasserstand	am 25. 8.	am 26. 8.
Remel, Müst	200	-12	Habel, Spandau	106	-11
Wegsel, Bitterburg	103	-10	Bathenow	146	0
Wegsel, Thorn	80	+2	Spree, Epremsberg	92	0
Ober, Anilber	188	-34	Beeslow	197	-2
Kroffen	192	-5	Weser, Minden	-5	+1
Frankfurt	137	+11	Weser, Minden	-5	-4
Wärthe, Scharm	46	0	Weser, Baldshut	—	—
Landesberg	40	+2	Weser, Baldshut	227	-4
Weser, Norddamm	25	+1	Weser, Köln	—	—
Eide, Leltmewich	-16	+5	Weser, Hellkromm	29	-1
Barby	110	-3	Weser, Wertheim	—	—
Wandenburg	—	—	Weser, Trier	—	—
Saale, Großitz	79	+1			

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Frankfurter Viertel.)
Bezirk Nr. 300.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schulmacher **Eduard Stierle** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schenkwirt **Hugo Friese** Graßmühlstr. 1 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. August, nachmittags 4 Uhr, aus dem alten Friedhof in Friedrichshagen (am Hülstenbrunnen Weg) statt.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 25. d. M. verstarb unser Mitglied, der Kollege **Wilhelm Hempe** nach schwerem Leiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 255/19
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand des Allgemeinen deutsch. Metallarbeiterverbandes (Freier Verband d. Metallarbeiter Deutschlands).
Verein Berlin und Umgegend.

Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, verstarb an Bauchfellentzündung unser lieber Sohn **Karl Roski** im Alter von 15 Jahren.
Dieses zeigen hiermit an Die trauernden Hinterbliebenen **Petrus Roski und Frau.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., vom Trauerhause, Rixdorf, Uferstraße Nr. 47, aus statt.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Eduard Stierle** am 24. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 28. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Friedrichshagen aus.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Barbier **Karl Schischke** am Sonntag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Thomas-Straßhof, Rixdorf, aus statt.
Um stille Beileid bittet die trauernde Witwe 253/96
Luise Schischke.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Emil Brockow** am 23. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Warkus-Straßhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
253/5

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und die vielen Anwesenheiten bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage den Genossen des 709. Bezirks, den Kollegen der Firma Kubelohr & Co., dem Bund „Deutsche-Bevölkerung“ und den Mitgliedern des Hauses Balkanstraße 2 meinen tiefgefühlten Dank.
252/26
Wwe. **Johanna Neumann.**

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und die vielen Anwesenheiten bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Hugo** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
252/26
Wwe. **Weser** nebst Frau u. Kindern.

Retten, was noch zu retten ist!
Ungeheure Verluste an den Effektenbörsen stehen unmittelbar bevor. Die Broschüre Proestier hat schon seit Jahren darauf hingewiesen.
Das Wirtschaftsbiid der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 60 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann **Michael Proestier** in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Ihre als vorzüglich bekannten **Qualitäts-Zigarren** empfiehlt die **Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg.**
Fabriklager und Vertretung für Berlin und Umgegend: **Udo Stangenberg, Berlin SO., Köpenickerstr. 20a.** Amt IV, 9192.
Verkaufsstellen: Berlin, Köpenick usw., Hamburg, Stettin, Köln usw.
Wegen Erhaltung von weiteren Verkaufsstellen wollen sich kantonfähige Respektanten an obigen Vertreter wenden.

Wendts Prachtsäle
Münzstr. 17, Eingang Königsgraben.
Zonnabende im September und Oktober habe einen großen und kleinen Saal noch für Festlichkeiten zu vergeben. Berechnung jeder Größe zu Sitzungen und Versammlungen vollständig gratis. 5782*
Quadruderei u. Verlagsanstalt **Paul Singer & Co., Berlin SW.**

Partei-Angelegenheiten.

Wester Wahlkreis. Die wissenschaftlichen Vorträge für die Funktionäre des Wahlvereins beginnen am 4. September bei Voelter, Weberstr. 17 und Freitag, den 8. September bei Graumann, Raumnstr. 27. Dieselben finden für die Teilnehmer unentgeltlich statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, findet in Obsts Festsälen, Weiningerstraße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Der Wert des Parlamentarismus. Referent Genosse H. Kollentz, Reichstagsabgeordneter. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Steglitz. Heute abend 7-7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Donnerstag, den 29. August öffentliche Versammlung im „Virenwäldchen“. Regge Beteiligung wird bestimmt erwartet.

Pankow. Die für heute fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus. Dieselbe findet am nächsten Dienstag, den 3. September, im Feldschlößchen des Herrn Großkur, Berlinerstraße, statt. Tagesordnung: Berichtserstattung vom Parteitag. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute im Lokal „Neu-Carlshof“, Weuth, Ecke Charlottenstraße stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht. Die Versammlung wird pünktlich abends 8 1/2 Uhr eröffnet. Tagesordnung: 1. Rezitation des Genossen Stripp über: „Ludwig Angenbruder“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der interessanten Tagesordnung wird pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder mit ihren Frauen erwartet. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Reich, Marktstraße 1/3, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bloß: „Die preussische Verfassung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Genossen! Euer Erscheinen ist in Anbetracht des wichtigen Vortrages, der ein wichtiger Beitrag zu den kommenden Wahlrechtskämpfen sein wird, unerlässlich. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Die Sittlichkeit im Freibad am Wannsee.“

Endlich hat sich eine Veißwester gefunden, die in tiefer Inbrunst für die Beseitigung der „nackten Schamlosigkeit“ am Freibad Wannsee bittet. Das Sensationsorgan „Die Große Glocke“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer, wie uns nachträglich erst mitgeteilt wird, unter obigem Titel eine Zuschrift, in welcher gegen das Treiben am Strande „im Namen der Kultur“ Einspruch zu erheben gefordert wird. Wir glauben verpflichtet zu sein, jenem Denunzianten und dem Blatt, das sich zum Schluß mit demselben einverstanden erklärt, ausnahmsweise Beachtung zu schenken. Der Anonymus nimmt einleitend Bezug auf den Massenbesuch am vergangenen Sonntag und findet es im Anschluß hieran als ärgers-erregend, wenn Tausende von Menschen, Männer, Frauen und Kinder, auf das notwendigste Bekleidet am Strande promenieren. Zwar habe es ihn schon in Heringsdorf angewidert, wenn sich dort mehr oder weniger schöne Gestalten mit jungen Weibern im Sande wälzten; aber was seien Heringsdorf und die Nordseebäder gegen die nackte Schamlosigkeit, die im Freibad Wannsee getrieben werde.

„Die gute Gesellschaft — heißt es — kommt natürlich nur als Zuschauer in Betracht. Man geht hinaus, weil man so viel davon gehört hat, die einen, weniger mit Feingefühl begabt, amüsieren sich köstlich über dies tolle Durcheinander von nackten Weibern, die anderen rümpfen die Nase über den Pöbel, der sich selbst prostituiert und werfen sich in pharisaischem Hochmut in die Brust: „Für unsere Kreise wäre das unmöglich!“ Die Armen und Kermeser sind es auch nicht, die an dem Treiben Gefallen finden. Es sind gerade die Mittelschichten, die sich bei jeder Gelegenheit als die Erbpächter des alten deutschen Sittlichkeitsgefühls aufspielen und wiederum jede Gelegenheit benutzen, um ihr blechernes Phrasengeklöse in der Praxis süßen zu lassen. Seht Euch nur die Zehntausende an, die nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Frauen prostituierten und ihren Kindern eine herrliche Lehre mit auf den Weg geben.“

Zum Schluß bezeichnet es der Schreiber als eine Blasphemie, wenn man sage, die am Wannsee vorkommende Nacktheit sei Reinheit. „Nacktheit wirke nur dann rein, wenn sie in plastischer Schönheit aufstehe, aber nicht listern einherzöge, mit Widen werdend, mit Gebärden lockend, sondern stolz, frei und marmorhart.“ Der Artikel ist im großen und ganzen eine Infamie und bestreift die moralische Diskreditierung tausender Arbeiterfamilien, die, von der Last des Alltags gedrückt, Sonntags bei schönem Wetter unter den Sonnenstrahlen und im Wasser Stärkung und Erholung suchen. Zahlreiche Zuschriften beweisen uns, daß am Freibad Wannsee für sittlich verwahrloste und geistlich Individuen kein Platz ist. Wir haben bereits vor kurzer Zeit betont, daß bei so vielen Tausend Menschen sich stets Elemente einfinden, deren Verhalten keineswegs lobend ist; hierfür können aber viele Tausend Menschen nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn der Einbilder der Zuschrift beim Anblick eines nackten Armes und Beines in sittliche Raserei gerät, ja darin eine Entweihung der Schamhaftigkeit besichtigt, so können wir in ihm nur einen der Verdauernswerten erblicken, die das Geschick vom Lische des Lebens ausgeschloffen hat, sich frei zu entwickeln und gleich alten Jungfern, verkrüppelt an Geist und Sinnen, in einer nackten Person geschlechtliche Leidenschaften wittert. Das mag in den Bädern der Erstklassigen angebracht sein, wo sich oft Reichtum und Prostitution paart, nicht aber, wo sich hunderttausende schaffende Menschen auf wenige Stunden Gesundheit und Erholung suchen. Die gegenwärtig am Badestrande zu Wannsee vorhandenen Mängel und Uebelstände sind nicht minder darauf zurückzuführen, daß der Erholung des Volkes gerade auf diesem Gebiete bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde, sie werden aber mit der Zeit verschwinden, sobald solche Bäder zur ständigen Einrichtung werden. Zum Schluß möchten wir noch betonen, daß auch Kindern gegenüber die ungezügelt phantastische des Einbilders, die im Nackten immer nur das Geschlechtliche sieht, gefährlicher ist, als der Badestrand mit hunderttausend nackten Menschen. Auf diesem Gebiete können diese Volkswälder gerade von sittlicher Wirkung für Kinder sein, weil sie daran gewöhnt werden, sich ihrer eigenen und fremden Nacktheit nicht zu schämen. Damit schwindet auch zugleich die Gefahr, daß dieselben später einmal hinter hochgerasteten seidernen Jupons und freigemachten Waden feiler Dirnen einherwandeln. Wir glauben nicht, daß die Behörde den Wunsch des Bez. Geizge. Mannes, das Freibad Wannsee aufzuheben, erfüllen wird.

Eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung soll einem gestrigen Beschluß der Deputation für die städtischen Gaswerke zufolge in

folgenden Straßenzügen vorgenommen werden: Wendelsöhne, Veltmann, Grünhofer, Reinickendorfer- und Wödderstraße, am Markgrafendamm sowie am Unionsplatz. Ferner wurde das Projekt für die elektrische Beleuchtung der Nordfront des Domes, wo sich früher die alte Börse befand, festgestellt sowie die Aenderung der elektrischen Beleuchtung des Schlossplatzes und das Projekt der öffentlichen Beleuchtung für die neuen Straßen des ehemaligen Scheunenviertels, wofür neue Beleuchtungsanlagen erforderlich werden.

Es bleibt beim Sechsbuhr-Lufenschuß. Wie wir melden, hat die Staatsbahnverwaltung im Interesse einer schnelleren und zuverlässigeren Güterbeförderung beschlossen vom 2. I. 1908, ab — an Stelle des jetzigen Sechsbuhr-Annahmefalles — den Sechsbuhr-Lufenschuß für alle Güterbahnhöfe des Eisenbahn-Direktionsbezirks Berlin, mit Ausnahme der sieben großen im Inneren der Stadt belegenen Güterbahnhöfe, einzuführen. Für die überwiegend große Mehrzahl der in Betracht kommenden Bahnhöfe ist die Handelskammer zu Potsdam zuständig, welche sich rückhaltlos mit der geplanten Maßnahme einverstanden erklärt hat. Rückfichtlich der wenigen Bahnhöfe, welche im Bezirk der Berliner Handelskammer liegen, sind die von hiesigen Verkehrsinteressenten erhobenen Bedenken inzwischen ebenfalls beseitigt worden. Daß der Sechsbuhr-Lufenschuß in der Uebergangszeit nicht allzu streng gehandhabt werden soll, haben wir schon angedeutet; insbesondere werden Güter und ganze Fuhrten ein und desselben Anlieferers, mit deren Annahme bei Schluß schon begonnen war, auch nach 6 Uhr noch sämtlich übernommen. Wie früher erwähnt, ist auch für die Berliner Innenbahnhöfe eine ähnliche Verkehrsbeschränkung in Aussicht genommen, welche indes erst im nächsten Jahre zur Einführung gelangen soll.

Ein empörender Vorgang, der sich am Sonntagabend an der Kottbuser Brücke abspielte, wird uns von Augenzeugen folgendermaßen geschildert: Zwei Schulleute — Nr. 5622 und 4499 — waren dabei, einen Mann aus irgend einem Grunde nach der Polizeiwache zu bringen. Es handelte sich augenscheinlich um einen Betrunknen, der den Beamten nicht gutwillig folgen wollte. Die Anwendung von Gewalt seitens der Beamten schien hiernach an sich nicht unbegründet, jedoch erregte die Art der Gewaltanwendung berechtigtes Aufsehen und allgemeine Empörung bei den zahlreichen Augenzeugen dieser Szene. Die Schulleute hatten den Mann an den Händen gefesselt, und so schleiften sie ihn, der mit den Beinen und dem Rücken auf der Erde lag, eine Strecke die Straße entlang. Unwillige Bemerkungen über diese Art des Transportes wurden im Publikum ausgestoßen, und man gab der Meinung Ausdruck, daß die beiden Beamten den einen Sittierten wohl bewältigen könnten, ohne eine so unpassende und rücksichtslose Art der Transportierung anzuwenden. Bald kamen noch zwei andere Schulleute hinzu, und nun wurde der Sittierte nach der Wache getragen. Es ging also wirklich anders als die ersten beiden Beamten angefangen hatten. Begreiflicherweise folgte eine große Menschenmenge dem Aufsehen erregenden Transport bis zur Wache. Bei dieser Gelegenheit gab es wieder einige Sittierungen von Leuten aus dem Publikum, welche einem Schuttmann, der sie aufforderte, sich sofort zu entfernen, die Antwort gaben, sie seien schon im Begriff zu gehen, nur wollten sie sich die Nummern der beiden Beamten notieren, welche den Transport des Sittierten in so rücksichtsloser Weise begonnen hatten. Daß auch durch dieses Vorgehen der Beamten der berechnete Unwille über ihr Verhalten im Publikum nicht gemildert wurde, ist begreiflich.

Zusammenbruch auf einer Baustrecke der Untergrundbahn.

Gestern abend bald nach 6 Uhr stürzte an der Ecke Taubenstraße-Bendarmenmarkt die fertig abgedeckte Untergrundbahn auf einer Strecke von etwa zehn Meter ein, wodurch die Taubenstraße in ihrem östlichen Teile vollständig gesperrt wurde. Um die angegebene Zeit fuhr ein vollbeladener Wagen mit leeren Weinfässen der Firma Hehl u. Co. vom Bendarmenmarkt in die Taubenstraße ein und kreuzte hier mit einem mit Erde gefüllten Wagen. Unter der Last brach das ganze Eisengerüst mit der Ueberdachung zusammen und der nach der Südseite fahrende Flaschenwagen senkte sich in die Tiefe. Mit großen Anstrengungen gelang es die Pferde abzufrängen und in Sicherheit zu bringen. Der Kutscher dieses Fuhrwerks war vom Bod geschleudert worden und hatte sich Verletzungen zugezogen, weshalb er auf der Unfallstation in der Kronenstraße verbunden werden mußte. Die alarmierte Feuerwehre trat weiter nicht in Tätigkeit, da sie die Entleerung des Flaschenwagens und dessen Hebung Privat Helfern überließ. Der Zusammenbruch ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß die eisernen Verbindungsstangen, die die senkrecht stehenden Eisenpfähle mit den Eisenträgern verbunden, im Gewinde abtrahen. Ob das angrenzende Eckhaus, das die bauausführende Firma angekauft hat, durch den Unfall in Mitleidenschaft gezogen ist, muß erst die sachgemäße Untersuchung ergeben.

Eine Erleichterung für die Kunden des Pfandleihers bedeutet eine neue Anordnung des Ministers des Innern an den Berliner Polizeipräsidenten und sämtliche Regierungspräsidenten. Erst im Februar d. J. war eine neue Ordnung für den Gewerbebetrieb der Pfandleihers erlassen worden, worin unter anderem bestimmt worden ist, daß neue Sachen, die nicht zu den Gebrauchsgegenständen des Verpfänders gehören, nur auf Grund einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde als Pfandstücke angenommen werden dürfen. Diese Bestimmung ist jetzt dahin ausgelegt worden, daß von der Beibringung der ortspolizeilichen Bescheinigung abzusehen ist, wenn unter den zum Verkauf gebrachten neuen Sachen sich unbrauchbare Sachen, wie Leinen, Kleiderstoffe usw. befinden. Auf die Verlängerung von neuen Sachen, die schon vor dem Inkrafttreten der Bekanntmachung vom Februar verpfändet worden sind, sollen aber die neuen Vorschriften nicht zur Anwendung gebracht werden.

Mit seinem Dienstgewehr erschossen hat sich der Unteroffizier Vetter vom 4. Gardebataillon. Vetter stand früher in einem Linienregiment und kam erst vor zwei Jahren nach Berlin zum 4. Gardebataillon, in dem er der 3. Kompanie angehört. Er diente im siebenten Jahre. Als das Regiment vor einiger Zeit nach Döberitz, wo es sich noch befindet, ausrückte, blieb er mit dem Wachkommando hier. Am Sonnabend brachte Vetter um 2 Uhr nachmittags Metervisten nach dem Bahnhof. Zwei Stunden später schob er sich auf seiner Stube mit seinem Gewehr eine Kugel in die Brust. Als Leute vom Wachkommando, die den Knall hörten, ihn auffanden, war er schon tot. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett I in der Schornhorststraße gebracht. Was den Unteroffizier in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

Ueber einen Unglücksfall auf der Straßenbahn wird berichtet: Im Schloß von einem Straßenbahnwagen herabgestürzt und schwer zu Schaden gekommen ist Sonntag früh der in der Briherstraße 49 wohnhafte Kaufmann Gustav Halisch. Er benutzte gegen 6 Uhr morgens einen Wagen der Linie 29 zur Nachhausefahrt. Er hatte auf dem Vorderperron aufgestellt genommen und befand sich, da er die Nacht zum Sonntag unterwegs gewesen, in schlaftrunkenem Zustande. Als der Straßenbahnwagen aus der Seestraße in die Müllerstraße einbog, stürzte infolge des Ruckes der Kaufmann von dem Perron herab. Er schlug betart festig auf das Straßenpflaster, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem nahen Paul Gerhardt-Spital gebracht.

Durch die oft geübte Unsitte mancher Kutscher, ihre Pferde ohne Grund zu schlagen, ist gestern eine Frau in die Gefahr gekommen,

ihr Augenlicht zu verlieren. Ein Kutscher der Firma Ernst Wäsche, Kottbuserstr. 30, hielt mit seinem Bogen vor einem Hause im Grünen Weg. Ein Pferd trat mit den Vorderfüßen auf den Bürgersteig, worüber sich der Kutscher so ärgerte, daß er das Pferd mit aller Gewalt heruntertrieb und nachher einen kräftigen Hieb mit der Peitsche nach demselben führte. Er traf aber nicht das Pferd, sondern die gerade vorübergehende Frau Anna Ziehe, Große Frankfurterstraße 30, so unglücklich in das rechte Auge, daß dieses nach dem Spruch des Arztes auf das höchste gefährdet ist.

Im Tiergarten erschossen hat sich Sonntag ein unbekannter, etwa 26 Jahre alter Mann. In der Nähe des Krosschen Stabstammes jagte sich der Lebensmüde auf einer Bank sitzend eine Kugel in die rechte Schläfe. Auf den Schuß hin eilten Spaziergänger hinzu, die sich um den Verwundeten bemühten. Der Schuß hatte jedoch auf der Stelle den Tod herbeigeführt. Die Leiche wurde zur Bestattung nach dem Schanzenweg gebracht. In der Rocktasche des Toten fand man eine Visitenkarte mit dem Namen Richard Wehler.

Großes Aufsehen rief Sonntagnachmittag der Selbstmordversuch eines Lebensmüden am Nordhafen hervor. Ein etwa 30jähriger Mann, der durch sein aufgeregtes Wesen die Aufmerksamkeit der Passanten herbeigerufen hatte, sprang plötzlich, einen Schrei hervorstoßend, in den Hafen und verschwand unter der Oberfläche. Schiffer, die in der Nähe mit ihren Fahrzeugen vor Anker lagen, sprangen dem Lebensmüden nach, um ihn zu retten. Der hartnäckige Selbstmörder setzte ihnen jedoch energischen Widerstand entgegen, und es entstand nun im Wasser ein förmlicher Kampf. Schließlich gelang es den Schiffern doch, den Lebensmüden ans Ufer zu bringen. In bewußtlosem Zustande wurde er nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Ein schreckliches Brandunglück ist am Sonntag in der Prinz Eugenstraße durch die leichtsinnige Handlungsweise eines Anaben hervorgerufen worden. Vor dem Grundstück Prinz Eugenstraße 25 hatten mehrere Schüler gespielt und aus Zeitvertreib zündeten sie Streichhölzer an und schleuderten sie in die Luft. Einer der Anaben warf ein angezündetes Streichholz auf die vor dem Elternhause Prinz Eugenstraße 23 spielende dreijährige Tochter des Kaufmanns Rasch. Im nächsten Augenblick stand die Kleine, deren Kleider sich entzündeten, in hellen Flammen. Passanten stürzten schnell hinzu und löschten die Flammen an dem Kinde. Noch brennend und tauchend trug die entsetzt herbeieilende Mutter ihr Töchterchen nach einem Arzt in der Nachbarschaft. Das bebauernde Geschöpf hatte am ganzen Körper fürchterliche Brandwunden erlitten. Sein Zustand ist recht bedenklich.

Beim Ueben im Radfahren fiel gestern abend in der Anhalterstraße die achtjährige Tochter der Witwe Kaspar, Anhalterstraße 63, vom Rade herunter und geriet unter einem vorüberfahrenden Geschäftswagen. Die Räder des Wagens gingen dem Kinde über Brust und Hüfte hinweg. Das Mädchen verlor nach einigen Minuten auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Radrennen in Steglitz. Bei vollständig ausverkauftem Hause wurde am Sonntag der „Große Preis von Berlin“ ausgetragen und in glänzender Weise von dem Franzosen P. Guignard gewonnen. Im ersten Lauf (40 Kilometer) hatte der Franzose bis kurz vor Schluß die Spitze vor dem schon fahrenden Didentmann, als sein Motor aussetzte; ehe Er sah zur Stelle, war der Vorsprung eingebüßt und Didentmann blieb Sieger. 2. Guignard (59,770 Kilometer), 3. Vanderschueren (58,790 Kilometer), 4. Nobl (58 Kilometer), 5. Schipke (58,520 Kilometer). In diesem Laufe leisteten der Holländer und der Belgier dem Franzosen einigermaßen Widerstand. Auch Schipke, der durch Motorschaden weit zurückkam, hielt sich zum Schluß tapfer, während Nobl keine gute Rolle spielte. — Anders im zweiten Lauf (60 Kilometer). Guignard nahm bald nach Beginn die Spitze und fuhr dann in solchem Tempo weiter, daß keiner seiner Gegner an Widerstand dachte und alle platt überunden wurden. Im Anfang schien es, als ob Nobl die Scharte vom ersten Lauf ausweihen wollte; er hielt sich lange Zeit als zweiter, kam dann aber durch Motorschaden zurück und mußte sich zum Schluß mit dem letzten Platz begnügen. Vanderschueren und Schipke fuhren schön und machten sich wechselseitig den Vorrang streitig. Didentmann fuhr schlechter und holte erst gegen den Schluß auf. Das Endergebnis war:

1. Guignard (59,770 Kilometer), 2. Vanderschueren (58,040 Kilometer), 3. Didentmann (54,780 Kilometer), 4. Schipke (53,000 Kilometer), 5. Nobl (52,230 Kilometer). — Der Sieg des Franzosen hatte tumultuarische Szenen im Gefolge — die Menge jubelte und piff — und katastrophale Verfall; angeblich hatte der Schrittmacher zu reichlich bemessene Weinleider an und wurden die Schrittmacher von Guignard, Nobl und Didentmann später seitens der Direktion in Strafe genommen. — Die Fliegerrennen verliefen hochinteressant und gab es zum Teil spannende Endkämpfe. — Unter den Siegern waren: Ellegard, Theile, Peter, Schauer, Wegener u. a. Die bedeutenden Flieger Poulain, Refort, Priol usw. mußten sich mit den zweiten und dritten Plätzen begnügen. Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfälle.

Radrennen zu Treptow. Während in Steglitz die „großen Kanonen“ kämpften, gab es in Treptow eine nicht minder interessante Begegnung. Die Fahrer George, Fr. Hoffmann, B. Huber und C. Koriy trafen sich in zwei Läufen über 20 und 30 Kilometer. Sie erwiesen sich als gleichwertig und da alle ihr Bestes gaben, endeten sie in beiden Rennen nicht weit auseinander. Der Kölner Koriy, ein ausgeprägter Pechvogel, wurde auch diesmal wieder vom Mißgeschick verfolgt. Im ersten Lauf konnte er den zweiten Platz belegen; im zweiten Rennen geriet sein Motor beim Ablassen gegen die Barriere, so daß diese durchbrochen und der Motor beschädigt wurde. Da für Koriy kein Ersatzmotor vorhanden war, so mußte er von einer weiteren Beteiligung absehen. Vorher hatte der Dauerfahrer Fr. Hauptmann einen Angriff auf den Zweistunden-Rekord ohne Schrittmacher, der seit dem Jahre 1898 mit 71,940 Kilometer besteht, unternommen. Bei dem herrschenden Winde glückte der Versuch nicht, doch fuhr Hauptmann so vorzüglich, daß er nur wenig hinter dem Rekord zurückblieb, denn er legte 71,410 Kilometer zurück.

Ein Radfahren über 100 Meter wurde von 28 Fahrern bestritten. Ergleben setzte in demselben vor Schirpe, Göbe und Gorch. Die Dauerrennen endeten wie folgt: 20 Kilometer. 100, 75, 50, 50 Marl. 1. Hoffmann, 17 Min. 40 1/2, 2. Worig, 120 Meter; 3. Huber, 140 Meter; 4. George, 1320 Meter zurück. 30 Kilometer. 250, 175, 100, 50 Marl. 1. George, 27 Min. 45 1/2, 2. Huber, 340 Meter; 3. Hoffmann, 780 Meter zurück.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 1. September: Familienausflug nach der Jungfernhöhe. Treffpunkt von nachmittags 3 Uhr ab im Restaurant „Paradiesgarten“, Inhaber W. Fiedler, Straße 63 am Tegeler Weg, 7 Minuten vom Bahnhof Jungfernhöhe. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Orgelkonzert. Mittwoch, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Verh. Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Marg. Penning (Sopran), Fräulein Hilde Ulger (Alt) und Frau Elsa Karlovskaja-Fischer (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Beethoven, Liszt (as-dur-Variationen) und Dargas. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Am Sonntagabend wurde die Feuerwehre wegen eines Wohnungsbrandes von drei Seiten nach der Tegelerstraße 14 alarmiert. Betten, Möbel und anderes brannten dort. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Der 7. Zug hatte in der Münchebergerstraße 18 zu tun, wo Regale mit Spiritusbehältern

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, 27. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ausschlußanträge.
2. Vortrag des Stadtd. Genossen Dr. Weyl über: „Kommunalpolitik“.
3. Diskussion.
4. Gehaltsregelung.
5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zentralverband der Schmiede

(Zahlstelle Berlin).

Bureau: Stralauerstraße 48. — Telefon: Amt I, 7773.

2 große öffentl. Versammlungen sämtlicher Schmiede Berlins und Umgegend

Dienstag, den 27. August in Spandau bei Kumpke, Schönwalderstraße 80, und

Mittwoch, den 28. August in Berlin bei Böker, Weberstr. 17.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. „Der wirtschaftliche Kampf“.
2. Diskussion.

Beginn der Versammlungen abends 8 1/2 Uhr.

Kollegen! Sorgt für einen außergewöhnlichen Besuch der Versammlungen. Kein Kollege darf fehlen! Die Vertrauensleute haben die Pflicht, alle Kollegen auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Kollegen! Denkt an die kommende Lohnbewegung und erscheint vollzählig!

Die Versammlungen finden mit Frauen statt. Die Ortsverwaltung. J. H. S. Siering.

Wir bitten besonders zu beachten, daß die Versammlung in Berlin nicht im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, sondern bei Böker, Weberstr. 17, stattfindet.

Achtung! Vereine!

Sonnabends und Sonntags im September, Oktober, November, Dezember 1907, Januar, Februar, März 1908 ist mein Saal (300 Personen fassend) unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Max Schumacher, Elstertstraße 126.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5346L.
Amt 4, 3014.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1232. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1937.

Mittwoch, den 28. August 1907, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung der Chirurgischen Branche im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Störmer: „Der Kampf um Recht“.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden auf die pünktliche Eröffnung der Versammlung um 7 1/2 Uhr besonders aufmerksam gemacht. Die Kollegen von Wandler und Hauptner sind ganz besonders eingeladen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. August 1907, abends 8 Uhr: Versammlung der Drahtarbeiter Berlin und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8).

Tages-Ordnung:
1. „Was lehrt uns der letzte Streik innerhalb der Drahtindustrie?“
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. August 1907, abends 8 Uhr: Bezirks-Versammlung für Steglitz, Gr.-Lichterfelde und Umgegend im Lokale von Schellhase, Steglitz, Hornstr. 15a.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wicks über: „Die Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Sozialistengesetz“.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Buch kein Zutritt.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188. Restaur. Wilke. Tel. Amt III, Nr. 6325.
Donnerstag, den 29. August, vormittags 11 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder, Ersatzwahl zum Vorstand der Ortsverwaltung, Wahl der Statutenberathungskommission, Bericht der Kommission zum Zentralarbeitsnachweis und Verschiedenes.
Erfolgt unbedingte Teilnahme.
Der Vorstand.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Resle! Moquetts. Plüsch-Sattelstaschen. Münster b. n. h. Angabe franko. Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog. Empfehlung von Aerzten u. Prof. grat. u. n. h. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Auf Teilzahlung!

Abkassiert nur 1 Mark. Uhren jeder Art sowie Gold- und Silberwaren, Phonographen, Platten, Nähmaschinen, Garmental, Handöfen, Seifen usw. Große Auswahl in allen, echte Uhren-Apparate und Uhren zu Original-Preisen.

Jahre & König, Warschauerstr. 72, 1. Etage, Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Der gesündeste und haltbarste Essig läßt sich nur bereiten aus **Reichel's Essig-Essenz.** Originalflasche für 12 oder sechs Weinsflaschen feinsten Speise- und Einmache-Essig von unerreichtem Wohlgeschmack. 1 u. 50 Pf. für leere Flaschen 10 oder 5 Pfennig zurück. Erfüllbar in den Drogerien, wo nicht direkter Versand. Otto Reichel, Berlin SO. 43, Ran verlange und nehme nur Reichel's Essig-Essenz und achte auf unverletzten Kapselverschluss mit Marke **Lichtherz.**

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Teppiche mit farbensehnen Faderniederlage Große Frankfurterstraße 9, partierter kein Laden. Kauerhoff. +1
Steppdecken billig! Febril Große Frankfurterstraße 9, partierter. +1
Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, partierter. Kein Laden. Kauerhoff. +1
Fahrräder, Teilzahlungen. Invaldenstraße 20, Elstertstraße 40.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumenstraße 36b. 2515K
Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Brunn, Odestr. Markt 4, Bahnhof Böcke. 2611K
Steppdecken (pottdillig), Febril Große Frankfurterstraße 60. 2167K
Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Böcke, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Anzüge (pottdillig) Hand- leihhaus, Köpferstraße 7. 2648K
Möbelfabrik liefert gebiegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig Bunte Küchen. Auch Ratenszahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent.
Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet (pottdillig). Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2247K
Möbelfabrik, Oranienstraße 58 direkt Markt, in meinen fünf Etagen haben komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preisklasse vom Einfachsten bis zum Eleganteren. Besondere Gelegenheit bietet ich in verlebten Gelegenheiten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Aufgeben billig verkaufte ich neue Chaiselongs 20, Schlaf- sofa 29, Sattelstaschen 45, Kameelsofa 55, Schulentrumme 32, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh- tisch 18, Rutschsessel, Vertiko 27. Gebraute Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Kauerhoff, F. Dörge, Dresdenerstraße 109.
Metallbetten, praktische, reelle, (pottdillig) Kaufgelegentl. Mitter- straße 112 II. 20224K
Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl, (pottdillig). Hof, Kemptstraße 16. 2636K
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Wohnungen.
Schöne billige Wohnungen Sold- dinerstraße 32/34. 2644K
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumhulstentweg, Trojanstraße 6 II. Bahnhof. 1894b
Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Dele-Kilianerstr. 11, Seitenflügel I rechts. 1715b
Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren zu vermieten, Elstert- straße 18, II links. 251b
Möbliertes Zimmer zu ver- mieten, Streithofstraße 29, vorn III links. +91
Herren, möbliertes Zimmer billig zu vermieten. Anfragen abends 6 Uhr bei Dehne, Wangelstraße 104, Quer- gebäude partierter. +199
Für das vom 1. Oktober 1907 ab wöchentlich in Berlin er- scheinende Fachorgan des Verbandes der Freien Gast- und Schant- wirt Deutschlands „Freier Gastwirt“, wird ein ständiger Redakteur gesucht. Eintritt möglich 1. Oktober 1907. Bewerbungen nebst Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 4. September 1907 an den Vorsitzenden des Ausschusses, Heinrich Ostfeldt, Hamburg 23, Friedrichsbergstr. 16, zu richten. Der Vorstand.
Zum 1. Oktober 1907 wird für den 7. Schleswig-Holsteinischen Reichs- tagswahlkreis ein erfahrener Parteisekretär gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 2400 M. pro Jahr, steigend jährlich um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 3000 M. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung und im übrigen nach den Bestimmungen des Vereins- Ar- beitergesetzes. Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit sind an nach- stehende Adresse zu richten und müssen bis spätestens 9. September 1907 eingegangen sein. Der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. J. H. W. Poller, Kiel, Reichs- burgstr. 15.
Verschiedenes.
Zigenerkarl zu seinem 60. Ge- burtstage die herzlichsten Glück- wünsche. Die Funktionäre der II. Ab- teilung. 2526b
Eisholz, Komiker, Orpinus- straße 6. 2463b
Vernut die Mutterprache beherrschend! Erfolgreich, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde wöchentlich genügt. Ge- wisse Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. Patentanwalt Bessel, Gütlicher- straße 94a. 2553K
Gutgehende Tischlerei mit vier Bänken, fränkischer Art, in einem weissen Vorort zu verkaufen. Offerten O. 2 Expedition Linden- straße 69. 2650K
Piano, gebrauchtes, vorzüglich, billig veräußert Paderstraße 33, I links. +7
Nähmaschinen! Bis 15,00 vergütet, mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Drauer, Frank- furter Allee 101, Laden. +121
Pflanzungen! Kattigebunden. Günstig (pottdillig) Kinderlauf zurückgeleiteter Handläder, Schmuck- sachen, Taschen, Uhren, Leisten, Reit- wägen, Bettencover, Gardinen- verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Fenstervorhänge, Damen- sachen, Herrensachen, Nähmaschinen, Bilderverkauf, Regulatoren, Frei- schwinger, Bettmatten, Kustenever- wände. Handleihhaus, Weiden- weg 19. +30
10-50 große Betten, rote, blaue, Oberbett, Unterbett, zwei Kissen. G. Becker, Landsbergerstraße 41.
Metallbetten, komplette, hoch- elegante, Paar 85,00. Veder, Land- sbergerstraße 41. 2617K
Teppiche, großer Kammungs- verkauf, Gelegenheitskäufe, darunter Prachtstücke von 5,50 an. Spezial- haus Dresdenerstraße 8. 2614K
Bronzegeschloßer!! Daszug- lampen 9,00. Schauenherdt! 1. Ringellicht! (pottdillig) Wasören 1 1/2. Jewelgeschloßer! 3,00. Wobler. Bahnerstraße 32. 2608K
Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet (pottdillig). Sommer, Winerstraße 51.
Herrmann Schlegler, Turm- straße 58, hat die besten Arbeits- anzüge. 2574K
Zensafionelle Neuheit! Automot Pöning, Hamburg, Generalvertrieb Köpenstraße 13, Restaurant. +44
Steppdecken, volle Größe, Er- tonne 3,00, Tricot 4,25, Simillside 4,25, Wolllas 5,50, Normal- schlaf- decken 1,85, Sonderangebote. Teppich- haus Emil Ledore, Oranienstr. 158.
Teppichgeschäft, 18 Jahre seit- gehend, sofort, Landsbergerstraße 5.
Altes gutgehendes Waren- geschäft umhändehaber zu verkaufen. Seilstr. 17. +98
Schauengeschäft, klein, gut, Werte 1100 Mark, wegen Übernahme eines Weidengeschäftes veräußert, Wiesen- straße 48. +98
Anzüge, Paletots und zurückgeleitet! Maßbestellungen kommen billig zum Verkauf. Letzte Verkaufswoche! Fried- richstraße 212 I. Kein Laden.
Mischteppiche (fehlende), Ge- legenheitskauf, (pottdillig). Prohormon, Eberdwalderstraße 19. 26119
Restaurations. Röhre Markthalle und Kolonne, ist wegen anderer Übernahme billig zu verkaufen. Zu- erfragen Eisenbahnstraße 5, Zigarren- geschäft. +7

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstellen, Herren, Dresdenerstraße 38, III rechts. 2487b
Möblierte Schlafstelle, 2 Herren oder Damen, Böhm, Goldstraße 26, Quergebäude IV. +105
Schlafstelle für Herren, Waller- torstraße 14, III, Appel. 2514b
Möblierte Schlafstelle für Herren, Allee, Adalbertstraße 20. +7
Mietsgesuche.
Gesucht ein junges Mann per- sonen ein kleines möbliertes Zimmer, Nähe Lehrter Bahnhof. Gehälter 4000 an G. Dehne, Süd-Ost- Admiralstraße 25, vorn erste Etage links. 2516b
Zuche zum 1. September ein- fach möbliertes Zimmer. Nicht im Norden. H. Dietrich, Postlagernd Nr. 28. +7
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Zuverlässiger, verheirateter Mann, 32 Jahre, mehrere Jahre Gerichts- langjahrgeld, sucht vom 1. Oktober irgendwelche dauernde Beschäftigung. Für Vermittlung gute Belohnung zugesichert. Offerten R. A. Expedition Kurfürstenstraße 36. +91
Blinder Stuhlrechner bittet um Arbeit. Stühle werden abgeleitet und zurückgeleitet. H. Gläser, Rinal- dstraße 27. 1468b
Stellenangebote.
Bauschlosser, selbständige, verlangt 1000 M., Charlottenburg, Schiller- straße 97. +128
Vater verlangt Goldleisten-Fabrik- leistung Charlottenburg. 2412b
Zuverlässiger, verheirateter Mann, 32 Jahre, mehrere Jahre Gerichts- langjahrgeld, sucht vom 1. Oktober irgendwelche dauernde Beschäftigung. Für Vermittlung gute Belohnung zugesichert. Offerten R. A. Expedition Kurfürstenstraße 36. +91
Blinder Stuhlrechner bittet um Arbeit. Stühle werden abgeleitet und zurückgeleitet. H. Gläser, Rinal- dstraße 27. 1468b
Stellenangebote.
Bauschlosser, selbständige, verlangt 1000 M., Charlottenburg, Schiller- straße 97. +128
Vater verlangt Goldleisten-Fabrik- leistung Charlottenburg. 2412b
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck erhobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Redakteur.
Zum 1. Oktober 1907 suchen wir für den „Volkboten“ einen ersten Redakteur. 5761b
Bewerbungen mit der entsprechenden Aufschrift sind an die unterzeichnete Handlungsgesellschaft zu richten. Die Bewerbungen müssen enthalten:
a) Angaben über die bisherige Tätigkeit;
b) Bedingungen, unter denen der betreffende Dienst am auszu- üben gedenkt;
c) Gehaltsansprüche.
„Volkbote“ Appel u. Co. G. Knappe, Stettin, Schillerstr. 10.
Korbmacher
auf Geschloß für und anderes bei hohen Löhnen (Drillingstörche 4,00 M.) gesucht. Kellergelöhnt nach Verein- barung. 60/10
Gebr. Wolf, Verburg.